

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis: 6.50 RM. monatlich 1.10 RM.
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnen-
zeile oder deren Raum 60 Pf. für
politische und gesellschaftliche Vereins-
und Besondere-Anzeigen 30 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 3. Dezember 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Militärdiktatur in Permanenz.

Der Sieg über den Krüppel.

Nun ist infolge der unglaublichen Zaubervolitik der ver-
antwortlichen Stellen auf dem elässischen Kriegsschauplatz
auch Blut geflossen. Zwar nicht in Zabern selbst, aber
in dem benachbarten Dettweiler. Und ausgerechnet war es
wieder der Leutnant v. Forstner, der diesen neuen Exzeß
verübte. Eine wahrhaft bewundernswürdige Heldentat voll-
brachte dieser junge Mann. Einen wehrhaften Gegner brachte
er zur Strecke: einen lahmen Schuhergesellen, einen Ju-
validen.

Der unerhörte Vorgang wird verschiedentlich dargestellt.
Nach bürgerlichen Meldungen zog Leutnant v. Forstner
mit einer Abteilung des 99. Infanterieregiments in Dett-
weiler seines Weges, als aus einem Schwarm von
Kindern (nach anderer Lesart von jungen Leuten) der Ruf
„W a d e s“ ertönte. Dies Wort, das doch Leutnant Forstner
sonst so gern hörte, wenn es ein Rekrut als Selbstbeleidigung
vor ihm ausstießen mußte, brachte den heißblütigen Offizier
derart in Harnisch, daß er sofort seine Mannschaften aus-
schwärmen ließ, um den Beleidiger seiner Offizierschleife fest-
nehmen zu lassen. Der attackierte Schwarm stob natürlich so-
fort nach allen Richtungen auseinander; nur ein lahmer
Schuster, der nicht flüchten konnte, wurde von einem Fahnenjunker
attrappiert. Als er sich angeblich zur Wehr setzte (die zivilen
Meldungen wissen freilich darüber nichts zu berichten, sondern
eine Meldung des offiziellen Wolffschen Bureaus gibt
diese Darstellung), erhielt er von dem mit gezücktem Degen
heranrückenden Leutnant Forstner einen Hieb über den Kopf,
der ihm eine 6 Zentimeter lange, bis auf den Knochen
gehende Wunde beibrachte. Der Verletzte wurde dann
von Soldaten zum Bürgermeisteramt geschleppt, wo Leutnant
Forstner den Vorfall zu Protokoll gab.

Diese neueste Heldentat des temperamentvollen Leut-
nants setzt allem die Krone auf. Dieser Streich fehlte
gerade noch, um die ohnehin so gewaltige und nur
zu berechnete Erregung der Offiziere zur Siebehöhe zu steigern.
Und natürlich wird sich die Empörung des Volkes nicht
nur im Elsaß, sondern im ganzen Reiche keineswegs aus-
schließlich gegen die Person des zu so traurigem Ruhm ge-
langten Leutnants richten, sondern erst recht gegen seine
Vorgesetzten. Kann doch kein Mensch annehmen, daß
v. Forstner sich einfach souverän über alle Instruktionen
hinweggesetzt habe. Viel näher liegt im Gegenteil die An-
nahme, daß die Latenzlust des jugendlichen Offiziers nicht nur
durch die Duldung seines Auftretens, sondern auch durch
Instruktionen gesteigert worden ist, die ihm von seinen
Vorgesetzten gegeben wurden.

Mit Recht wird in der bürgerlichen Presse, selbst von
militärischer Seite, darauf hingewiesen, daß eine Nervosität,
wie sie Leutnant v. Forstner im besonderen und das gesamte
Offizierkorps im allgemeinen in Zabern bewiesen, nicht
einmal in Feindesland am Platze und üblich sei.
Auf welche Langmut und welche Rückenstärkung von ver-
antwortlicher Stelle müssen die Exekutoren der Säbeldiktatur
in Zabern rechnen zu dürfen glauben, wenn sie unausgesetzt,
einen Tag wie den anderen, trotz des Protestes des
ganzen Volkes solche Ausschreitungen riskieren!

Die Vorgänge in Zabern haben sich zu einem Resen-
skandal ausgewachsen. Der Konflikt zwischen dem Militär-
absolutismus und den Zivilbehörden, zwischen dem schranken-
losen Willkürregiment unserer Militärs und dem Volks-
willen, hat wahrhaft kolossale Dimensionen angenommen.
Der Schaden ist nicht mehr zu reparieren, weder in Elsaß-
Lothringen, noch in ganz Deutschland. Der Nation sind ge-
waltig die Augen geöffnet worden über die total unhalt-
baren Zustände, deren wir uns in Preußen-Deutschland er-
freuen.

Unmögliche Zustände.

Zimmer wieder mußte sich in diesen Tagen das harmlose
Spießbürgertum fragen: Wie ist es nur möglich, daß man in
Zabern bereits seit vielen Tagen den Dingen ihren verhängnis-
vollen Lauf läßt. Wie ist es möglich, daß der Leutnant
v. Forstner nicht sofort zur Disposition gestellt
wurde. Wie ist es möglich, daß der Kommandeur des
99. Infanterieregiments, Oberst v. Reutter, nicht gleich-
falls zur Disposition gestellt wurde, als er die mili-
tärischen Exzesse vom Freitag nicht nur zu decken, sondern die
gesetz- und verfassungswidrige Diktatur auch weiterhin zu
etablieren wagte. Wie ist es möglich, daß der Reichs-
kanzler der Entwicklung der Dinge ohnmächtig
gegenüberstand. Wie ist es möglich, daß der Kriegs-

minister v. Falkenhayn mit der kläglichen Ent-
schuldigung kommen konnte, daß er, der Kriegsminister, auf
die militärischen Dinge nicht den geringsten Einfluß
ausüben vermöchte!

Alle diese erstaunlichen Dinge erklären sich aus unserer
wunderbaren Verfassung. Der Reichskanzler, der oberste
Beamte des Reiches, ist eben nach unserer Verfassung mili-
tärischen Annahmungen gegenüber vollständig machtlos. Er
kann nicht einmal die Suspendierung des
jüngsten Leutnants durchsetzen. Ebenso wenig
hat der Kriegsminister zu sagen, der im Reichstage im Namen
des Militarismus sprechen darf. Unsere Militärverwaltung
ist eben ein völlig unabhängiges und absolutistisches Ding, ein
Staatsim Staat. Die Entscheidung über militärdienst-
liche Angelegenheiten liegt völlig in Händen unabhängiger mili-
tärischer Behörden. Weder der Reichskanzler noch sonst irgendein
Reichsbeamter hat in den Militarismus hineinzureden, sondern
einzig das Militärkabinett ist die allmächtige Insti-
tution, die über das riesige Triebwerk des Militarismus
souverän schaltet und waltet. Das Militärkabinett ist nicht
den Reichsbehörden und der Volksvertretung, dem Reichstage,
verantwortlich, sondern dem „allerhöchsten Kriegsherrn“.
Innerhalb unseres halbabsolutistischen Staatslebens existiert
also noch eine total absolutistische Institution:
der Militarismus.

Die Unerträglichkeit solcher Zustände muß jetzt angeichts
der Vorfälle in Zabern auch dem blödesten Spießbürger
einleuchten. Solange der Militarismus sich lediglich
herausnahm, die Staatsbürgerrechte der zum Waffendienst
Eingezogenen nach souveräner Willkür zu beschneiden, solange
kimmerte das selbst unsern unentwegten Liberalismus nicht.
Höchstens darüber, daß man Reserveoffizieren das Wahlrecht
estamotierte, oder darüber, daß man Staatsbürgern jüdischer
Konfession den Eintritt in das Offizierkorps verwehrte, regte
man sich hier und da auf. Aber jetzt, nachdem der Militarismus
sich auch herausnimmt, strupellos alle dem Militarismus
durch die Verfassung gezogenen Schranken zu überschreiten,
muß auch dem Harmlosesten die Ungeheuerlichkeit solcher Zu-
stände zum Bewußtsein kommen.

Insofern haben die militärischen Exzesse in Zabern sicher-
lich ihr gutes. Sie zeigen dem Volke, was es zu erwarten
hat, wenn es dem Militärregiment erst einmal einfallen sollte,
nicht nur Elsaß-Lothringen, sondern das ganze Reich als
Exerzierfeld seines Latendranges zu betrachten!

Die Niedersäbelung eines Lahmen.

Ueber die Verwundung des lahmen Schuhmachers in Dettweiler
gab der dortige Bürgermeister dem Korrespondenten der
„National-Zeitung“ folgende Schilderung:

„Gestern um 7 Uhr früh übte eine Abteilung der 99.
undneuziger unter Kommando Forstners und eines
Fahnenjunkers. Einige Kinder riefen Schimpfworte. Der
Leutnant wollte sie ergreifen lassen, allein die Kinder entließen.
Nun wollten die Soldaten einen jungen Burschen packen,
der in der Nähe stehend der Szene zusah. Auch dieser lief da-
von. Ein wehrloser, lahmer Krüppel, der in der Schuhfabrik
Levy beschäftigte 19 Jahre alte Charles Blank, der nicht so schnell
laufen konnte, wurde ergriffen und an Stelle der anderen fest-
gehalten. Blank wollte sich wehren; da lief Forstner herbei und
hieb ihm mit dem Säbel über den Kopf. Der Krüppel fiel zu
Boden, Soldaten rissen ihn auf und schleppten den halb Bewußt-
losen und über und über Blutenden auf das Bürgermeisteramt,
wo sich vor dem Tore ein Mann mit aufgezacktem Bajonett
als Wache aufstellte. Zwei Stunden lang wurde der Schwer-
verletzte vernommen.
Forstner gab selbst nichts zum Protokoll, sondern ließ den
Fahnenjunker sprechen. Draußen stand Blanks Vater und
jammerte um seinen Sohn. Die Soldaten wehrten ihm den
Eintritt.

Ich habe den jungen Menschen besucht und fand ihn
im Bette liegen. Die Eltern, arme Leute, standen verzweifelt
beim Bette.

Auf der Straße tobten sich am Morgen die Arbeiter zu-
sammen. Viel fehlte nicht zu einem wirklichen Aufrehr. Die
Leute sind auf das Außerste erbittert, schon deshalb, weil
jeden Morgen die Soldaten johlend mit aufreizenden
Zurufen den Ort durchziehen. Es ist nicht ab-
zusehen, wie alle Germanisationsbemühungen auf Jahre hinaus
vernichtet sein können.“

Zwei offiziöse Lesarten.

Das Wolffsche Bureau meldet:
Zabern, 2. Dezember. Zu einem neuen Zwischenfall kam es
heute in dem nahen Dettweiler. Als dort heute morgen 7 Uhr
Leutnant v. Forstner mit einem kriegstarken Zuge der 4. Kompanie
des 99. Infanterieregiments den Ort passierte, wurde der Leutnant
von vorübergehenden Arbeitern erkannt und durch höhnende
Zurufe beleidigt. v. Forstner ließ sofort Halt machen und ver-
suchte, durch ausgesandte Patrouillen die Beleidiger fest-
nehmen zu lassen, die nach allen Seiten flohen. Dem Fahnenjunker
Wies gelang es, einen der Leute zu fassen, einen gelähmten Schuh-
macher, der sich mit allen Kräften der Verhaftung
widersetzte. Bei dem entsetzten Gerause zog v. Forstner den
Säbel und hieb den Schuhmacher über den Kopf. Die Verwundung
des Mannes, ein fünf-Zentimeter langer Säbelhieb über die Stirn,
soll nach der Meinung des Bürgermeisters eine gefährliche sein.
Leutnant v. Forstner begab sich sofort zum Bürgermeister und gab
den Vorfall zu Protokoll.

Eine spätere Meldung des offiziellen Depeschen-
Bureaus lautet:

Berlin, 2. Dezember. Ueber den Vorfall in Dett-
weiler erhalten wir von zuständiger Seite folgende Dar-
stellung: Leutnant v. Forstner wurde heute morgen in Dettweiler
während einer Übung beschimpft. Bei dem Versuch der
Festnahme drohte der Fabrikarbeiter Blank dem Geleiteten Wies,
der die Schimpfenden verfolgte: Warte, Junge, gleich wirst
Du gemeret. Dabei griff er in die Tasche, in der nachher
ein Messer gefunden wurde. Als Blank nun festgenommen werden
sollte, schlug er den Geleiteten Wies mit der Faust
ins Gesicht und stürzte sich auf den Leutnant
v. Forstner. Dieser zog den Degen und schlug Blank über
den Kopf. Nun ließ dieser sich festnehmen. Er hat eine 10 Zenti-
meter lange Wunde am Kopf. Blank wurde dem Bürgermeister
in Dettweiler übergeben.

Sonderbar, höchst sonderbar, dieser verblüffende
Widerspruch zwischen den beiden offiziellen Mel-
dungen. Zweifellos mußte doch auch die erste Wolff-Meldung
auf einer von militärischer Seite gegebenen Darstellung.
Als man aber nachher in Militärkreisen den Vorfall als gar
zu blamabel empfand, gab man die zweite Lesart durch
das offiziöse Bureau zur Kenntnis der Öffentlichkeit.

Da die beiden Meldungen sich derartig widersprechen,
werden sie ja wohl beide unrichtig sein!

Nach Zabern — Metz!

Aus Metz wird uns gemeldet: Erst jetzt wird ein Vor-
fall bekannt, der sich hier in der Nacht zum Sonntag an der
St. Georgs-Brücke abgespielt hat und leicht üble Folgen
hätte nach sich ziehen können. Dort hatte beim Vorübergehen
einer Militärpatrouille eine am Arme ihres
Mannes daherschreitende Frau gelacht. Die
Frau wurde sofort samt ihrem Kinde von der Patrouille
festgenommen. Als dabei die Patrouille noch das
Seitengewehr aufpflanzte, sammelte sich eine
größere Menschenmenge an, die in noch größere Aufregung
geriet, als von der Hauptwache vier Mann unter Führung
eines Feldwebels mit aufgezacktem Seiten-
gewehr zur Unterstützung der Patrouille erschienen. Ein
junger Mann, Sohn eines Postbeamten, soll die Patrouille
dadurch gereizt haben, daß er sich dicht vor dieselbe hinstellte
und trotz Aufforderung nicht von der Stelle wich. Es hätte
leicht dazu kommen können, daß die Soldaten von ihrer
Waffe Gebrauch machten. Das wurde glücklicherweise dadurch
verhütet, daß ein Polizeikommissar auf dem Schau-
platze erschien, dem es schließlich durch Zureden gelang, wieder
Ruhe und Ordnung zu schaffen und außerdem die Patrouille
zu bewegen, das Ehepaar freizulassen. Der junge Mann
wurde später von einer Polizeipatrouille in Haft genommen.

Folgen der militärischen Einsperrung.

Zabern, 2. Dezember. Wie die „Frankfurter Zeitung“
berichtet, verlief der gestrige Tag in Zabern sehr ruhig. Die Straßen
waren fast menschenleer und man sah nur eine Militärpatrouille in
den Straßen der Stadt. Der gestern abend hier eingetroffene General
Kühne hat sich sofort Leutnant v. Forstner vorführen lassen, nachdem
er mit dem Obersten und dem Kreisdirektor verhandelt hatte.
Verschiedene der in Haft Gewesenen haben sich während des Auf-
enthaltes in der Festlagernacht in den Militärkellern ernsthafte Ge-
spräche angeknüpft; andere haben leichte Verletzungen erlitten.

Einsitzige Mahnungen zur Besonnenheit!

Zabern, 2. Dezember. (W. L. v. B.) Der gestern hier aus
Straßburg eingetroffene Generalmajor Kühne hatte im Laufe des
Vormittags eine Konferenz mit dem Kreisdirektor Wahl
und ist nachmittags 1 Uhr wieder nach Straßburg zurückgekehrt.
Der Kreisdirektor erklärt durch Amtsblatt und Anschlag neuerdings
einen Aufruf, in dem er die Bevölkerung eindringlich ermahnt
sie möge die Ruhe bewahren und davor warnet, gegen die Offiziere
beleidigende Ausrufe auszusprechen, auch möchten die Besonnenen
Elemente dazu beitragen, die Leute vor der Begehung von Aus-
schreitungen zu warnen.

Von einer ähnlichen, sicherlich noch dringlicheren Mahnung
der Militärbehörden an die Offiziere weiß das offiziöse
Depeschenbureau bezeichnender Weise nichts zu melden!

Der Oberst von Reutter erledigt?

Strasburg, 2. Dezember. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Wie hier bestimmt verlautet, soll Oberst von Reutter wegen der militärischen Uebergriffe in Zabern den Abschied erhalten. Eine amtliche Bestätigung dieser Gerüchte liegt bis zur Stunde nicht vor.

Die Bürgermeister Elsaß-Lothringens protestieren.

Strasburg, 2. Dezember. Die Bürgermeister der Mittelstädte Elsaß-Lothringens hielten hier heute im Landtagsgebäude eine Versammlung ab, in der sie angefaßt der Vorgänge in Zabern ihre Sympathie für diese Stadt und ihren Bürgermeister bekundeten, die Versammlung nahm eine Resolution an, in der die Befürchtung ausgesprochen wird, daß durch das Verhalten der Militärbehörde das Staatsinteresse in unverantwortlicher Weise schwer geschädigt worden sei. Die Versammlung stellte fest, daß durch das Kommando der Garnison Zabern ein schwerer Eingriff in die Polizeigewalt des Bürgermeisters unter Verletzung der Landesgesetze verübt worden sei. Zum Schluß wurde der Erwartung Ausdruck gegeben, daß der allen Bürgermeistern auf Grund ihrer Ernennungsurkunde im Namen des Kaisers zugesicherte Schutz bei der Ausübung ihrer Befugnisse von den Militärbehörden respektiert werde.

Das Urteil der englischen Presse.

London, 2. Dezember. Während sich die französische Presse in ihrer Beurteilung sehr zurückhält, äußern sich die hiesigen Blätter äußerst scharf und selbst diejenigen Zeitungen, die im allgemeinen deutschfreundliche Tendenzen verfolgen, wie z. B. der „Daily Telegraph“, haben nur Worte des Vorwurfs gegen die Methode, welche die Armee in Elsaß-Lothringen anwendet. Der „Daily Graphic“ schreibt u. a.: Die einzige Eroberungsform, die Preußen kennt, ist die Gewalt und mit dieser einzigen Form kann man nur das erreichen, was man dort erreichte, nämlich Widerstand. „Daily Mail“ bringt einen längeren Artikel mit der Ueberschrift: „Tragikomödie in Elsaß-Lothringen“ und hebt als besonderen Punkt hervor, daß die französische Presse sich in dieser Angelegenheit sehr gut benommen und wenig Erregung gezeigt habe. Man habe sich in Frankreich gebüht, aus dieser Angelegenheit in politischer Beziehung Kapital zu schlagen. Das Blatt schließt mit der Frage: Sollte etwa die preussische Militärarroganz, wie sie Zabern in der letzten Woche erdulden mußte, darauf berechnet sein, das ganze Werk der Germanisation in Elsaß-Lothringen über den Haufen zu werfen?

Arbeitslosigkeit.

Der Berliner Arbeitsmarkt im Monat Oktober.

Nach Beendigung der Quartalsarbeiten hat sich die Lage des Berliner Arbeitsmarktes weiter verfestigt. In den Arbeitsnachweisen entfielen bei den Männern auf 100 offene Stellen 168 Arbeitsgesuche gegen 148 im Vormonat und 144 in der Parallellage des Vorjahres. Bei den Arbeiterinnen ging die Nachfrage prozentual ebenso stark zurück wie bei den Arbeitern. In vielen Familien, für deren Bedürfnisse früher der Verdienst des Mannes ausreichte, ist die Frau jetzt gezwungen, mitzuarbeiten. Auch jugendliche Mädchen boten sich mehr als im Vorjahre an. Weil sie dem Fortbildungsschulzwange unterliegen, war ihre Unterbringung besonders schwierig. Die Nachfrage nach Dienstmädchen war ebenfalls erheblich gesunken und in demselben Grade die Nachfrage nach Aufwärtinnen gestiegen. Beides ist auf die gleiche Ursache, die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse, zurückzuführen. Familien, die früher Hauspersonal beschäftigten, befehlen sich jetzt mit Aufwärtinnen oder gar keinem Personal. Das Ueberangebot von Arbeitskräften hat bei den Arbeiterinnen eine Lohnreduktion herbeigeführt; die Aufnahmefähigkeit des Berliner Arbeitsmarktes für weibliche Angestellte ist fast bei allen Industriezweigen zurückgegangen. Die Vautätigkeit ruht in Berlin fast vollständig und zieht die Eisen- und Holzindustrie stark in Mitleidenchaft. Eine kleine Erleichterung erfährt der Arbeitsmarkt durch Inangriffnahme der Vorarbeiten zum Weihnachtsgeschäft, durch die lausamännliche Angestellte beiderlei Geschlechts vorübergehend Beschäftigung fanden. Die ungünstige Konjunktur spiegelt sich auch wieder in den Mitgliederzahlen der Krankenkassen, die unter dem Bestand der Parallellage des Vorjahres heruntergegangen sind, und in der Mindereinnahme der Landesversicherungsanstalt Berlin aus Markenbeiträgen.

Bülow über Bülow.

Fürst Bülow will es möglichst in allen Stücken seinem von ihm so häufig bemängelten „großen Vorgänger an diesem Platze“ gleichen, und da Bismarck nach dem Verlassen des Reichskanzlerpalais sein politisches Lebenswerk in den Gedanken und Erinnerungen zusammengefaßt und zu rechtfertigen berufen hat, hält sein Jünger es für angebracht, die Mit- und Nachwelt ebenfalls über seine politischen Absichten und Erfolge zu unterrichten. Was er niedergeschrieben hat, sind allerdings keine Erinnerungen, sondern nur Gedanken oder doch das, was er dafür hält. Er hat es übernommen, für ein unter der Regide hochgestellter Persönlichkeiten in dem konservativen Verlage von Reimar Hobbing erscheinendes Sammelwerk „Deutschland unter Kaiser Wilhelm II.“ den Abschnitt über die deutsche Politik zu schreiben, und aus den Proben, die bisher vorliegen, läßt sich erkennen, daß er die Gelegenheit benützt, um in einer allgemeinen historisch-politischen Würdigung der Wilhelminischen Zeit seine amtliche Tätigkeit als Staatssekretär des Auswärtigen und später als Reichskanzler in die ihm richtig erscheinende Beleuchtung zu rücken. Er ist der Herold seiner eigenen Taten oder man kann auch sagen: er ist sein eigener Offiziosus.

Schade, Bülow hätte sehr viel interessanter wirken und zur Charakterisierung der ersten 25 Regierungsjahre Wilhelms II. manderlei beitragen können, wenn er gekommen wäre als das, was er wirklich ist, als immerhin amüsanter Plauderer und Anekdote erzähler, der mit seinen satirischen Bemerkungen gelegentlich auch vor geweihten Häuptern nicht zurückschreckt. Aber ein ungünstiges Schicksal hat nun einmal den, der, wenn er Diplomat geblieben wäre, uns sicher einmal recht artige Othoböden über die Methoden der auswärtigen Politik hinterlassen hätte, zum Leiter eines großen Staatswesens gemacht, und die unwillkommene Folge davon ist, daß wir nun auch von dem aus dem Amte Geschiedenen seine Plaudereien, sondern nur ebenso langweilige wie patetische Abhandlungen zu hören bekommen.

Bülow war noch nicht lange Reichskanzler und der Liberalismus sehte auf ihn noch allerlei Hoffnungen, da sagte doch schon der freimüthige Führer Theodor Barth von ihm, daß er das gefährliche Talent der sonoren Worte besitze, die dem Ohr schmeicheln, aber dem Verstand wenig bieten. Die sonoren Worte sind auch jetzt wieder da; aber seltener nach der bekannten Bestimmung eine Schreibe keine Rede ist, sind sie gedruckt noch viel belangloser als

Anträge zur Arbeitslosenfürsorge.

Die Lübecker Bürgerchaft lehnte am Freitag den sozialdemokratischen Antrag auf Einführung einer Arbeitslosenunterstützung mit 51 gegen 41 Stimmen ab, nachdem sie ihn in erster Lesung angenommen hatte. Der Antrag wurde besonders von den Industriellen und Agrariern bekämpft.

Auf einen Antrag der beiden sozialdemokratischen Stadtverordneten in Essen, vom 1. April 1914 ab eine Arbeitslosenversicherung nach Center System einzuführen und in den Etat einen Betrag von 15 000 M. dafür einzusetzen, entgegnete der Oberbürgermeister H o l l e u. a.: Die Arbeitslosenversicherung sei in den Städten, wo man sie eingeführt habe, ein fragwürdiges Ding. Für Essen könnte sie jedenfalls nicht in Frage kommen, da von einer nennenswerten Arbeitslosigkeit dort keine Rede sei. Die Fabriken seien auch im Winter gleichmäßig beschäftigt, die Bergwerke beschäftigten im Winter sogar mehr Arbeiter als im Sommer. Wichtiger als eine Arbeitslosenversicherung, die vielleicht erst in Jahren bei einer wirklichen Krise in Wirksamkeit träte, einer solchen aber gar nicht gewachsen sein würde, wäre, für etwaige Arbeitslose in diesem Winter Arbeit zu beschaffen; und dafür seien die Vorbereitungen geschaffen. Der Oberbürgermeister von Essen weiß danach noch nichts von den teilweisen Vertriebsbeschränkungen bei Krupp, weiß nichts von Kündigungen auf den Hagen. Es war bezeichnend, daß sogar einer der christlichen Stadtverordneten sich veranlaßt sah, dem Oberbürgermeister zu sagen, daß die Dinge denn doch selbst in Essen nicht so rosig liegen.

Einer der bürgerlichen Vertreter, der einzige, der noch das Wort nahm, hielt es auch für richtig, daß man mit besonderen Maßnahmen warte, „bis die Rot und dazu zwingt“. Sein Vorschlag, den Antrag der Verwaltung als Material zu überweisen, wurde angenommen, und damit war die Sache abgetan.

Die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit stand auch im Vordergrund von drei öffentlichen Versammlungen, die von den freien Gewerkschaften und dem sozialdemokratischen Wahlverein in Hannover und Linden veranstaltet wurden. Nach Referaten, die sich mit der schwierigen Lage der Arbeiterschaft und der wachsenden Arbeitslosigkeit sowie einem Protest gegen den Stadtdirektor Tramm beschäftigten, der am Dienstag in öffentlicher Sitzung der städtischen Kollegien die Behauptung aufgestellt hatte, daß in Hannover ein Notstand nicht existiere, genehmigten die Versammlungen einstimmig Eingaben an die Magistrate von Hannover und Linden, von denen, bis zur Erreichung des Endzweckes der Reichs-Arbeitslosenversicherung, die Gründung von kommunalen Arbeitslosenversicherungen gefordert wird. Im übrigen wird in den Eingaben in erster Linie die Schaffung ausreichender Arbeitsgelegenheiten durch Reich, Staat und Kommune, die Verworzung einheimischer Arbeiter, die Einrichtung von Notstandsarbeiten, die Schaffung von Unterkunftsräumen für Obdachlose (Wärmehäuser u. dgl.), Nahrungsmittel für bedürftige Schulkinder usw. dringend empfohlen.

Politische Uebersicht.

Zwei Reichstagsmandate erledigt!

Der Reichstag stimmte am Dienstag, nachdem eine Anzahl kurzer Anfragen erledigt waren, über Wahlprüfungen ab. Die Wahl des Herrn H e g e n s c h e i d t, des reichsparteilichen Landrats, der seinen Landratscharakter als Kandidat ostentativ hervorgekehrt hatte, wurde für gültig erklärt — so verkündete wenigstens Herr K a e m p f, nachdem sich die Rechte und das Zentrum für ihren Hegenscheid erhoben hatten. Dann wurde die Wahl unseres Genossen Haupt in Jerichow Laffier, obgleich leythn dargelegt worden war, daß die Sache durchaus nicht geklärt ist. Nur einige Fortschrittler stimmten mit unseren Genossen für die Wahlprüfung des Zentrumsabgeordneten K u c h o f f (Köln-Land) die Gelegenheit wahr, um eine Art „ausgleichender Gerechtigkeit“ walten zu lassen. Sie stimmten mit der Linken für die Ungültigkeit dieses Zentrumsmandats. Die Abstimmung der Rationalliberalen erfordert jedoch noch eine knappe Beleuchtung. Es stimmten nämlich die Herren H e s t e r m a n n, V e d e r - H e s s e n (dem bekanntlich eine Stimme das Mandat rettete), Dr. Böttger und Bartling für den Kommissionsantrag auf nochmalige Wiedererhebung, während bei der Abstimmung über die Gültigkeit H e s t e r m a n n und V e d e r den Herrn Kuchhoff dem Reichstag erhalten wollten, indem sie für die Gültigkeit stimmten; die anderen beiden enthielten sich diesmal der Abstimmung! Es werden also demnächst Neuwahlen in Jerichow und Köln-Land vorzunehmen sein.

Die erste Lesung des Etats kam nicht über die Darlegungen des Schatzsekretärs K u h n hinaus, da der Reichskanzler die angeforderte Rede über die auswärtige Politik nicht hielt. Herr Kühn bemühte sich, die bereits hereinbrochene Krise in möglichst mildem Licht erscheinen zu lassen — aber was haben die Zehntausende von Arbeitslosen von dem hohen Goldbestand der Reichsbank? Im übrigen verschwieg Herr Kühn nicht seine schweren Kämpfe für den Fall, daß der Wehrbeitrag nicht in der erwarteten Höhe hereinkomme. Das übliche Lob der Sparsamkeit machte den Schluß, was sich wenige Monate nach der Bewilligung der ungeheuersten Rüstungen besonders gut ausnimmt.

Mittwoch: Zabern!

Die bevorstehenden Neuwahlen.

Auf Antrag der Wahlprüfungscommission wurden am Dienstag vom Plenum des Reichstages die Mandate der Abgg. Haupt (Soz.) und K u c h o f f (Z.) für ungültig erklärt.

Genosse Haupt wurde im Jahre 1912 in der Stichwahl im Wahlkreise Jerichow mit 15 263 gegen 15 256 Stimmen gewählt, die auf den Konservativen v. W e r n f i e l e n. In der Hauptwahl entfielen auf unsere Partei 11 992, auf die Konservativen 9570 und auf den Freisinn 8291 Stimmen.

Der Abg. K u c h o f f wurde 1912 im Landkreise Köln im ersten Wahlgange mit 33 331 Stimmen gewählt. Auf den sozialdemokratischen Kandidaten G i l s b a c h entfielen 24 208, auf den national-liberalen Kandidaten 8500 Stimmen. Außerdem erhielt ein Christlich-sozialer 200, ein Pole 146 Stimmen.

Die Wohnungsnot.

Das Reichsamt des Innern setzt zur Prüfung der gesetzlichen Regelung der Wohnungsfrage eine Kommission ein, in die auch Mitglieder des Reichstages berufen werden. Die sozialdemokratische Fraktion hat hierzu die Abgg. G ö h r e und Dr. C o h n - N o r d h a u s e n in Vorschlag gebracht.

Die Duellfrage.

Nach einer offiziellen Meldung hat der Bundesrat die im vorigen Jahre vom Reichstage beschlossene Resolution zur Duellfrage dem Reichskanzler überwiesen und dazu u. a. bemerkt: „Die erneute Prüfung der Frage, wie der Zweikampf für das Heer und die Marine weiter eingeschränkt werden könnte, hat ergeben, daß die diesbezügliche Kabinettsorder vom 1. Juni 1907 ihren ausgesprochenen Zweck auf Einschränkung und Verminde rung von Zweikämpfen erfüllt und segensreich gewirkt hat. Die in Vorbereitung befindliche Revision des Strafgesetzbuches wird Gelegenheit zur Prüfung der Frage bieten, inwieweit durch die strafrechtliche Behandlung der Verleumdung dem Zweikampf vorgebeugt werden kann. Schließlich stellt der Bundesrat fest, daß die Resolution ein Ausnahmefolge gegen die Angehörigen der bewaffneten Macht und eine nicht zu rechtfertigende Sonderbestrafung wegen eines Vergehens, das auch von Angehörigen aller Stände begangen werde, fordere. Die Dienstentlassung sei eine Ehrenstrafe, die außer dem Verlust der Dienststelle und der Uniform auch den Verlust der Pension und Hinterbliebenenanprüche zur Folge habe. Eine solche Strafe gegen einen Offizier zu verhängen, der aus ideellen Gründen sein Leben für den Schutz seiner angetasteten Ehre einsetze, würde doch eine ungerechtfertigte Härte sein, die mit den Grundsätzen des bürgerlichen und militärischen Strafrechts über die Verwirkung von Ehrenstrafen in Widerspruch stehe. Ueberdies unterliege die Anstellung und Entlassung eines Offiziers verfassungsmäßig der Entscheidung der Krone.“

Diese Antwort, die der Bundesrat dem Reichstag in der Duellfrage gegeben hat, überrascht uns nicht. Wird sich der Reichstag nun damit zufrieden geben? Hätte die Reichstagsmehrheit bei der großen Heeresvorlage seinem Wunsche mehr Nachdruck verliehen, so würde sie heute nicht diese Antwort erhalten haben. Bei den bevorstehenden Etatsdebatten wird sicher noch ein Wortchen über diese Frage gesprochen werden.

Die Scharfmacher am Werk.

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat ihre Wünsche nach einem Zuchthausgesetz neuerdings durch folgenden Beschluß begründet:

„Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hält nach wie vor daran fest, daß ein reichsgesetzliches Verbot des Streikpostens nicht unbedingt notwendig ist, um den von allen Seiten anerkannten Einschüchterungen und Gewalttätigkeiten gegenüber Arbeitswilligen entgegenzutreten. Mit einem solchen Verbot wird nicht ein Ausnahmefolge zu ungunsten des Arbeiterstandes geschaffen, denn das Gesetz

wendigkeit entspreche die Politik, die er getrieben habe. Wenn der Eindruck nur nicht gar so stark wäre, daß er sein System erst nachträglich entdeckt hat! In Wirklichkeit war es doch so, daß er experimentierte, daß er sich glatt wie ein Nagel überall durchzuwinden versuchte und nur die eine Nischenschnur kannte, innere Kreise nach Möglichkeit zu vermeiden. Er hat erst verhältnismäßig spät entdeckt, daß er ein „agrarischer Reichskanzler“ sei, und er würde ohne allen Zweifel die jetzt von ihm leise getadelten Wege des Grafen Caprivi gegangen sein, wenn sie ihm persönlich sicher genug erschienen hätten. Die Jahre vor und nach der Reichstagsauflösung von 1906 sind für seine Anpassungsfähigkeit beweiskräftig genug.

Wir wollen nicht mit Bülow darüber rechten, ob die Politik, die er nach seiner Versicherung aus innerster Ueberzeugung getrieben hat, nun wirklich auch nur für die Landwirtschaft die segensreichen sozialen und nationalen Wirkungen bringt, die er ihr nachrühmt. Er wird ja auch heute noch nicht zugeben wollen, daß Großgrundbesitz und Landwirtschaft nicht ein und dasselbe ist, und wer unsere Schutzöllnerlei, die bekanntlich nicht nur dem Großagrarierum, sondern auch den Kartellen der schweren Industrie zugute kommt, mit Gemeinplätzen verteidigt, wie dem, daß ein kluger Arzt dafür Sorge trage, den Organismus in allen seinen Teilen und Funktionen gesund zu erhalten, mit dem ist schwer über Grund- und Elementarfragen zu diskutieren.

Zum Glück wird die Wüste seiner wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen durch die Dase einer Anekdote unterbrochen. Er erzählt uns, wie er sich mit einem linksliberalen Parlamentarier über wirtschaftliche Dinge unterhalten und ihn schließlich gefragt habe, ob wohl in einem schweren Kriege oder in einer ersten Revolution die trefflichen neuen Schichten die Kräfte ganz ersehen könnten, die Preußen groß gemacht hätten? Der Mann sei nach kurzer Ueberlegung zu dem Entschiede gekommen: „Sie haben recht, erhalten Sie uns die Landwirtschaft und selbst den Junker!“

Wenn wir dem Fürsten Bülow etwas glauben, so glauben wir ihm diesen linksliberalen, und wenn der rückschauende Betrachter statt eines Agrarierfreundschafts prinzipiell zu begründen, sie abschließend mit dem Hinweis auf diesen typischen Vertreter des liberalen Bürgerturns verteidigt hätte, so würde seine Abhandlung dadurch ganz beträchtlich gewonnen haben.

Der linksliberale hat — dessen sich wir absolut sicher — auch Bülow's Politik gegenüber der Sozialdemokratie seine volle Anerkennung gezollt. Er wird seine rhetorischen Attacken gegen die

wendet sich nur gegen diejenigen, welche durch organisierte Einschüchterung und Bedrohung der Betriebsräte und ihrer Zugänge die Freiheit des Unternehmers sowie ihrer arbeitswilligen und arbeitstreuen Beschäftigten bedrohen und den öffentlichen Frieden gefährden. Es wird vielmehr im Gegenteil damit ein Ausnahmezustand beseitigt, der jetzt dem einen Teile im Wirtschaftskampfe ein Zwangsmittel gibt, gegen welches dem anderen Teile die Möglichkeit einer Abwehr nicht zusteht. Die Vereinigung hält ein Einschreiten auf dem Wege der Polizeiverordnung gegen das Streikpostensystem allein nicht für genügend, weil, selbst wo ein polizeiliches Verbot des Streikpostensystems landesrechtlich möglich ist, der Erlass einer solchen Verordnung an bestimmte, nicht überall gleiche Voraussetzungen gebunden und in das Ermessen der Polizeibehörde gestellt ist. Diese Befugnis würde so nicht nur in den einzelnen Bundesstaaten und Bezirken, sondern sogar in den einzelnen Streikfällen tatsächlich verschieden gehandhabt werden, während gerade auf dem Gebiete der Rechtseinheit innerhalb des Reiches eine vordringende Wirksamkeit des Verbots und eine gleichmäßige Behandlung aller Fälle dringend nötig ist.

Es ist nichts Neues, was hier gesagt wird; aber die Scharfmacher handeln nach dem Grundsatz: Steter Tropfen höhlt den Stein.

Ein Schutzverband gegen die „Versicherungsseuche“.

Die Großindustriellen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet machen fortgesetzt die größten Anstrengungen, einerseits jeden Ausbau des Arbeiterschutzes und der Sozialgesetzgebung zu hindern, andererseits aber einen „genügenden“ Schutz der Arbeitswilligen zu erzielen. Besonders die Eisenkönige lassen nichts unversucht, um das „drohende“ Verbot der 24 stündigen Beschäftigung in den Hochofenbetrieben hintanzuhalten. Die Mittelstandsverbände bleiben in der Hitze gegen die Sozialreform nicht zurück. In ihrer zweiten Vollversammlung des Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes, Landesverbände Rheinland und Westfalen sprach am Sonntag in Essen Geheimrat Vorster über „Die Stellung der Industrie zur Gemeinschaftsarbeit“. Nachdem er den Hansabund und seine „Erfolge“ in der Vertretung der Mittelstandsinteressen lächerlich gemacht, empfahl er die neue Arbeitsgemeinschaft zwischen Industrie, Landwirtschaft und Mittelstand als Retter in der Not. Das wichtigste war ihm aber die Gründung eines Schutzverbandes gegen die Sozialpolitik. Mit träftigen Seitenhieben auf die jüngsten Beschlüsse der „Gesellschaft für soziale Reform“ zog er gegen die Lasten vom Leber, die die Sozialversicherung den Unternehmern auferlege. „Ich sehe keinen Grund für diese Versicherungsseuche, die bei uns in Deutschland eingetreten ist“, rief der Redner nach der „Rheinisch-Westfälischen Ztg.“ aus. Und über die von der Gesellschaft für soziale Reform empfohlenen „Lohnsätze und Einigungsämter“ sagte er: „Wir alle wissen, daß die Arbeiter, wenn sie in den Auslands treten, auf Tarife und Einigungsämter pfeifen. Lohnsätze sind bei der Industrie nicht möglich, da die Lohnverhältnisse von den Schwankungen der Konjunktur abhängig sind.“ Dies und alles, was sonst noch an rüchsigstolzer und egoistischer Scharfmacherei, besonders hinsichtlich der Arbeitslosenversicherung geleistet wurde, erhielt seine Krönung durch das Telegramm an den Kaiser, worin dessen allerniedrigste Förderung aller berufständischen Gemeinschaftsarbeit zum Besten der Mittelstandsbefitzungen erbeten wird, „als eines wirksamen Mittels gegen Unzufriedenheit und Erschütterung des gesamten Staatswesens“.

Geheiß eines Zentrumsgesandten.

Dem „Fränkischen Volksfreund“ in Würzburg ist ein Brief des Zentrumsgesandten in Schweinfurt auf den Tisch gekommen, der uns so recht die Schlechthaltung zeigt, auf denen die christlichen Arbeiterpartei marschieren, wenn sie die moderne Arbeiterbewegung aus dem Felde schlagen wollen. Der Brief ist an einen landwirtschaftlichen Großunternehmer, den Besitzer des Gutes Reichelsdorf bei Schweinfurt gerichtet und hat die Wahlen zur Ortskrankenkasse zum Gegenstand. In dem sehr langen Schreiben heißt es unter anderem:

... Die Liste der Arbeitgeber bedarf keiner Wahl, denn es ist dazu keine Gegenliste eingereicht worden und gilt die Liste als gewählt. Arbeitgeber brauchen also am Sonntag nicht zu wählen, aber die Arbeitnehmer, denn da haben die Sozialdemokraten eigene Listen eingereicht, und nicht nur für gewerbliche Arbeiter, sondern auch für landwirtschaftliche. Sie haben verschiedene Gutsarbeiter und Knechte für ihre Liste gewonnen. Da die Wahl eine Verhältniswahl ist und jede Partei so viele Sitze bekommt, als sie Stimmen aufbringt, so muß die sozialdemo-

umstürzler bewundert, die Mandatsverluste der Roten im Jahre 1907 als einen von dem großen Manne vorausgesehenen Erfolg seines Geschwäzes über Sein und Entstehen des Sozialismus gepriesen haben. Er ist demzufolge auch einverstanden mit dem, was der Ergänzler jetzt über das Thema zu sagen wagt.

Der frühere Oberbürgermeister von Berlin hat sich bekanntlich nach seinem Scheiden aus dem Amte bemüht, ein zutreffendes Bild vom Sozialismus zu gewinnen und sich nicht gescheut, auch Sozialdemokraten um Belehrung zu bitten. Bülow war schon vollständig mit seinem Wissen zufrieden, und so hat er nichts hinzugelehrt. Er arbeitet nach wie vor mit seinen alten Mitteln: Norddeutschland — Süddeutschland, Radikalismus — Revisionismus. Die norddeutsche Sozialdemokratie, die er sich für seinen Bedarf konstruiert, ist für ihn die Fortsetzung der Berliner Ketzerei und Arianität, die schon in der Zeit des absoluten Königtums bekannt gewesen sei, und ihren Mangel an „veröhnlichen Allüren“ hat seiner Ueberzeugung nach in Preußen einen Konservatismus erweckt, wie ihn andere Bundesstaaten nicht kennen und auch nicht brauchen.

Das sind die Resultate der tiefgründigen historischen und gesellschaftswissenschaftlichen Forschungen eines „geistreichen“ Reichskanzlers. Ueber die zu befolgende Methode der Behandlung der Sozialdemokratie aber weiß er nichts anderes zu sagen, als daß in Preußen das Experiment der Verständigung mit ihr nur denkbar sei, wenn sie zuvor offen und in aller Form ihren Frieden mit der Monarchie gemacht habe. Vorher gibt's kein Vorkriegen mit ihr. Warum nicht? Weil einer gleichsam königlich privilegierten Sozialdemokratie Hunderttausende ohne Skrupel folgen würden. „Anstatt die Sozialdemokratie zu gewinnen, würden in Preußen nur zahllose in ihren politischen Begriffen verwirrte gute Staatsbürger der Sozialdemokratie in die Arme getrieben werden.“

Ob Fürst Bülow mit dieser Feststellung den guten Staatsbürgern, den Parteien, die sich auf sie stützen, und der Regierung, die mit ihnen arbeiten will, einen besonderen Gefallen getan hat, das zu entscheiden überlassen wir den beteiligten Faktoren. Wir haben nicht den Eindruck, daß diese niedrige Einschätzung der politischen Intelligenz in den staatsverhaltenden Schichten bei den guten Staatsbürgern die Trauer über die Kaltstellung des Fürsten Bülow erhöhen wird. Sie werden sich wohl der Meinung nähern, die sich bei uns — allerdings aus anderen Gründen — nach der Lektüre der politischen Betrachtungen eines Abgeordneten bestärkt hat: daß das Vaterland es wohl ertragen kann, wenn solche Köpfe feiern.

kratische Liste durch eifriges Wählen aller Nichtsozialdemokraten bekämpft werden. Es wird Ihnen gewiß nicht gleichgültig sein, ob neben den Arbeitgebern im Ausschuß Sozialdemokraten oder Nichtsozialdemokraten sitzen. Wir stellen nun die Bitte an Sie, die christlich-nationale Arbeiterliste weitgehendst unterstützen zu wollen, diese Liste ist auch vom Bezirksamt auf Grund der gemachten Vorschläge als amtliche Liste veröffentlicht worden. Die Unterstützung geschieht dadurch, daß Sie Ihren Leuten am kommenden Sonntag Gelegenheit geben, der Wahl nachkommen zu können. ... Natürlich sollten die Leute etwas zur Wahl anhalten und die Verständigen aufmerksam gemacht werden, daß sie nicht den sozialdemokratischen Stimmzettel abgeben. Zu dem Zweck legen wir eine Reihe von Wahlzetteln bei, welche verteilt werden sollen. ... Machen Sie, bitte, die Leute darauf aufmerksam, daß auf der amtlichen Liste Gutarbeiter und Diensthöfen händeln, die ihre Interessen besser zu wahren wählten in vernünftiger Weise, als dies durch das Gebot der Sozialdemokraten erreicht werden könnte. ... Zu weiteren Auskünften ist gern bereit und zeichnet mit dem Ausdruck der vorzüglichsten Hochachtung

Eg. Schwarz,

Abgeordneter in Schweinfurt.

Als Postskriptum folgt dann noch eine liebliche Demunziation:

„Damit Sie nicht an die falschen Adressen geraten, teile ich Ihnen mit, daß die bei Ihnen beschäftigten Christian Feuchter und Barbara Griebel als Kandidaten auf die sozialdemokratische Liste stehen, ob das ihnen bewußt ist oder ob sie vielleicht unter dem Deckmantel einer neutralen Liste eingetragenen wurden, weiß ich natürlich nicht.“

Dieser schwarze Reichstagsabgeordnete scheut sich also nicht, einen Unternehmer zur schlimmsten Wahlbeeinflussung und zum Terrorismus gegen seine Angestellten zugunsten der christlichen Liste aufzufordern und ihm nebenbei auch noch nahezu legen, seinen beiden Arbeitern, die sich für die „sozialdemokratische“ Liste aufstellen ließen, mit der Hungerpeitsche eine gehörige Lektion zu erteilen. Wenn andere Leute zu solchen Mitteln greifen würden, dann möchte man das Geschrei hören, das sich aus dem schwarzen Blätterwald vernehmen ließe!

Die Sorge für die Familie die höhere Pflicht.

Ein Bild sozialen Elends wurde in einer Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht des 3. Armeekorps entrollt. Unter der Anklage der erschwerter unerlaubten Entfernung hatte sich der Reservist J. zu verantworten. Der Angeklagte ist Familienvater. Er hat mehrere Kinder und seine Ehefrau zu ernähren, die demnach ihrer Nahrung entbehren. Lange Zeit hindurch war er ohne Beschäftigung, und Anfang August endlich sollte er wieder Arbeit bekommen und instande sein, seine Familie zu ernähren. Da erhielt er einen Befehl zu einer vierzehntägigen Lebung auf dem Truppenübungsplatz in Arns. Der Angeklagte befürchtete jedoch, seine Stellung zu verlieren, wenn er die Lebung antrete. Er kam deshalb dem Befehl nicht nach. Die Folge sollte eine recht unangenehme sein. J. wurde wegen erschwerter unerlaubter Entfernung vor das Oberkriegsgericht gestellt. In der Verhandlung erklärte der Angeklagte: er sei der Meinung gewesen, durch seine Kräfte sei er genügend entschuldigt gewesen. Die Sorge für seine Familie habe er für die höhere Pflicht angesehen. Hätte er die Lebung angetreten, so hätte er seine Familie hilflos auf der Straße zurücklassen müssen; denn der Hauswirt habe mit Ermäßigung gedroht. Da seine Ehefrau wieder in anderen Umständen war, so habe er sie erst recht nicht im Stich lassen können.

Dem Angeklagten wurde vom Verhandlungsführer bedeutet, daß er sich damals beim Bezirksfeldwebel hätte melden müssen. Wahrscheinlich wäre ihm dann auch die Lebung unter den obwaltenden Umständen erlassen worden. Das habe der Angeklagte aber nicht getan. Er wurde zu der geschicklich geringsten Strafe von 43 Tagen Gefängnis verurteilt. Vom Gerichtstisch aus wurde der Angeklagte auf den Weg des Gnadengesuchs an den Kaiser verwiesen.

Die beleidigten Christen.

Die „Kreuz-Zeitung“ meldet: „In verschiedenen Zeitungen war gegen die christlichen Gewerkschaftsführer seinerzeit der Vorwurf erhoben worden, daß diese ein doppeltes Spiel treiben. Im geheimen hätten sie sich den Bischöfen in den Forderungen der Enzyklika unterworfen, während sie öffentlich ihre Unabhängigkeit betonten. Der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, Stegerwald-Köln, und andere Gewerkschaftler haben nun gegen die Zeitungen aus zehn Städten Verleumdungsklage angestrengt, die am 19. Dezember in Köln verhandelt wird. Unter den geladenen Zeugen befinden sich neben mehreren Abgeordneten auch die Bischöfe Dr. Schulte-Paderborn und Dr. Korum-Trier sowie der Generalvikar des Erzbischofes, Dr. Kreuzwald.“

Die Lage in Mexiko.

Quarez, 2. Dezember. Nach einer Depesche des Generals Villa ist General Mercado mit zehntausend Mann Bundesstruppen auf dem Rande nach Djinaga an der amerikanischen Grenze. Die Generale Salazar und Drozco haben sich mit tausend Mann in die Berge zurückgezogen. Hunderte von Einwohnern, darunter zahlreiche Frauen und Kinder, haben sich völlig ausgehungert auf den Weg nach der Grenze gemacht. Die Zustände in Chihuahua sind unerträglich. Die spanische Wasserleitung ist zerstört. Die Lebensmittel sind fast erschöpft. Die Aufständischen haben für eine halbe Million Dollar Lebensmittel und Kleidungsstücke mit Beschlag belegt, nachdem die Kaufleute sich geweigert hatten, Wechsel anzunehmen. Auch für 100.000 Mex. bares Geld von der Banco Minero eigneten sich die Aufständischen an. Doch sollen die Verluste durch Versicherung bei englischen Gesellschaften gedeckt sein.

Belgien.

Spekulierende Minister.

Brüssel, 2. Dezember. Eine Affäre, die geeignet ist, das größte Aufsehen zu erregen, wird hier bekannt. Der frühere Minister des Ackerbaues und der öffentlichen Arbeiten Helleputte und sein Schwager, der Präsident der Kammer, Schollaert, erhielten eine Weinmonopolkonzession über 4000 Hektar zuerkannt. Als einzige Begründung für diese Konzession konnten die Schwäger vorbringen, daß sie einen Acker von 50 Ar besäßen. Der Kammer ist in dieser Angelegenheit bereits eine Interpellation zugegangen und man erwartet bei Besprechung derselben erregte Debatten.

Amerika.

Die Abrüstungskonferenz.

Washington, 1. Dezember. Das Mitglied des Kongresses Gray brachte eine Gesetzbill ein, die den Präsidenten ersucht, Vertreter der Parlamente aller Nationen zu einer internationalen Konferenz in Washington für nächsten Herbst einzuladen. Die Konferenz solle bezwecken, eine Einigung hinsichtlich des Planes einer Ab-

rüstung und der sofortigen Einstellung des Kriegsschiffbaues herbeizuführen.

Wilson's Programm.

Washington, 2. Dezember. Präsident Wilson verlas heute im Kongress eine Botschaft, in der er sagte: Mit jeder Debatte zeigen sich die Nationen bereitwilliger, sich durch feierliche Verträge zu Methoden zu verpflichten, welche Frieden, Offenheit und Entgegenkommen zum Ziel haben. Die Vereinigten Staaten haben bisher bei Verhandlungen dieser Art immer an der Spitze gestanden. Sie werden, wie ich ernstlich hoffe und glaube, einen neuen Beweis dafür geben, daß sie aufrichtig für die Sache der internationalen Freundschaft eintreten, indem sie mehrere Schiedsgerichtsverträge, die dem Senat zur Erneuerung vorliegen, ratifizieren. Darüber hinaus hat das Staatsdepartement im Prinzip die Zustimmung von nicht weniger als 31 Nationen, die vier Fünftel der Welt repräsentieren, zur Verhandlung über Verträge gewonnen, unter welchen alle Meinungsverschiedenheiten über Fragen der Interessen oder der Politik, welche durch die Diplomatie auf gewöhnlichem Wege nicht gelöst werden können, vor ein von den Parteien gewähltes Tribunal gebracht werden sollen, das sie öffentlich besprechen und über sie Bericht erstatten wird, bevor eine der Parteien sich über ihr weiteres Vorgehen schlüssig macht.

Der Präsident wandte sich dann der

mexikanischen Frage

zu, wobei er ausführte: Es kann keine sichere Aussicht für den Frieden in Amerika geben, bis General Huerta seine angemessene Autorität in Mexiko aufgegeben hat und bis man sich überall darüber klar geworden ist, daß die Vereinigten Staaten derartige angebliche Regierungen weder billigen noch mit ihnen verhandeln werden. Die gegenwärtigen Zustände in Mexiko bedrohen, falls sie lange andauern, die allgemeinen Interessen des Friedens, der Ordnung und eines erträglichen Daseins in den Ländern, die unmittelbar südlich der Vereinigten Staaten liegen. Der Präsident fuhr dann fort: Die vollständige Isolierung Huertas schreitet immer mehr fort. Mit jedem Tage nehmen seine Macht und sein Ansehen ein wenig ab. Der Zusammenbruch ist nicht fern. Wir werden, wie ich glaube, nicht gezwungen sein, unsere Politik des wachsamem Abwartens zu ändern, und dann, wenn das Ende kommt, können wir hoffen, die verfassungsmäßige Ordnung in Mexiko durch das Zusammenarbeiten und die Energie solcher Führer des mexikanischen Volkes wiederhergestellt zu sehen, welche die Freiheit ihres Volkes über ihren eigenen Ehrgeiz stellen.

Sodann wandte sich der Präsident dem Großgeschäft zu und erklärte, daß zwar

die Bildung von Privatmonopolen

wirksamer verhindert werden müßte, daß man aber wohl darin übereinstimmen werde, das Sherman-Antitrustgesetz in seiner jetzigen Fassung mit seinen kritischen Punkten bestehen zu lassen, daß man aber so viel als möglich den Umfang dieser kritischen Punkte durch weitere und genauere Gesetzgebung vermindern müsse. Der Präsident lehnte es jedoch ab, hierauf jetzt näher einzugehen und befiel sich diesen Gegenstand für eine spätere Botschaft vor.

Mit Bezug auf das Wahlsystem trat der Präsident dafür ein, daß die Nominierung von Präsidentschaftskandidaten durch Primärwahlen im ganzen erfolgen sollte, doch wollte er die Parteikonvente nicht aufgeben, die das Resultat ratifizieren und das politische Programm aufstellen sollten.

Weiterhin ging der Präsident auf das Verhältnis der Vereinigten Staaten zu Porto Rico, Hawaii und den Philippinen ein und erklärte, diese Territorien könnten nicht als einfache Besitzungen betrachtet werden. Sie könnten nicht länger in eigennützigter Weise ausgebeutet werden, sondern müßten im Interesse der Völker verwohlet werden, die in ihnen leben. Hinsichtlich der Philippinen riet der Präsident dem Kongress besonders, stets im Auge zu behalten, daß sie schließlich einmal unabhängig werden sollten.

Zuletzt empfahl der Präsident den Erlass eines Haftpflichtgesetzes für Arbeitgeber zum Schutze der Eisenbahnangestellten und trat dafür ein, daß der Kongress sich damit befasse, den höchst unsicheren und ungerechten Zuständen abzuhelfen, die gegenwärtig bei der Beschäftigung von Raitrofen bestehen.

Letzte Nachrichten.

Das Ministerium Barthou gestürzt.

Paris, 2. Dezember. (Privattelegramm des „Vorwärts“). Das Ministerium Barthou unterlag in der Frage der Steuerfreiheit der Renten mit 265 Stimmen gegen 290 Stimmen, worauf es seine Demission gab. Die Kammer nahm die Verlesung des Resultats mit fürmlichen Rundgebungen auf. Die Linke rief: Hoch die Republik!, die Sozialisten: Rieber mit dem Dreijahresgesetz!

Die babilische Regierung gegen die Verhältniswahlen.

Karlruhe, 2. Dezember. (B. T. Z.) Die in der Thronrede angekündigte Denkschrift über die Einführung der Verhältniswahl bei den Wahlen zur Zweiten Kammer ist den Landständen heute zugegangen. Die Regierung kommt in der Denkschrift zu dem Schluß, daß sie die gegen Einführung der Verhältniswahl bei den Wahlen zur Zweiten Kammer bestehenden Bedenken zurzeit nicht zu überwinden vermöge und daher davon absehen müsse, den Ständen dahingehende Vorschläge zu unterbreiten.

Zusammenstoß zwischen Straßenbahn und Güterzug.

Kattowitz, 2. Dezember. (B. T. Z.) Heute Abend gegen 8 Uhr ereignete sich auf der Strecke Kattowitz-Königshütte ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem elektrischen Straßenbahnwagen und einem Güterzug an einer Kreuzungstelle. Der elektrische Wagen wurde von der Lokomotive emporgehoben und etwa 50 Meter weit fortgeschleudert, der Wagen wurde zertrümmert, in ihm befanden sich 25 Personen, unter denen eine Panik ausbrach. Durch Glasplitter und Holzstücke wurden drei Personen erheblich verletzt. Die Ursache des Unfalls soll darauf zurückzuführen sein, daß die Schranke nicht geschlossen war. Der Bahnwärter bestreitet jede Schuld und behauptet, daß der Güterzug etwa vier Minuten zu früh seinen Abgangsort verlassen habe. Von Kattowitz ging ein Hilfszug ab, dessen Personal sich der Verletzten annahm. Die Aufräumungsarbeiten dauerten bis in die Nachtstunden fort.

Sozialdemokratischer Wahlverein
i. d. 3. Berl. Reichstagswahlkreis.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Genosse
Frau Emma Jannack
gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 3. Dezember, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Landsberger Viertel. Bez. 343.
Den Mitgliedern zur Kenntnis,
dass unser Genosse, der Arbeiter
Gustav Fuhrmann
Weidenweg 84, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 3. Dezember, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, von der Halle
des Zentral-Friedhofes in Fried-
richsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung wird er-
sucht.

Nachruf.
Stralauer Viertel. Bez. 309.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Genosse, der Arbeiter
Ernst Scharney
Am Ostbahnhof 18, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken.
Die Beerdigung fand am 2. De-
zember statt.
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
i. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis
Am 30. November verstarb unser
Genosse, der Gummiarbeiter
August Ehrhardt
(Brunnenstr. 42 - Bezirk 508).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr,
auf dem Elisabeth-Kirchhof in
der Pringeln-Allee statt.
Um rege Beteiligung ersucht
22/20 **Der Vorstand.**

Sozialdemokrat. Wahlverein
Britz-Buckow.
Am 1. Dezember verstarb unsere
Genossin, Frau
Elisabeth Kerchen
im 30. Lebensjahre an Bauchfel-
entzündung.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen
Donnerstag, nachmittags 3 Uhr,
vom Friedhof Gemeinde-Friedhof
aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
20/18 **Der Vorstand.**

Verh. d. Schneider, Schneiderinnen
u. Wäschearbeiter Deutschlands.
Filiale Berlin.
Unseren Mitgliedern hiermit
zur Nachricht, dass der Herren-
majorschneider, Kollege
Karl Mangold
am 30. November im Alter von
49 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 3. d. 12., nach-
mittags 3 Uhr, von der Halle des
neuen Kaiser-Kirchhofes in Neu-
kölln, Hermannstraße, aus statt.
165/11 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher
Transportarbeiter - Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Koll-
tuffler
Heinrich Jahn
am 1. Dezember im Alter von
61 Jahren verstorben ist. 75/3
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, 4. Dezember, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Neuköllner Gemeinde-
friedhofes, Mariendorfer Weg,
aus statt.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Industrie-
arbeiter
Gustav Fuhrmann
am 30. v. 12., im Alter von
33 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 3. Dezember, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksverwaltung.

Dankfagung.
Für die zahlreichen Beweise inniger
Teilnahme anlässlich des Ablebens
meiner lieben Tochter und Frau
Anna Zallmann
sagen wir allen Freunden, Ver-
wandten und Bekannten, den Kol-
legen und Kollegen der K. G. G.,
Grünhäger Straße, unseren herz-
lichsten Dank.
Familie Zallmann,
Emil Arndt.

Für die überaus herzliche Teil-
nahme und zahlreichen Kranzspenden
bei der Beerdigung meines lieben
Mannes, Sohnes und Bruders
Ernst Klingbeil
sagen wir allen Verwandten, Freun-
den und Bekannten sowie den Hän-
dern der Anthropia, dem Nürtinger
Maschinen-Veren, dem Personal
der Firmen Bah u. Garich, Siegfried
Schalem, Max Kraft, dem Sozial-
demokratischen Arbeiter-Tempelhof,
insbesondere Herrn Koll. Stern für
seine kostbaren Worte am Grabe
des trauern Entschlafenen unseren
herzlichsten Dank. 1756
Die trauernden Hinterbliebenen.

Mohrenstr. 37a
Kolonnen.
Gr. Frankfurterstr. 115
Trauer-
Magazin
Kleider, Hüte etc.
Außerste Preise
Farbige
Konfektion
in größtem
Maßstabe
zu billigsten
Preisen
Westmann

Generalversammlung
der Möbelfabrik „Edelweiß“
e. G. m. b. H.
Mittwoch, 10. Dez., nachmittags 6 Uhr,
im Geschäftshotel, Rigner Str. 46.
Tagesordnung:
Erfahrung eines Vorstandsmitgliedes.
Der Vorstand. 108/14
Otto Schulze. Friedrich Franke.
Patentanwalt Prillwitz
Berlin N.W. 21, Thurmstraße 34.

Knaben- und
Jünglings-Garderobe
Großes Lager
in jeder Ausführung, nur eigene
Anfertigung.
zu sehr billigen Preisen.
Herrn-Garderobe nach Maß
Karl Hustadt, Koppenstr. 85,
part. 2. 2 Minuten vom Schief. Bahnhof.

Westmann
Mohren-str. 37a
Gr. Frankfur-
ter-str. 115.



Hochpart! Alle Größen!
Keine Massenware!
Bis **50 %**
ermässigte Preise!
Mäntel
Veloursplüsch M. 32.- (reg. bis 70)
Mohairseapl. M. 59.- (reg. bis 125)
echt engl. Seal M. 74.- (reg. bis 190)
Flausch . . . M. 8.-, 12.-, 18.-
Abendmäntel M. 15.- (reg. bis 40)
Kostüme
Kammgarn . . M. 15.- (reg. bis 26)
Epinole . . . M. 27.- (reg. bis 50)
echt englisch M. 42.- (reg. bis 70)
Pelzkonfektion
Pelzmäntel (echte Felle) M. 150.- bis 800.-
Perstanzjackets . . M. 450.- bis 900.-
Pelzstolen M. 15.- bis 500.-
Röcke! Gesellschaftskleider! Blusen!
Sonntags geöffnet 12-2



BROCKHAUS' KLEINES
KONVERSATIONS-LEXIKON
M24.- NEUE AUSGABE 1914 M24.-
Beantwortet alle Fragen
des modernen Menschen

Garbáty
Cigaretten
Qualität

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin. C 54, Finienstr. 83-85.
Telephon: Amt Norden 175, 1230, 1987, 5714.
Donnerstag, den 4. Dezember 1913, abends 8 Uhr:
Verammlung
der Mechaniker, Uhrmacher, Optiker
sowie aller in mechanischen Betrieben
beschäftigten Kollegen und Kolleginnen
in den **Arminhallen**, Kommandantenstr. 58/59.
Tagesordnung:
Fortsetzung unserer Versammlung vom 24. November.
Wir ersuchen dringend, für einen guten Besuch dieser Versamm-
lung zu sorgen und pünktlich zu erscheinen, da die Versammlung pünktlich
eröffnet wird.
— Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt! —

Donnerstag, den 4. Dezember 1913, abends 8 1/2 Uhr:
Verammlung
der Eisen-Kernmacher und Kern-
macherinnen
in den **Borussia-Sälen**, Uferstraße 6/7.
Tagesordnung:
1. Neuwahl der Branchenkommision. 2. Branchenanliegen-
heiten. 3. Verschiedenes.
— Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt! —
Zahlreichen Besuch erwartet.
130/17 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltung Berlin.
Maschinenarbeiter.
Mittwoch, den 3. Dezember 1913, abends 6 Uhr:
Vertrauensmänner-Versammlungen
in den Bezirken:
Bezirk Norden, bei Ragerowstr., Ravensstraße 4.
„ Südosten, bei Ghies, Kottbuler Straße 19.
„ Osten, bei Michalski, Petersburger Straße 84.
„ Südwesten, bei Jander, Gieshiner Straße 86.
Sonntag, 7. Dezember 1913, vorm. 10 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 5:
Verammlung
für alle im Theaterbau u. in Filmbetrieben
beschäftigten Tischler und Hilfsarbeiter
Tagesordnung:
1. Die Lage der Theaterfischer und Hilfsarbeiter. 2. Diskussion.
3. Verbandsangelegenheiten.
Da diese Versammlung die erste der Branche ist,
werden die Kollegen ersucht, vollständig zu erscheinen.

Sargtischler.
Sonntag, 7. Dezember 1913, vorm. 10 Uhr,
bei Michalski, Petersburger Straße 84:
Branchen - Versammlung.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen Jall über: „Die Krankenkassen nach der
Reichsversicherungordnung“. 2. Verbandsangelegenheiten.
92/15 **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter
Filiale Groß-Berlin.
Donnerstag, den 4. Dezember 1913, abends 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus (großer Saal), Engelauer 15:
Anßerordentliche
General-Versammlung
Tagesordnung:
1. Lohnausgleich zum Krankengeld bei Gelalitätenbehandlung. 2. An-
stellung des Bureauhilfsarbeiters. 3. Revision der Gehaltskala der
Agitationleiter. 4. Verbandsangelegenheiten.
Das Mitgliedsbuch gilt als Legitimation.
Um den wiederholten Beschwerden wegen zu spätem Beginn der Ver-
sammlungen Rechnung zu tragen, wird künftig präzis 8 1/2 Uhr an-
gefangen werden. Erscheine also jeder rechtzeitig!
96/4 **Die Ortsverwaltung.**

Bekanntmachung.
Hierdurch machen wir die Mitteilung, dass wir unser Kassenlokal von
Berlin C. 2, Dirschstr. 110 nach unserem eigenem
Begehren
Berlin C., Direksenstraße 5,
rechter Seitensügel hochparterre
voraussichtlich am 1. Dezember 1913 beziehen werden.
Krankenkasse der Personen - Lohnfuhrwerks - Innung
zu Berlin. - J. K. G. Rose, Vorsitzender.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16,
Engel-Afer 5.
Haupt-Niederlage der k. k. österr. Tabak-Regie.
Zigarren - Zigaretten - Rauchtabelle.
Nur für Wiederverkäufer zu Originalpreisen.
Alleinverkauf der Fabrikate der Firma
F. J. Burrus St. Krenz
Größte deutsche Rauchtabellefabrikation.
Jahresproduktion über 5 000 000 Pfd. Rauchtabelle.
Zigaretten-Spezialität: L'Algerienne.

Qualität

Berlin SW. 11, Thurmstraße 34.
Paul Singer & Co., Berlin SW. 11, Thurmstraße 34.
Stierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Gewerkschaftliches.

Arbeiterentlassungen und Lohnabzüge im Bergbau.

Der Vorstand des Bergarbeiter-Verbandes sah sich, da in letzter Zeit auf zahlreichen Zechen sowohl Arbeiterentlassungen wie Lohnföhrungen vorgenommen wurden, veranlaßt, dem Vorstande des Zechenverbandes in Essen eine Eingabe zu unterbreiten.

In dieser Eingabe drückt der Vorstand des Bergarbeiter-Verbandes sein Erstaunen darüber aus, daß Kündigungen vorkommen, trotzdem bis in die jüngste Zeit hinein in den den Zechenverwaltungen nachstehenden Zeitungen über Arbeitermangel geklagt wurde und so der Zuzug von Arbeitern und damit das Ueberangebot an Arbeitskräften gefördert wurde. Trotzdem im letzten Vierteljahr 1912 schon ein Rückgang des Kohlen- und Koksabsatzes zu konstatieren war, wurden immer mehr Leute entlassen. Dies beweisen folgende Ziffern:

Zahl der beschäftigten Arbeiter im niederrh.-westf. Steinkohlenbergbau:

Table with 4 columns: Vierteljahr, 1912, 1913, 1914. Rows 1, 2, 3.

Auch jetzt noch werden, obgleich schon Feiertage eingelegt, noch Ueberstunden verfahren. Der Vorstand des Zechenverbandes wird deshalb ersucht, seinen Einfluß auf die Zechenverwaltungen dahin auszuüben, daß sie keine Arbeiterentlassungen vornehmen, sondern, wenn es die Konjunkturlage absolut gebietet, allgemein Feiertage einlegen.

Es wird weiter auf die alte Forderung der Bergarbeiter, den Achtstundentag, hingewiesen. Die Lohnverschlechterungen werden als eine unbegründete Maßregel hingestellt und wird bewiesen, daß keinerlei Anlaß dazu vorliegen kann.

Nachdem auf die Steigerung der Kohlenpreise und die Lebensmittelteuerung hingewiesen ist, wird in der Eingabe betont, daß den Werkbesitzern die moralische Verpflichtung erwächst, den unter den Feuerungsverhältnissen leidenden Arbeiterfamilien einen den gestiegenen Lebensmittelpreisen angepaßten Lohn zu zahlen. Statt dessen werden die Löhne noch reduziert.

Am Schluß der Eingabe heißt es:

Wir dürfen wohl annehmen, daß der Vorstand des Zechenverbandes nicht antwortet, er habe keinen Einfluß auf die Gestaltung der Arbeiterverhältnisse der einzelnen Zechen. Nach den Vorgängen in den letzten Jahren darf das Gegenteil als erwiesen gelten. Zum Ueberflus erklärte in einer Polemik gegen die „Bergarbeiter-Zeitung“ das „Deutsche Bergwerkszeitung“ am 26. September 1913, das Kohlenmonopolist befasse sich nicht mit Arbeiterangelegenheiten, dagegen hätten sich im „Zechenverband“... die rheinisch-westfälischen Bergwerke zur Wahrung gemeinsamer Interessen in Arbeiterfragen zusammengeschlossen.“ Der bestreuernde Artikel stammt überdies offensichtlich aus dem Preßbüro des Zechenverbandes. Somit hat der Zechenverband selbst seine Legitimation zu dem von dem Unterzeichneten vorgeschlagenen Eingreifen zugunsten der Bergarbeiter anerkannt. Wir wünschen, daß dies Eingreifen alsbald erfolgt und zeichnen

Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands. J. A.: Sachse.

Berlin und Umgegend.

Maßregelungen bei Aschinger.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen trat im Auftrage seiner in der Zentrale der Firma Aschinger in der Coarbrüder

Straße angestellten Mitglieder mit dem höflichen Ersuchen an die Direktion heran, sie möge wegen einiger Verbesserungen im Arbeitsverhältnis mit der Verbandsvertretung verhandeln. Als Antwort auf dies Ersuchen erfolgte die sofortige Entlassung mehrerer Mitglieder des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen. Um zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen, hatten sämtliche Gewerkschaften, die Mitglieder in den Betrieben der Firma Aschinger haben, am Montag eine Versammlung der Angestellten, Arbeiter und Arbeiterinnen der Aschinger-Zentrale einberufen. Die Versammlung, die unter dem Vorsitz des Genossen Schlichting vom Zentralverband der Maschinen- und Heizer tagte, war sehr stark besucht. Der Referent Schmidt, Vertreter des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen führte aus:

Die Handlungsgehilfen der Aschinger-Zentrale sind bei der Firma in Kost und Logis. Die Schlafräume sind insofern ungenügend, als sie viel zu stark beheizt sind. Den Angestellten stehen keine ordentlichen Kleiderkabinen zur Verfügung. Die Arbeitszeit beginnt um 8 Uhr morgens, sie wird mittags durch eine einstündige Pause unterbrochen und währt dann mit einer zweiten kurzen Pause bis 8 Uhr, auch bis 9 Uhr abends. Auch am Sonntag wird ungefähr ebenso lange gearbeitet, dafür wird nur ein halber Feiertag in der Woche gewährt. Die denkbar höchste Arbeitsleistung wird von den Angestellten verlangt, sie werden geübt und angetrieben. Wer sich diesem System nicht fügt, wird entlassen. Wer vom Koalitionsrecht Gebrauch macht, hat Unannehmlichkeiten zu befürchten. Im allgemeinen haben die Handlungsgehilfen — es sind Lageristen und Expedienten, die hier in Frage kommen — eine Arbeitszeit von 78 Stunden pro Woche. Sie bekommen außer Kost und Logis ein Monatsgehalt, welches früher 50 M. betrug, dann aber auf 45 M. und neuerdings sogar auf 40 M. herabgesetzt wurde. Diese Entlohnung muß als völlig ungenügend bezeichnet werden. Den in der Zentrale beschäftigten Mädchen wurde am Montag angekündigt: „Wer heute abend die Versammlung besucht, wird morgen früh entlassen.“ — Es ist denn auch wirklich am Montagabend aufgepaßt worden, wer das Logis verläßt. So wird das Kost- und Logiswesen zur Anbelohnung der Arbeiter und Angestellten benutzt. Diese Verhältnisse erscheinen den Handlungsgehilfen so unwürdig und unerträglich, daß sie ihren Verband beauftragten, die Firma um Abschluß eines Tarifvertrages zu ersuchen, der eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeiführen soll. Vor allem sollte die Abschaffung des Kost- und Logiswesens, sowie die Verringerung des im Betriebe bestehenden Spiegelsystems gefordert werden. — Am 25. November hat der Zentralverband der Handlungsgehilfen der Firma einen Tarifentwurf überhandt mit dem höflichen Ersuchen, darüber zu verhandeln. Eine Antwort hat der Verband bis jetzt nicht erhalten! Dagegen hat die Firma sofort nach Empfang des Schreibens des Verbandes eine Anzahl von Angestellten, die als „Kübelträger“ angesehen wurden, entlassen. Jedem wurde die sofortige Entlassung einzeln mitgeteilt und verfügt, daß er unverzüglich seine Sachen zu packen und den Betrieb zu verlassen habe. Auf die Frage, weshalb die Entlassung erfolge, wurde den Betroffenen geantwortet, die Firma habe eine andere Arbeitseinteilung vorgenommen, sie wolle die Stellen mit weiblichen Arbeitskräften besetzen. Doch das ist, wie der Referent betonte, eine leere Ausrede. Die Arbeiter stellen so hohe Anforderungen an die Körperkräfte, daß sie von weiblichen Angestellten nicht geleistet werden können. Nachdem die Entlassungen erfolgt waren, hat der Zentralverband der Handlungsgehilfen der Firma mitgeteilt, daß er die Entlassungen als Maßregelungen ansehe und deshalb ein Verbandsmitglied mit dem zuständigen Direktor sprechen wolle. Die Besprechung hat stattgefunden. Direktor Boyd erklärte dem Verbandsvertreter, es handle sich nicht um Maßregelung, sondern um eine andere Arbeitseinteilung; übrigens sei die Existenz des Zentralverbandes für die Firma gegenstandslos. — Der Verband hält seinerseits an der Auffassung fest, daß die Entlassungen gemesselt sind. Es liegt eine schwere Verletzung des Koalitionsrechts vor; die gesamte Arbeiterschaft habe ein Interesse, diesen Schlag gegen das Koalitionsrecht abzuwehren. In der lebhaften Diskussion wurden die Ausführungen des Referenten bekräftigt und die unwürdigen Arbeitsverhältnisse der Lageristen und Expedienten der Aschinger-Zentrale an zahlreichen Einzelheiten illustriert. Zur Beleuchtung der Logisverhältnisse führte ein Redner an: die Heizung der Schlafräume misst mit Schließern versehen worden, um zu verhindern, daß die Angestellten in ihrer freien Zeit zum Fenster hinausstehen.

Die Versammlung beschloß, die bestehende Kommission der Ge-

werkschaften, welche im Tarifverhältnis mit der Firma Aschinger stehen, soll bei der Direktion vorstellig werden und die Wiedereinstellung der Gemesselten fordern

Differenzen in den Wusterbetriebwerkstätten.

Eine Versammlung der Herren- und Stapelkonfektion, sowie der Zuschneider beschäftigte sich am Montag mit oben genannter Firma. Es kam dabei zum Ausdruck, daß die R. W. alles andere, als solche seien. Am 15. Juli wurde diese Werkstätte für eine größere Anzahl Arbeiter, die zum großen Teil aus festen Stellen geholt wurden, eingerichtet. Den Arbeitern waren bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen als anderwärts versprochen. Nach kurzer Zeit habe es sich jedoch herausgestellt, daß die angefertigten Arbeiten nicht billiger kamen als früher in der Heimindustrie. Die Betriebsleitung habe nun alles versucht, um die Werkstätte wieder los zu werden. Verhandlungen, die Mitte September mit dem Schneiderverbande geschlossen worden waren, führten dahin, daß eine andere Arbeitsweise eingeführt wurde, womit die Inhaber zurechtkommen zu können erklärten. Ende Oktober war dieses System auch nicht mehr brauchbar und es sollten wieder Leute entlassen werden. Neuerliche Verhandlungen hatten zur Folge, daß Vereinbarungen getroffen wurden, wonach die Werkstätte wenigstens bei verringerter Arbeiterzahl bestehen bleiben sollte. Aber alle Versprechungen, die die Betriebsleitung machte, seien nach kurzer Zeit nicht mehr aufrecht zu erhalten gewesen. Am Montag seien die letzten Konfektionsarbeiter aus dem Betrieb entlassen worden. Wenn man auch zugeben wolle, daß bei der Krise nicht der Abzug eintrat, wie man ihn erhofft habe, so sei es aber doch zu verurteilen, daß die Arbeiter niemals über den wirklichen Sachverhalt aufgeklärt worden sind. So seien die dort beschäftigten Maß- und Konfektions-schneider noch heute im Zweifel, ob sie in den nächsten Tagen noch Arbeit haben werden.

Die Verbandsleitung wurde deshalb beauftragt, mit der Firma Rücksprache zu nehmen, um zu sehen, was denn eigentlich vorgehe. Es deute alles darauf hin, daß verurteilt werde, die Krise auszuhalten und die Arbeit in der Heimindustrie zu billigeren Preisen, als die mit anderen Firmen abgeschlossenen Tarife sie vorschreiben, herstellen zu lassen.

Es wurden Fälle angeführt, wonach Meister, die nach dem Tarif 7,50 bis 8.— M. Arbeitslohn kosten, für 4,50 M. angefertigt werden. Die Entlohnung der Arbeiter gegen die Firma, die diese Werkstätte angeblich aus reiner Arbeiterfreundlichkeit errichtet habe, ist sehr groß. Die Organisation wird darum alles aufbieten, um die Interessen der Arbeiter zu vertreten.

Tariffbewegung der Brauereiböttcher.

Eine außerordentlich stark besuchte Versammlung der Böttcher beschäftigte sich mit dem neu aufzustellenden Tarifvertrage. Der Vorsitzende Kapschus führte aus, daß die Brauereiböttcher eine körperlich schwere und gesundheitsgefährliche Arbeit zu leisten haben. Deswegen muß die Grundforderung der Achtstundentag sein; unter allen Umständen müsse bei diesem Tarifabschluß eine Verlängerung der Arbeitszeit eintreten. Auch die Löhne müßten wegen der herrschenden Teuerung aufgebessert werden. Die Forderung nach höheren Löhnen ist um so mehr berechtigt, als die Brauereien bestrebt sind, nur junge, erstklassige Böttcher einzustellen. Die über 40 Jahre alten werden von den meisten Brauereien zurückgewiesen. Ferner wird verlangt Einschränkung der Ueberstunden- und Sonntagsarbeit. Unentgeltliche Lieferung von Kellerjäten, Handschuhen usw., da diese Kleidung beim Ein- und Aussteigern und beim Wischen gewissermaßen als Werkzeug zu betrachten ist. Auch der Urlaub soll günstiger gestaltet werden. Auch eine Bierablösung soll eintreten, so daß das nicht getrunzene Bier von den Brauereien in bar zurückvergütet wird.

In der Diskussion wurden noch eine Reihe von Wünschen vorgetragen. In der Frage der Bierablösung gingen die Meinungen auseinander. Im allgemeinen erklärte sich die Versammlung aber mit den aufgestellten Sägen einverstanden. Am Schluß der Versammlung erfolgte die Wahl der Lohnkommission.

Achtung, Destillationsgehilfen! Herr Hermann Schulz, Poststr. 44 (Ecke Siemendstraße), zahlt seinem verheirateten Gehilfen einen Lohn von 88 M. monatlich nebst freier Station. Das Ansinnen der Organisation auf Abschluß eines Vertrages lehnte

Kleines feuilleton.

Das persönliche Regiment in der Kunst. Es gärt immer noch kräftig in der Architekturewelt wegen der neuesten Regungen des kaiserlichen Kunstabsolutismus (wenn auch noch niemand weiß, was dabei an beibringender Aktion herauskommen wird). Da erinnert denn zur rechten Zeit die Fachzeitschrift „Der Profanbau“ an das Eingreifen von E. R. in die Medaillenverteilung gelegentlich der großen Architektur Ausstellung am Lehrter Bahnhof im Laufe des letzten Sommers. Dabei war von den Juroren für die große goldene Medaille einstimmig Geheimrat Licht in Leipzig in Anerkennung des hohen Wertes seines künstlerischen Lebenswerkes vorgeschlagen, und niemand konnte in diesem besonderen Falle zweifeln, daß die kaiserliche Genehmigung erfolgen würde. Aber es kam anders. Der Nachtribunal des Kaisers strich Geheimrat Licht von der Liste. Dafür erhielten der für eine kleine goldene Medaille vorgeschlagene Geh. Hofbaurat von Jhne die große und der gar nicht vorgeschlagene Burgener Professor Hugo Eckhardt die von der Jury für Jhne vorgeschlagene kleine goldene Medaille. Ebenso erging es Professor Franz Stud in München, der auch zur großen goldenen Medaille vorgeschlagen war. Das Fachblatt resümiert: „Man begreift den Wismut der Juroren und die Erregung der Künstler. Es wird eine völlige Diskretisierung des Medaillenwesens nun nicht mehr befürchtet, sie ist bereits eingetreten.“ So sehr man dies System bekämpfen und seine Opfer schämen muß, so hat doch auch dies Ergebnis etwas sehr Erfreuliches: die Aufhebung der Medaillenwirtschaft. In der Tat, wenn nur noch Leute dieses überflüssige Zeug bekommen, die die Anerkennung weder der Öffentlichkeit noch der Fachwelt genießen, so wird ja wohl bald der ursprüngliche Sinn der Auszeichnung in sein Gegenteil verkehrt sein.

Theater.

Deutsches Theater. Shakespeare-Influß: Hamlet. Vor vier Jahren ging das Werk mit Wolff zum ersten Male über die Reinhardt-Bühne. Der Künstler, damals schon bewundernswürdig in der Rolle, ist selber noch gewachsen. Ein Zug launischer Anwandhaftigkeit dekretierte damals. Jetzt ist die letzte Spur von solchen Zwischenfällen ausgelöscht. Die einzigartige Grazie, mit der er den jungen Dänenprinzen schmückt, verjüngt auf unglaubliche Weise die Gestalt, hat alles Spielerisch-Kostete von sich abgestreift. Die Uebersetzung der dramatischen Figur ins Sittlich-Körperliche gibt vielen Gestaltungsmöglichkeiten Raum; doch läßt sich schwerlich eins denken, die wie die Weisheit die Wiedergabe zum Miterleben zwingt und so menschlich-harte Sympathien weckt. Das Melancholisch-Pathologische erscheint hier weniger als eingeborene krankhafte Anlage, wie als Reaktion eines unendlich sensiblen, feingefühligen Naturells auf furchtbare Ergebnisse. In jenem Sinne, wie Goethe den Charakter Hamlets deutet. Wolff übertrug fortwährend durch unerwartete Nuancen, doch ohne daß man wie etwa bei dem so begabten Herrn Wassermann den Eindruck abstrakt intellektuellen Experimentierens hätte. Gleich echt in den Szenen grübelnd und bitter spottender Reflexion, wie in

dem jähen Sturm der Leidenschaft, erhob sich seine Darstellung in der Szene, in der Hamlet dem schuldigen König das Spiegelbild seines Verstandes im Schauspiel vorführt, zur stärksten Bühnenwirkung. Er schließt sich zu ihm, peitscht mit Blicken und Worten von unwiderstehlich suggestiver Gewalt den Zuschauer vom Sitze auf, drängt ihn zur Bühne und bricht, als die Gesellschaft voll Entsetzen auseinanderstiebt, auf des Königs Sessel springend, in triumphierendes Gelächter aus.

Die von dem Dichter nur im allgemeinsten Umrisse gezeichnete Figur der Königin, wurde durch eine Künstlerin vom Rang der Hofa Bertens trefflich repräsentiert. Leider fehlte der ebenbürtige Partner. An Stelle Paul Wegeners, der früher den König gab, war ein unwürdiger Gast, Herr Werner Krauß, getreten. Er unterstrich, nach Hamlets Worten, das „ewige Wädeln“, aber aus dieser Waise schaute kein gefährlich ungegähmtes Raubtier hervor. Auch den Geist des Herrn Dannegger, der zu leise sprach, und die Ophelia des Fräulein Gersberg, die anfangs viel versprechend in den Wahnsinnszügen künftige, hätte man anders wünschen mögen. Mit um so größerer Freude sah man den prächtigen Polonius Viktor Arnolds wieder. Vorzüglich bewährte sich die auf jeden unnützen Dekorationspomp verzichtende Inszenierung, durch die trotz der massenhaften Verwandlungen der ungehörte Fluß der Vorstellung ermöglicht wurde.

Musik.

Deutsches Opernhaus Charlottenburg: Manon Lescaut, Iyrisches Drama von Puccini. In der 1723 veröffentlichten „Geschichte des Manon Lescaut und des Chevalier Des Grieux“, einem der vielen Werke des französischen Abbés Prevost hat die Weltliteratur den klassischen Utopus aller Grisettien empfangen. Manon ist nach einem Ausspruch Manon Lescauts die Frau an und für sich, wahrhaftiger Frau, als alle anderen, die gefährliche und entzückende Verführerin, wie sie gewesen ist und immer sein wird.“ Um deswillen ist aber auch kaum eine andere Romangestalt öfter auf die Bühne gezogen worden als die ihre.

Zuletzt hat sich nun Puccini an diesen Stoff gemacht; und zwar ist Manon Lescaut, eins seiner Jugendwerke, das aber erst 1893 gleichzeitig in Turin und Hamburg zur Aufführung gelangt ist. Die textliche Bearbeitung des Puccinischen Romans unterliegt sich von allen andern. Während Prevost ein Spiegelbild der ausgefallenen verwilderten Moral der damaligen Gesellschaft in Frankreich mit allen Finessen des persönlichen Erlebens entworfen hat, wird hier Manon als ein Ausdruck von natürlich hingebender Liebe und Treue hingestellt. Nur eine Episode aus ihrem Pariser Abenteuerleben wird herausgegriffen, nämlich ihr „Verhältnis“ mit dem reichen Generalpächter. Im zweiten Akt vollzieht sich Manons Verhängnis. Des Grieux ist heimlich ins Haus des alten Liebhabers gekommen; dieser überreicht das Paar — und das Ende vom Ende ist, daß Manon ins Gefängnis geschleppt wird zu anderen Tieren, um später mit ihnen gemeinsam nach Amerika verschifft zu werden. Des Grieux geht mit ihr und bräuen sieht sie einen vierten Akt lang inmitten einer felsigen Grotte.

Für Puccini ist die Betonung des Iyrischen Moments charakte-

ristisch. Und auch darin erkennen wir schon seine spätere Art, daß er gern egoistische Schauplätze hineinbezieht, um seine Phantasie am Kontrast zu entzünden. In seiner Musik erinnert nicht viel aber doch manches an den späteren „Veristen“ und läßt eine romantische, obwohl sie sich überwiegendweise noch in älteren Harmonieformen mit vereinzelt Reminiszenzen an Wagner, Lohengrin, selbst an Verdi und Mascagni bewegt. Das melodische Element, die Wärme seiner überquellenden Lyrik, die Originalität seiner Tonmalerei und Agutturierung, sind bei aller jugendhaften Ekstase doch nicht zu verkennen. Das Orchester-Intermezzo vor dem dritten Akt zeichnet meisterlich, mit einem Cellosolo anhebend und von da zu gewaltiger Polypophonie emporklimmend, die Trauer über den Verlust der Geliebten. Ueber die Tanzszenen im zweiten Akt hat Puccini einen Charn von feinsten Art geossen. Die Gestaltung des Tragischen gelingt ihm weniger. Nennlich leblos verläßt der Schlußakt mit seiner mehr psychologisch als dramatisch interessierenden Tonsprache.

Dem liebenswürdigen Iyrismus des Werkes und nicht zuletzt auch der durchgängig guten Ausführung ist die warme Aufnahme des Manon-Dramas zuzuschreiben. Deta Stolzberg in der Titrolle, Alexander Kirchner (Chevalier Des Grieux) ihr Partner, ensilante glänzende Gesangsart wie eindringliche darstellerische Kraft. Jacques Bill, Edward Kandi und Joseph Plant versorgten ihre Chargen mit Geschick. Die Studenten- und Mädchen-szenen im ersten Akt lönte lebensvoller, sagen wir französischer sein. In der Inszenierung wie flüssigen musikalischen Aufführung haben Direktor Hartmann und Kapellmeister Ignaz Waghalter ihren tüchtigen Anteil.

Humor und Satire.

Der Held von Zabern.

Ein Mann* mit einem langen Messer, und zwanzig Jahr — ein Held, ein Hero und Schokoladenesser, und noch kein einzig Schnurrbarthaar.

Das steht in Zaberns langen Gassen und trägt Sopran — Wird man das Kind noch lange ohne Aufsicht lassen? — Es ist die allerhöchste Eisenbahn! —

Das ist so einer, wie wir viele brauchen! — Er fährt das Korps! Und tief bewegt steht man die Seinen tauchen nach Feinden tief in jedes Abtrittrohr.

Denn schließlich macht man dabei seine Leute — wer wagt, gewinnt! Ein lahmer Schuster ist es heute, und morgen ist's ein Weisenkind.

Kurz; er hat Mut, Aufrache oder Besser: ein ganzer Mann! — Denn weicht sich jemand, sticht er gleich mit's Messer, schon, weil der andere sich nicht wehren kann.

Theo Halb.

er ab. Dem Vertrauensmann des Verbandes wies er die Tür. Der Betrieb ist für organisierte Desinfektionsgebühren gesichert! Verband der Gastwirtsgehilfen. Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Die Arbeiter der Schuhfabrik von Paul Varuga in Strausberg bei Berlin haben nach Ablauf der Kündigungszeit am Montag die Arbeit eingestellt, da eine Zurücknahme der angekündigten Lohnreduzierung bisher nicht erfolgte. Arbeitswilligen verspricht der Unternehmer nur in großen Annoncen 30 M. Wochenlohn, während er einzelnen alten Arbeitern schon bei 23 M. Durchschnittslohn durch den Affordlohn kürzen will. Hoffentlich läßt sich kein Arbeiter durch solche leeren Versprechungen täuschen. Meide jeder Schuhmacher den Betrieb, denn wird der Fabrikant bald genötigt sein, die Lohnreduzierung zurückzunehmen.

Eine Kundgebung der oberfränkischen Heimarbeiter.

In Schney bei Lichtenfels fand am Sonntag eine Konferenz der Korbmacher für den Bezirk Lichtenfels-Kronach, den Hauptort der Korbwarenindustrie, statt, um zu verschiedenen Fragen Stellung zu nehmen. Sie war von circa 400 Vertretern aus allen Nischen des Bezirks besetzt, selbst die entlegensten Orte waren vertreten. Die traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse der oberfränkischen Korbmacher sind allgemein bekannt; all das Glend, das die Heimiridustrie mit sich bringt, laßt auf ihnen. Trostlos allem will man ihnen noch neue Belastungen auferlegen, unter Ausnützung der Zwittrstellung, die sie zwischen den selbständigen Gewerbetreibenden und der Arbeiterschaft einnehmen. In erster Linie weigern sich die Korbhändler, das gesetzliche Drittel der Beiträge zur Krankenversicherung zu übernehmen; die Korbmacher sollen die ganzen Beiträge bezahlen, weil man sie nicht als Heimarbeiter, sondern als selbständige Hausgewerbetreibende betrachtet. In diesem Punkte hielt Arbeitersekretär Seemann einen ziemlich ausgenommene Referat. Nach zum Teil leidenschaftlicher Debatte wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der gefordert wird, daß die Krankensicherungsbeiträge der Korbmacher ausgesprochen und die Korbhändler verpflichtet werden, ein Drittel der Beiträge zu bezahlen.

Der zweite Punkt betraf die Steuerpflicht der Korbmacher. Die bayerischen Finanzbehörden wollen die armen Korbmacher auch durch die Steuerfäule intensiver schröpfen. Als Arbeiter hätten sie lediglich Einkommensteuer zu bezahlen, zu den Gemeindefunktionen werden sie mit dem halben Steuerbetrag herangezogen. Nach dem neuen bayerischen Steuergesetz haben jedoch selbständige Gewerbetreibende außer der Einkommensteuer auch Gewerbesteuer zu entrichten; in diesem Falle wird bei der Umlagenberechnung der zweieinhalbfache Betrag angelegt. Zur Gewerbesteuer werden nun zwar die Korbmacher nicht tatsächlich veranlagt, weil das "Betriebskapital" und die Ertragsanlage dazu nicht hoch genug sind. Um sie aber dennoch mit dem zweieinhalbfachen Betrag zur Umlagenzahlung heranziehen zu können, werden sie als "selbständige Gewerbetreibende" nur "vorwurkslos" zur Gewerbesteuer veranlagt. Die Umlagenätze werden also nach einem Gewerbesteuerbetrage berechnet, der nur theoretisch existiert, d. h. in Wirklichkeit nicht bezahlt wird und nur den Zweck hat, die Leute mit dem fünfmal höheren Umlagenätze fassen zu können. Das macht für eine Korbmachfamilie eine empfindliche Mehrleistung aus. Gegen diese Ungerechtigkeit protestierte die Konferenz nach einem Vortrage des sozialdemokratischen Landtags-Abgeordneten Vogel in einer ebenfalls einstimmig angenommenen Resolution, in der auch die Erwartung ausgesprochen wird, daß das bayerische Finanzministerium an seine Unterbehörden entsprechende Anweisungen ergehen läßt, und das Bureau beauftragt wird, mit der Resolution eine eingehende Darlegung der besonderen Verhältnisse der Korbmacher an das Ministerium abzugeben.

Auch hier rächte sich wieder das zweipolige Verhalten der Zentrumspartei in allen sozialen und politischen Fragen. Als im Weltstage die Robelle zum Heimarbeiterkongress zur Beratung stand, hat die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands dem Reichstage ausführliches und einwandfreies Material über das Glend in der Heimiridustrie, auch in der Korbmacherei, unterbreitet. Daraus machten die Unternehmervertretungen gegen die Ausdehnung des Schutzes entschiedene Front. Insbesondere war es die oberfränkische Handelskammer, die in einem Gutachten die Verhältnisse der oberfränkischen Heimarbeiter (Weber, Schuhmacher und Korbmacher) als außerordentlich günstig bezeichnet und sich auch dagegen gewendet hat, daß diese Arbeiter als Heimarbeiter betrachtet würden. Zur selben Zeit hat der Zentrumsabgeordnete Pfeiffer, der Vertreter des Wahlkreises Kronach-Lichtenfels, in einer Versammlung des sozialdemokratischen Grundloge beruhenden Korbwerkeverbandes in Michelau über die Frage gesprochen und, um der zünsterlichen Denkwiese der Versammlungsbekämpfung Rechnung zu tragen, sich mit aller Entschiedenheit gegen diese Bezeichnung als "Heimarbeiter" gewendet und sich für die Bezeichnung als Hausgewerbetreibende erklärt. Leider hat damals die Versammlung dem zugestimmt, was sich jetzt die Steuerbehörden zunutze machen.

Notizen.

Autorenabende. Der Kurt Wolff-Verlag (Leipzig) veranstaltet diesen Winter in Berlin mehrere Autorenabende. Donnerstags, 8 1/2 Uhr werden bei Reim und Pollack, Potsdamerstraße 118a zwei jüngere Autoren aus eigenen Schriften lesen: Franz Werfel und Kurt Hiller.

Das alte Lied. Die städtischen Kollegien von Hannover beschließen, für Notiges Geld ein Gemälde von Anselm Feuerbach zu kaufen. Zu bezwecken, da der große Künstler sich nach Aufträgen schonte und Geld brauchte, da kimmerte sich keine Stadt um ihn. Kunstwerke müssen erst alt sein, viel Geld kosten und so verschiedene Zwischenhändler und vor allem Kunsthändler bereichern helfen, ehe sie anerkannt werden.

Emil Vandervelde wurde von der belgischen Akademie zum Mitgliede gewählt für die Klasse der politischen und sozialen Wissenschaften. Die Bedeutung der Akademie ist ja heute eine verhältnismäßig geringe; aber die Wahl zeigt doch von einer gewissen Unabhängigkeit der belgischen Wissenschaft. (Man stelle sich nur vor, daß z. B. Genosse Lehning etwa wegen seiner Verdienste um die deutsche Literatur in die Berliner Akademie gewählt würde?) Die belgische Akademie zählt übrigens bereits in dem verstorbenen Genossen Denis ein sozialistisches Mitglied.

Für die neue britische Südpolregion kaufte ihr Leiter Foster Stadhouse die "Discovery", das alte Schiff der Scottischen Expedition. Die "Discovery" wurde für die Scottische Expedition 1903 gebaut, ist aus Eis und Tealholz konstruiert und am Vorderende mit einem besonders starken eisbeschlagenen Rammbug ausgerüstet.

Ein Tertiar Mensch in Südamerika? Bei Ausgrabungen, die in der Nähe von Riojazar (Argentinien) vorgenommen wurden, entdeckten Geologen des Museums von Plata Steinmassen und menschliche Überreste. Es erscheint der Beweis erbracht, daß der Mensch dort in der Tertiarperiode gelebt hat! (Damit wäre zum ersten Mal das Vorhandensein des Menschen in Tertiarzeiten für Amerika nachgewiesen.)

Umgetauft. Die "Lustigen Blätter" bezogen diesen Kalauer: Nachdem wir bereits in der alten Reichstadt ein Film-Athen besäßen, ist Berlin mit seinen dreihundert Kinos jetzt ein Film-Athen erannt worden. — Zugleich wurde vom Zweckverband verfügt, daß die westlichen Vororte sich zu einer besonderen Gemeinde "Groß-Filmersdorf" zusammenschließen haben.

Wie beruhigt man schreiende Säuglinge? Es dürfte vielleicht vielen Müttern ganz angenehm sein, ein harmloses Mittel zu erfahren, wie man schreiende Säuglinge zum Schweigen bringt. Wie der Sommer Chirurg Adolf Kuhbaum mitteilt, genügt es, den Kindern den Kopf festzuhalten und sie in kurzen kräftigen Stößen anzublasen. Es tritt dann sofortiges Ruhigsein ein. Freilich wird es sich kaum empfehlen, dieses Mittelchen dauernd anzuwenden, da es dann doch viel von seiner Wirksamkeit einbüßen würde.

Aus Industrie und Handel.

Riesengewinne der Versicherungsgesellschaften.

Von sämtlichen Aktiengesellschaften weisen diejenigen des Versicherungsgewerbes die höchste Rentabilität auf. Es ist bekannt, daß die hohen Dividenden in der Hauptfache aus dem sogenannten Volksversicherungswesen herabgewirtschaftet werden. Die zahllosen Policen der Militär-, Kasernen- usw. Versicherung, die alljährlich verfallen, weil der Versicherungsnehmer die Beiträge nicht mehr aufbringen kann, bilden heute eine wichtige Gewinnquelle der großen Versicherungsgesellschaften. Trotz der Aufhäufung großer Reserven und trotz der hohen Direktorengelöhner steigt die Rentabilität der Versicherungsgesellschaften von Jahr zu Jahr. Bisher haben 131 Aktiengesellschaften ihre Bilanzen für das Jahr 1912/13 so veröffentlicht, daß ein Vergleich der in den letzten beiden Jahren erzielten Dividende möglich ist. Das gesamte Nominalkapital dieser Gesellschaften ist von 197,54 Millionen Mark auf 202,32 Millionen Mark erhöht worden. Die Summe der vertheilten Dividende ist gleichzeitig von 36,15 auf 39,86 Millionen Mark angewachsen. Neben ist der durchschnittliche Dividendenertrag von 18,8 auf 19,7 Proz. gestiegen. Für einen Vergleich von Reingewinn und Verlust liegen sich die Bilanzen von 132 Gesellschaften vor. Bei diesen 132 Gesellschaften ist der Reingewinnüberschuss im letzten Jahre von 137,16 auf 153,35 Millionen Mark angewachsen.

Hochkonjunktur der Rüstungsindustrie. Während die Industrie im allgemeinen einer Krise entgegensteht, ist die Rüstungsindustrie infolge der neuen Heeresreform vollauf beschäftigt. So wird von den Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken berichtet, daß in den Abteilungen Gewehr- und Maschinenwaffenbau zurzeit 2850 Arbeiter mehr tätig sind als im Vorjahre.

Jugendbewegung.

Moderne Jugend.

Jugend einem frommen Manne ist im Waldesschatten ein Trupp fröhlicher Burschen und Mädchen begegnet. Er sah und hörte nichts Unrechtes, aber der Anblick rief salomne Gedanken und düstere Ahnungen in ihm wach, und so erließ er denn in der "Adnischen Volkszeitung" (Nr. 922) einen dringenden Warnungsruf:

Nach der ganzen Anstrahlung war anzunehmen, daß diese Gruppen den ganzen Tag ausbleiben, vielleicht auch die Nacht, daß sie im Walde oder sonstwo, vielfach an recht abgelegenen und unbeobachteten Plätzen, Raß machen und nach dem Marsch eine ausgedehnte Mittagspause halten. Ob die jungen Mädchen immer in einem geschwiegenen Verhältnis zu einem oder mehreren der jungen Leute standen, ist nicht festzustellen. Ich beschränkte mich in allen Fällen nicht zu treffen. Daß bei dieser Art Wanderung, wo junge Burschen und junge Mädchen tagelang ohne Beobachtung von Erwachsenen zusammen sind, Gefahren in sittlicher Beziehung vorhanden sind, ist wohl nicht von der Hand zu weisen. Näher darauf einzugehen, ist aus leicht verständlichen Gründen nicht möglich. Es wäre dabei wünschenswert, wenn diese Frage ebenfalls der Nachprüfung durch die Eltern und Seelsorger unterzogen würde, im Interesse der unerfahrenen Jugend.

Wo ist die Jugend sicherer vor den Gefahren, auf die der Herr Philister "aus leicht verständlichen Gründen" nicht eingehen mag, als dort, wohin sie gemeinsam im hellen Licht der Sonne wandert? Wer von den honnetten Bürgerknechten entfrist sich denn darüber, daß in der schwinen Atmosphäre des kastrischen Burschen und Mädchen gemeinsam arbeiten? Wer regt sich darüber auf, daß halbreife Bengel und halbflügelte Bachfische in den Tanzstunden poffieren? Viel besser, daß die Jugend unter unferer Aufsicht gemeinsam und frei steht, als daß sie auf den Tanzböden sich kennen lernt, wie es die Alten taten, als sie jung noch waren.

Soziales.

Zurückforderung von Strafgebern.

Eine Federarbeiterin forderte gestern vor dem Gewerbegericht von der Firma Ehrlich vom Lohn im Verlauf einiger Monate abgezogene Strafen im Gesamtbetrage von 1,90 M. zurück.

Die Klägerin erhielt ihre Klageforderung zugesprochen. Die vorgelegte Arbeitsordnung enthielt zwar Bestimmungen über Art und Höhe und Verwendungszweck; auf Grund eines früheren Prozesses war auch über die Einziehung der Strafen ein Nachtrag angefügt, aber über die Art der Festsetzung, wie es der § 134 Abs. 4 G.-O. zwingend verlangt, war in der Arbeitsordnung nichts gesagt. Aus diesem Grunde, so führte der Vorsitzende aus, ist die Arbeitsordnung, soweit Strafen in Frage kommen, unzulässig und die auf Grund der unzulässigen Bestimmungen erhobenen Strafen zu Unrecht abgezogen. Daraus folgt, daß auch sämtliche übrigen Angeklagten die bisher vom Lohn gestrichelten Strafbeträge zurückfordern können. Hätte sich dieser Fall auf einen Betrieb mit weniger als 20 Beschäftigten bezogen, führte der Vorsitzende weiter aus, so wäre Klägerin glatt abgewiesen worden, weil der angezogene Paragraph für diese keine Geltung hat.

Die Ansicht des Vorsitzenden trifft nicht zu. Strafgebern dürfen in der Regel überhaupt nicht vom Lohn abgezogen werden, weil solcher Abzug dem § 394 B.-G.-O. und dem § 2 des Lohnbefehlagnahmegesetzes widerspricht, falls nicht der Lohn jährlich 1500 M. übersteigt. Es ist auch eine Einwilligung des Arbeiters ohne Belang. Die erwähnten Vorschriften sind zwingender Natur. Sie verbieten dem Arbeitgeber jede Verfügung über den Lohn bis nach Ablauf des Fälligkeitstages. Die weit verbreitete entgegenstehende Praxis ist gegenüber dem klaren Zweck und Wortlaut des Gesetzes unhaltbar.

Eine seltene Ehrung.

Die hiesigen Angestellten der Lagererbschaftsgenossenschaft sind seit der Leitung der Genossenschaft durch den jetzigen Vorsitzenden Seifert unglücklicher wie vordem gestellt. In aufrichtiger Trauer darüber, daß der frühere Geschäftsführer der Verlagsgenossenschaft für die Besserung ihrer Verhältnisse nicht mehr einlegen kann, weil er vor Jahren verstorben ist, haben die Angestellten auf dem Grabe dieses Geschäftsführers, des Dr. Illmann, einen Kranz niedergelegt.

Sparfassen und Volksversicherung.

Die Gründung der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen "Volksversicherung" hat überall zu Konkurrenzunternehmen angeleitet. Nun wollen oder sollen auch die Sparfassen sich der Lebens- und Volksversicherung bemächtigen. Landesrat Görlich, Direktor der Lebensversicherungsanstalt für die Provinz Posen, hat das in einer Versammlung von Sparfassenvertretern sehr dringend und eingehend empfohlen. Nach der Sparfassenkorrespondenz vertrat er dabei folgende Grundzüge:

1. Die Lebensversicherung ist nur eine besondere Art der Sparfähigkeit und deshalb in der Form der Volksversicherung unter die sozialwirtschaftlichen Aufgaben der Sparfassen aufzunehmen.
2. Falls die Sparfassen sich an der Durchführung der Volksversicherung nicht beteiligen, ist zu befürchten, daß ihnen durch die private und öffentliche Volksversicherung zu viel Ausleihmittel zum Nachteil des heimischen Kredits entzogen werden.
3. Solange die Sparfassen nicht zum selbständigen Betriebe der Volksversicherung übergehen, haben sie sich zu bemühen, durch

Teilnahme am Betriebe eines Volksversicherungsunternehmens in dem Besitz eines möglichst großen Teils der Volksversicherungsprämien zu gelangen.

4. Dies geschieht am geeignetsten dadurch, daß sie für ein Versicherungsunternehmen die Volksversicherungsprämien von den örtlichen Insaßorganen unter der Bedingung einziehen, daß ihnen diese Kapitalien mindestens zur Hälfte zur selbständigen Anleihe und Verwaltung in Form langfristiger und mäßig verzinslicher Darlehen überlassen werden.

5. Am besten eignen sich zu einem derartigen Zusammenarbeiten mit den Sparfassen die Provinzial-Lebensversicherungsanstalten, da diese öffentliche und gemeinnützige Anstalten sind und infolge ihrer provinziellen Selbständigkeit am meisten Gewähr dafür bieten, daß sie den besonderen wirtschaftlichen Verhältnissen der einzelnen Sparfassen Rechnung tragen.

Man muß anerkennen, die Geschichte ist geschickt ausgedacht. Nur die angegebenen Beweggründe stimmen nicht. Der Plan zu dieser Einrichtung ist doch auch lediglich Konkurrenzermügelungen entsprungen. Die von der Arbeiterschaft selbst begründete, zu ihrem eigenen Vorteil ins Leben gerufene Versicherung, die jeden kapitalistischen Profit ausschließt, will man unter allen Umständen schädigen, ihr das Wasser abgraben. Zum Ansporn unserer Genossen sei noch bemerkt, daß die Sparfassenvertreter einstimmig dem vom Landesrat Görlich entworfenen Plan zustimmen.

Ein Beitrag zum Kapitel "Landsturz".

Gräfinnona, 28. November. Eine Verhandlung vor dem Schöffengericht in Tonna lieferte den Beweis, daß die "feinen" Umgangsformen, wie sie oberbairische Junker gegenüber ihrem Gesinde üben, auch bei den thüringischen Gutbesitzern heimisch sind. — Gegen den Gutbesitzer Spring aus Burgtonna hatte die Amtsanklage wegen Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeuges erhoben. Der Fall trug sich nach den eidlichen Befundungen des als Zeuge vernommenen Nebenklägers folgendermaßen zu: Er, Str., war bei Spring als Schweizer beschäftigt und hatte am 30. September mit Viehfüttern zu tun, wobei ihm sein achtjähriger Sohn behilflich war. Der Junge soll nun, wie Spring behauptet, auf dem Hofe Kadu gemacht haben. Dafür traktierte ihn Spring mit Ohrfeigen. Str., der Vater des Jungen, stellte ihn deshalb zur Rede und machte ihm Vorhaltungen, nur er, der Vater, dürfe den Jungen schlagen. Im Verlaufe des folgenden Wortwechsels packte Spring den Str. an der Brust und stieß ihn in eine Ecke des Stalles. Der Schweizer Str. ergriff man einen alten Beien, um sich eventuell weiterer Angriffe zu erwehren, aber der ihm an Kraft bedeutend überlegene Spring entrieh ihm denselben und schlug nun blindlings mit dem Beienstiel auf ihn ein. Die Folgen dieser Mißhandlung waren laut ärztlichen Zeugnisses "eine größere, etwa ein Zentimeter tiefe, blutende Wunde sowie mehrere blutunterlaufene Stellen am Kopfe und am Rücken und an einem Arme Hautabschürfungen in der Größe eines Talers". Str. beklundete weiter, daß er auch heute noch ziemlich Schmerzen verspüre.

Das Urteil lautete auf 20 M. Geldstrafe und eine Buße für den Nebenkläger von 20 M. sowie Tragung der Gerichtskosten. In der Urteilsbegründung hieß es, der Einwand, daß sich der Angeklagte in der Notwehr befinden hätte, sei widerlegt. Die dem Nebenkläger beigebrachten Verletzungen seien als erheblich zu betrachten, deshalb müsse eine Verurteilung wegen Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeuges erfolgen. Es seien dem Angeklagten mildernde Umstände zugebilligt, da er noch nicht vorbestraft sei und sich bei der Tat in einer subjektiv berechtigten Erregung befunden habe.

Aus aller Welt.

Vater und Sohn.

Die aus London gemeldet wird, will der Berliner Korrespondent der "Daily Mail" aus bester Quelle erfahren haben, daß der Grund für die Stellungnahme des Kaisers gegen den Tanga darin zu suchen sei, daß man an höchster Stelle erfahren hatte, daß die Kronprinzessin Cäcilie Unterricht im argentinischen Tango und anderen hochmodernen Tänzen genommen habe. Da Gründe zu der Annahme vorliegen, daß der Kronprinz sich ebenfalls lebhaft für den Tango interessiert, habe der Kaiser sich veranlaßt gesehen, sich sehr entschieden gegen eine Einführung des argentinischen Tanges im deutschen Offizierkorps auszusprechen.

Die Nachricht ist zu schön, um wahr zu sein. Bei dem impulsiven Charakter Wilhelm's II. ist eher anzunehmen, daß er seinen Filius auf andere Weise zur Reue gebracht hätte.

Gegen die Autoraserei.

Das unglaubliche Anwachsen der durch Automobilitäten verursachten Unglücksfälle hat die New Yorker Polizei zu einer eigenartigen Maßnahme veranlaßt. 24 Polizisten auf Motorrädern wurden in den verschiedensten Stadtteilen aufgestellt und verhafteten am Montag nicht weniger als 465 Automobilitäten wegen zu schnellen Fahrens, zumeist Mitglieder der besten Gesellschaftsklassen New Yorks. Trotz aller Proteste wurden die Automobilitäten zur Polizei gebracht, wo sie mandual bis zur Feststellung ihrer Identität stundenlang festgehalten wurden. Die Strafen für das zu schnelle Fahren, die vom Polizeigericht festgesetzt wurden, belaufen sich auf 200 bis 2000 M. Ein einziger Polizeigericht verhängte innerhalb dreier Stunden über 20000 M. Strafen. Man verspricht sich von dieser Maßnahme große Wirksamkeit.

Mord in Landsberg a. W.

Mit der Aufklärung einer Mordtat ist die Behörde in Landsberg a. W. beschäftigt. In dem benachbarten Lorenzdorf wurde am Montag der 48 Jahre alte Knecht August Diering tot aufgefunden. Man entdeckte die Leiche mit einer schweren Schädelverletzung im Dorsteich. Die Wunde läßt von einem soldatischen Messer her. Diering wurde bereits seit vergangener Sonntag vermisst. Vergeblich suchte man nach ihm, bis seine Leiche gelandet wurde. Die durch eine nach Lorenzdorf entandene Gerichtscommission festgestellt wurde, ist D. hinterzuck niedergefallen und dann in den Teich gestochen worden. Der Stich in den Hinterkopf ist mit großer Wucht ausgeführt worden und hätte schon allein den Tod herbeiführen können. Die Polizei verfolgt bereits eine bestimmte Spur bezüglich des Täters. Vermutlich kommt ein anderer Knecht in Betracht, mit dem D. in Feindschaft lebte. Erst am Sonntag äußerte D. Freunden gegenüber, er habe Angst vor dem Betreffenden und woge sich nicht in das Lokal, in dem der Verdächtige saß.

Kleine Notizen.

Messer und Revolver. In Wiesdorf bei Köln wurde am Montagabend ein Kostwirt von zwei seiner Kostgänger erschossen. Die Mörder flohen nach Opladen, wo sie von einem Kriminalbeamten verhaftet wurden. — Der Mördler Robert Johann Thomas in Frankfurt a. M. gab in einem Hause der Mainzer Landstraße ab seine Frau, die von ihm getrennt lebt. Die mehrere Schüsse ab und schoß darauf auf sich selbst. Die Frau blieb glücklicherweise unverletzt. Thomas, der sich nur leicht verletzte, wurde in das städtische Krankenhaus gebracht. — Schwere Unfall in einer Versammlung. In einer republikanischen Versammlung, die am Dienstagvormittag in Madrid stattfand, stürzte eine Tribüne ein, wobei ein Priester und mehrere Polizeibeamte verletzt wurden. Nach Beendigung der Versammlung kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei. Dabei wurde ein Wundarm verwundet. — Todeskurz eines englischen Fliegers. Bei einem Absturz seines Flugzeuges in der Nähe von Castrich wurde Dienstagmorgen der Kapitän Luffington getötet. Der Offizier, der ihn beherleitete, erlitt leichte Verletzungen. Der Apparat wurde vollständig zerstört. Am Montag noch hatte der Erste Lord der Admiralität, Sir Winston Churchill, mit Luffington einen längeren Flug unternommen.



Amol das Hausmittel

Allgemein-Vertriebsdepot

G. Nisch

Akoholfreie Getränke

Franz Abraham

Arbeiter-Berufskleidung

Auto-Fahrschule

Bade-Anstalten

Bad Al-Moabit 104

Bad Central

Bad Frankfurt

Bad Friedrichshain

Bad Hefeland

Bad Lindenau

Bad Ostend

Passage-Bad

Reform-Bad

Schiller-Bad

Silesia-Bad

Bandagen, Gummivarren

Bäcker- u. Konditoreien

C. Adamek

Alfred Albrecht

Andersson

Assmus

W. Aust

W. Bange

Willy Bär

Paul Berger

Josef Breika

E. Beyer

A. Bickel

Otto Billepp

Reinh. Bieleke

R. Block

Alw. B. Bömer

Brotdr. Bockenkamp

Paul Bohnig

Rudolf Brechlin

Ewald Buchler

Ernst Buller

Gust. Böhm

O. Büchner

Alb. Dachs

David Landbr.

Paul Deby

Albert Denkewitz

D. Döhl

Otto Donath

H. Donner

Rud. Dunder

F. Eberl

Franz Faust

Carl Feist

Friedr. Fleming

P. Freyer

H. Friedrich

Heinrich Frister

F. George

F. Gierszewski

F. G. Glauber

G. G. G. G.

H. G. G. G.

O. G. G. G.

Paul Jarrasch

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Bäcker- u. Konditoreien

Karl Kunerle

Bäckerei Künscher

P. Lamla

Ew. Liesegang

Adolf Lindner

H. Lübb

F. L. L.

W. L.

R. Markgraf

R. Markgraf

Anton Meynart

Alfred Meiner

Mühlsteif

G. Mosler

Max Muth

Carl Neundorff

Wilhelm Niklas

Gustav Nielsen

P. Nitsche

F. Otto

Paul Otto

Robert Pötschke

J. Pöpp

H. Prager

Richard Ransch

F. Richter

Rob. Riedel

R. R.

C. Reisch

F. Radloff

Osw. Raubut

Gust. Raubenberg

Kurt Reinecke

P. Reinhold

Richard Rieger

Otto Reetwisch

P. Rieblen

Paul Riebenstaal

R. Riemer

Willy Rohde

Hubert Römer

Alfred Roth

F. Sandmann

Wilhelm Sauter

W. Schaaf

R. Schade

Emil Schaller

P. Schauer

P. Schirmer

Carl Schleich

W. Schmidt

Willy Schneider

Gustav Schöffel

Paul Schön

Eberhard Schönliese

Paul Schröder

E. Schön

W. Schönwiese

Carl Schulz

Adolf Schulz

Groterjan

Malzbier

Hempel

Luisenbrauerei

C. Habels Brauerei

Goldbier

Weissbier

Löwen-Brauerei

Münchener Brauhaus

Schloßbräu-Flaschenbier

Ver eins-Brauerei

Weissbier

Brotdr. B.

Liebing's

Burten u. Selterwaren

Bildereinrahm.

Butter, Eier, Käse

H.P. Biederman

Bruno Freche

Wilhelm Göbel

Gebrüder Groh

August Holtz

F. HAGEN

Gebrüder Manns

W. H. P.

Kosmalla

Paul Reinike

Schröter, R.

Gust. Schultze & Sohn

Uhly & Wolfram

Vereinigte Pommersche Meiereien

C. F. Wienstruck

Cacao, Schokolad., Confit.

Uhly & Wolfram

Vereinigte Pommersche Meiereien

C. F. Wienstruck

Cacao, Schokolad., Confit.

Uhly & Wolfram

Vereinigte Pommersche Meiereien

C. F. Wienstruck

Cacao, Schokolad., Confit.

Uhly & Wolfram

Vereinigte Pommersche Meiereien

C. F. Wienstruck

Cacao, Schokolad., Confit.

Uhly & Wolfram

Vereinigte Pommersche Meiereien

C. F. Wienstruck

Cacao, Schokolad., Confit.

Uhly & Wolfram

Vereinigte Pommersche Meiereien

C. F. Wienstruck

Cacao, Schokolad., Confit.

Uhly & Wolfram

Vereinigte Pommersche Meiereien

C. F. Wienstruck

Cacao, Schokolad., Confit.

Uhly & Wolfram

Vereinigte Pommersche Meiereien

C. F. Wienstruck

Cacao, Schokolad., Confit.

Uhly & Wolfram

Vereinigte Pommersche Meiereien

Unterstehende Geschäfte

Konzerthaus, Wirtschaft

Restaurant und Cafe

„Alter Kunststall“

Kolonialwaren

G. Behrens

F. Belle

C. Böse

W. Bornfeld

A. Buchholz

G. Feist

Fr. Fischer

Karl Grensing

Göhler-Hofing

Hakenkamp & Neumann

K. Hübner

F. Klocke

M. Krüger

A. Lange

P. Lange

B. Ludwig

Fr. Pawlitzki

O. Pöschel

A. Remhold

Franz Richter

W. R. R.

W. R.

E. R.

Kohlen, Koks, Holz, Briketts

W. Bussan

Otto Müller

Franz Reichert

C. Richter

Ferd. Wree

Kurz, Weiß-, Wollwaren

Alb. Bork

H. Engel

M. Gardels

Hoppe

Carl Klein

Kaufhaus

Hermann Meyer

H. Pech

Rasselt

Albert Vogt

Lederhandlung

H. Schwarz

Lehrantfalten

Maschinen- u. Heizgerätee

Lehrer

Handels-Kurse

Mehlhandlungen

Bethke, Georg

Frese, Ernst

Gaage, Otto

W. H. G.

Korn, Hugo

W. Lau

M. Manke

R. Mah

C. Neugebauer

F. Pflüger

Paul Schönberg

F. W. Sichter

Möbelmagazine

P. Bock

Dachne

Goppert

Görz

Hoche & Co.

Ferd. Joachim

Möbel-Kamerling

Herm. Kogel

Lange, Max

C. Linkogel

H. Nolte

W. Stroh

Heinrich Stumpe

R. Theuer

Möbeltransport

F. Bartels

C. Berner

O. Fahrenkrug

Paul Schur

Nahrungsmittel

H. John

Nähmaschinen

Bellmann

Ed. Bruda

Littauer

Littauer

Obst, Gemüse

C. Batt

Ernst Götting

Kleine Markthalle

F. W. W.

Optiker, Mechaniker

Dase

G. Groß

G. Groß

Loop

Schubert

W. Zapletal

Partiwaren u. Reiselager

G. Claß

Patentanwälte

A. Kuhn

Pflanzstätten

Schmidt

Photographische Ateliers

Adolf Kube

R. Mier

Rud. Obigt

G. Wilke

Photogr. Apparate

M. Albrecht

Hugo Scholtz

Pianos

Cesare Donadio

Berlin

Neue Pianos

Rechtsanw.

Gustav Frank

Neisser

Restaurants

Hackpeter

Rodolph

Raucherwaren, Fische

D. Danielsohn

M. Kiehl

K. Opalko

Schneidererei

Hyrd-Schneid.

Zur Frage der Geburtenziffer Berlins.

Die Geburtenziffer wird in Berlin sehr merklich dadurch beeinflusst, daß es hier Entbindungsanstalten gibt, in denen viele auswärts wohnende, zur Entbindung hergelommene Frauen und Mädchen ihre Kinder gebären. Die Zahl der Geburten wäre in Berlin noch geringer, als sie es ist, wenn nicht diese Anstalten beständen. Das Ergebnis der Feststellungen, die über die Häufigkeit der Geburten in hiesigen Anstalten sowie über den Wohnsitz der betreffenden Mütter regelmäßig vom Berliner Statistischen Amt ausgeführt werden, ist für die Jahre bis 1911 bekanntgegeben. Unter 44 834 Kindern, die im Jahre 1911 in Berlin geboren wurden (einschl. Totgeborene), waren 8538 in Anstalten geboren, das ist ziemlich ein Fünftel der Gesamtzahl. Berücksichtigt sind dabei die Geburten in den beiden großen Entbindungsanstalten der Universitäts-Frauenklinik und Charité, zusammen 4029 Kinder, in dem Wöchnerinnenheim am Urban (1239), in dem Wöchnerinnenheim der Heilarmee (429), in der Heilmstätte Drontheimer Straße (164), in dem Obdach der Stadt (147), in den öffentlichen Krankenhäusern (zusammen 889 Kinder), in Privatanstalten (889 Kinder) und schließlich die Geburten in den Wohnungen von Hebammen (372 Kinder). Von den 8538 Müttern dieser Kinder wohnten 2637 außerhalb Berlins, die auswärtigen Mütter sind mithin fast 31 Proz. von allen Müttern der Anstaltsgeborenen. Die 2637 in Berliner Anstalten geborenen Kinder auswärts wohnender Mütter sind annähernd 6 Proz. aller in Berlin Geborenen, eine Anteilziffer, gegenüber der die Ziffer der auswärtsgeborenen Kinder von in Berlin wohnenden Müttern kaum ins Gewicht fallen kann. Zieht man von der Gesamtzahl der Geborenen des Jahres 1911 nur 5 Proz. ab, so verbleiben von 44 834 Kindern etwa 42 600 für Berlin. Die Geburtenziffer, die bei 44 834 sich auf 21,85 Promille der durchschnittlichen Bevölkerung stellt, beträgt dann nur noch etwa 20,57 Promille. Da die Zahl der in Berliner Anstalten vollzogenen Entbindungen auswärtiger Frauen und Mädchen schon seit einer Reihe von Jahren ununterbrochen und bedeutend gestiegen ist, so hat auch der Betrag, um den die auf gewöhnliche Art berechnete Geburtenziffer zu erniedrigen wäre, sich immer mehr vergrößert. Noch im Jahre 1907 wurden hier in Anstalten erst 1819 Kinder außerhalb wohnender Mütter geboren, nur die Hälfte der Zahl von 1911, während die Gesamtzahl der Geborenen Berlins damals noch 52 907 (gegenüber jetzt rund 44 834) betrug. Der Rückgang der Geburtenziffer in Berlin, der ohnedies in den letzten Jahren sehr beträchtlich war, würde noch schärfer hervortreten, wenn man Jahr für Jahr die hiesigen Entbindungen der Auswärtigen aussonderte.

Partei-Angelegenheiten.

Neukölln. Heute abend findet bei Vatsch, Hermannstr. 40, die Versammlung der Jugendsektion statt. Der Genosse Georg Schmidt hält den zweiten Vortrag über das Thema: „Aus der Geschichte der deutschen Gewerkschaften.“ Alle jungen Arbeiter und Arbeiterinnen über 18 Jahre werden gebeten, an der Versammlung teilzunehmen. Treptow-Baumhaldenweg. Am Ortsteil Treptow findet von den Bezirkslokalen aus am Donnerstag, den 4. Dezember, von 7 Uhr ab, eine wichtige Flugblattverbreitung statt. Niederschönhausen-Nordend. Am Donnerstag, den 4. Dezember, abends 7 Uhr, von den Bezirkslokalen aus: Wichtige Flugblattverbreitung. Potsdam. Wahlvereinsversammlung findet Mittwoch im Lokal von Hausmann in der Kaiser-Wilhelm-Straße statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Vortrag über Agrarfragen.

Berliner Nachrichten.

Der Scheintod der Natur.

Die Sonne nähert sich ihrem tiefsten Stande, ihre Kraft vermagt mehr und mehr, und in immer schnellerer Folge treten Nachfröste auf, die sich wohl bald auch am Tage behaupten werden. Selbst die Chrysanthemem sind von den öffentlichen Schmuckplätzen schließlich verschwunden, die Rosenstöcke und andere empfindsamer Gewächse werden — ganz ebenso wie die Pumpen auf Bahnhöfen und anderen exponierten Stellen — mit Strohhüllen umwickelt und so gegen das Er- und Einfrieren geschützt. Auch der bisher unentwegte Flor der Belagorien auf den Balkonen ist lädenhaft und trübselig geworden, und man trifft alle Anstalten, ihn zu ersetzen, indem man Batterien von Gläsern, die mit Wasser und Sphäntenzwiebeln geladen sind, fertig zum „Aufschießen“ zwischen die Fensterscheiben stellt.

Draußen ist, für den äußeren Anschein, das Leben erstorben. Wenn tote Blätter und vergilbte Kräuter den Boden bedecken, so spricht man von dem winterlichen Tode, der über die Fluren zieht. Aber der Schein trügt auch hier. Für das Auge erscheinen z. B. die Laubbäume blattlos, und diese Behauptung ist richtig, wenn man unter Blättern nur voll entwickelte Organe dieser Art versteht, die die Sträucher und Bäume zu belaubten Schattenpendern machen. Aber die jetzt entblätterten Äste tragen darum doch, so paradox es klingen mag, nicht weniger, sondern eher mehr Blätter, als sie den Sommer über besaßen. Denn alle Zweige sind mit Knospen besetzt, und die Blätter, die die Ulmen, Birken, Kastanien, Eichen, Linden usw. im nächsten Frühjahr entfalten werden, sie sind sämtlich schon in diesen Knospen enthalten. Witzig klein und eng zusammengepackt, aber in allen wesentlichen Teilen doch bereits fertig, bleiben sie unter schützenden Schuppen den Winter über geborgen. Es ist in der Hauptfrage eine bloße Streckung und Vergrößerung aller Teile, die nach der Sprengung der Hüllen im Frühling folgt. In den dicken Knospen der Eichen, Kastanien usw. sind auch die Stütznerven schon vorhanden, die sich nach einigen Monaten zu teils unscheinbaren, teils auffälligen Gebilden strecken werden. Ebenso hängen die wohlbekanntesten Äythen der Erlen, Birken und Haseln längst an den Zweigen, im Innern der dicht gedrängten Schuppen fertig ausgebildet; die der Weiden, Pappeln und anderer Bäume aber bleiben den Winter über in Knospenform versteckt. So betrachtet, erscheinen Bäume und Sträucher auch im Winter als lebensvolle Organismen, die sich der ungünstigen Jahreszeit gegenüber in sich ducken und versteuern, in eine Art Verteidigungszustand übergehen, der höchstens mit dem Scheintode verglichen werden kann. Aber auch dieser Vergleich hinft. Denn im Innern der Stämme und Äste, besonders aber in den Wurzelstöcken,

herrscht auch im Winter Leben. Da werden Stoffe für die nächste Vegetationsperiode transportiert, chemisch umgewandelt und vorbereitet. Wir haben bisher noch wenig Einsicht in diese unterirdischen Vorgänge. Aber sie sind da und sie hören niemals auf, weil auch der strengste Frost nicht in jene Tiefen dringt, in denen die Wurzeln großer Holzgewächse im Erdreich arbeiten.

Während die Blätter zu Boden gefallen sind, ist das Gras der Wiesen und Anlagen in der herblichen Feuchtigkeit von neuem grün emporgeschossen. Sein Wachstum unterliegt keiner strengen Periodizität, und erst strenger Frost wird es bändigen. An den schmalen Nadeln der Kiefern und der „Weihnachtsbäume“, die uns nun bald grünen werden, gleitet aber auch dieser grüne Geselle machtlos ab. Und ohnmächtig ist er auch gegenüber den zahllosen Samen, die selbstvergänglichen Kräuter der fruchtbaren Erde, die der Säemann dem Acker anvertraut hat.

Berliner Wahrfagerinnen.

Daß in unserem Zeitalter der Aufklärung der Aberglaube noch immer üppig ins Kraut schießt, und zwar nicht nur auf dem Lande, sondern auch in der Großstadt, ist eine bekannte Tatsache. Man nimmt häufig an, daß nur die unteren Volksklassen noch damit befaßt sind. Sehr mit Unrecht, denn selbst in den höheren Gesellschaftskreisen glaubt man an jenen blöden Fohuspotus, den Chiromanten, Chirolagen und namentlich Chirolaginnen treiben, und läßt sich für allerlei unglücklichen Kränkstrams das Geld aus der Tasche ziehen. Um einen „Wid in die Zukunft“ zu tun, werden jährlich bedeutende Summen geopfert, die allerlei Schwindlern und Schwindlerinnen zur Beute fallen. Mit der Spekulation auf die Dummheit der Menschen läßt sich viel Geld verdienen.

Auch in Berlin nährt dies Geschäft immer noch seinen Mann trotz der Ungunst der Zeiten; wir haben in der Reichshauptstadt Hunderte von Wahrfagern und Wahrfagerinnen, welche von den Erträgen ihres schwindelhaften Gewerbes ein bequemeres Leben führen und sich später oft mit einem stattlichen Vermögen zur Ruhe setzen. Wie groß die Nachfrage sein muß, ist daraus ersichtlich, daß hin und wieder sogar aus dem Auslande allerlei dunkle Existenzen zu uns herüberkommen, um ihre zweifelhafte „Kunst“ auszuüben und dafür unser gutes Geld einzustreichen. Seit kurzer Zeit beglückt ein spanischer Wahrfager vornehmsten Stils die Berliner mit seiner Segenwart. In einem eleganten Pensionat am Kurfürstendamm hat er sich niedergelassen, woraus man schon schließen kann, daß er ein Menschenkenner ist und genau weiß, wo er sein Publikum findet. Um die Kundenschaft von seiner Anwesenheit in Kenntnis zu setzen, hat der edle Sennor knallrote Zettel an die Tischfüßen kleben lassen, auf denen er sich bereit erklärt, Interessenten näheres über ihre Vergangenheit und Zukunft zu sagen. Da er weiß, je teurer die Ware ist, desto mehr wird sie von gewissen Leuten geschätzt, so hat er den Preis für die „Konsultation“ auf 10 M. festgesetzt, die übrigens vorher zu entrichten sind. Trotzdem soll das Geschäft glänzend gehen. Der fröhliche Spanier versteht es, sich mit einem gewissen geheimnisvollen Nimbus zu umgeben, der zu seinem Retier gehört. Die ganze „Aufmachung“: magisches Dunkel, schwarzverhängte Möbel, zwei brennende Kerzen usw. übt namentlich auf die holde Weiblichkeit eine große Wirkung aus.

Daß derartige Dinge heute noch in einer Stadt wie Berlin möglich sind, ist geradezu haarsträubend. Aber man braucht nur gewisse Zeitungen durchzusehen, so findet man zahlreiche Annoncen von Wahrfagern, Wahrfagerinnen und anderen Schwindlerinnen, die mit ihrem faulen Rauber glänzende Geschäfte machen. Da preist z. B. ein Chirolage für 2 M. Honorar seine „wissenschaftliche Handleskunst“ an, denselben Preis hat eine Chirolagin im Westen Berlins, die „nach Desbarrolles und Cheiro gebildet zu sein sich rühmt. Nur in den Abendstunden praktiziert eine „nach Vanc-Rey gebildete“ Wahrfagerin in der Lindenstraße, die sich ihre Kunst mit 3 M. bezahlen läßt. Eine „geprüfte“ Graphologin, „anerkannt hervorragend in Handleskunst“, wirkt in der Potsdamer Straße, eine andere „wissenschaftlich studiert“, wie die Annonce besagt, in der Blücherstraße. — Auch in England scheint man auf dem Gebiet der Wahrfagerkunst hervorragendes zu leisten, das geht aus einem Inserat hervor, welches eine Chirolagin in der Bülowstraße hin und wieder veröffentlicht, die ihre Kenntnisse auf der „Akademie zu London“ erworben hat, wie sie angibt. Daß diese „akademisch gebildete“ Dame 3 M. Honorar verlangt, ist durchaus nicht unbescheiden. —

Aber auch für Kinderbemteltete, welche dem Schicksal in die Karten bilden wollen, ist in Berlin gesorgt. Wer keinen Zaler dafür ausgeben will, braucht sich nur in eine billige Gegend zu bemühen und ihm wird geholfen. Laut Inserat kostet dort der Besuch einer „Sprechstunde“ 75 Pf., Tischlopfen (auch ne ganz hübsche Sache!) sogar nur 50 Pf. Alles was sein kann. . . Außer der Annonce bedienen sich Wahrfager und Wahrfagerinnen, um ihre Kunst anzupreisen, noch der Reklamezettel, die sie in belebten Gegenden verteilen lassen. Auf diesen Zetteln empfehlen sie sich dem üblichen Publikum zum Kartenlegen à la Venormand sowie zum Prophezeien aus Etwelk, Wei Kaffeesatz. Des Reklamezettels, der auf der Straße verteilt wird, bedienen sich jedoch nur Wahrfagerinnen zweiten Ranges, die erstklassigen, „akademisch gebildeten“ verschiden mehr oder weniger elegante Prospekte durch die Post. Das Adressenmaterial beziehen sie wahrscheinlich von einem Bureau, welches die geistigen Qualitäten der betreffenden Personen genau kennt, so daß es dieselben mit gutem Gewissen als „reife für die Wahrfagerin“ empfehlen kann. Besonders interessant und charakteristisch in seiner Art ist der uns vorliegende Prospekt einer Wahrfagerin aus der Pestalozzistraße, die von sich selbst behauptet, „weltberühmt“ zu sein und die Kartenkunst „wissenschaftlich“ auszuüben. „Kein Fohuspotus — kein Spiritismus — keine Sympathie, sondern nur studierte Planeten- und Kartentkunst“, schreibt diese moderne Pythia wörtlich. „Laut königl. Amts- und Landgerichtsbeschuß vom Januar und Februar 1902 ist das öffentliche Verwenden meiner Zirkulare nicht strafbar und meine Kunst erlaubt.“ fährt sie fort. „Seit 1898 in Berlin, Schöneberg, Wilmersdorf, Potsdam und Großstädten (!) durch große Erfolge und öffentliche Anerkennungen von vornehmen Personen und Zeitungen (?) berühmt und ausgezeichnet“. Täglich von 10 bis 2 und 4 bis 10 Uhr hält die würdige Dame Sprechstunden ab; Donnerstag von 4 bis 6 Uhr empfängt sie lt. Prospekt nur „hochadlige und gebildete Damen“. (Auch ein Zeichen der Zeit.) Schriftlichen

Anfragen sind außer dem Porto 20 Pf. Schreibgebühr beizulegen. Das Verreten der „Wartezimmer“ ist nur „Konsultanten“ gestattet. . .

Wenn man von solchen Dingen hört, könnte man da nicht an der Menschheit verzweifeln? So etwas passiert im 20. Jahrhundert nicht etwa auf Borneo und Celebes, sondern in der Hauptstadt des Deutschen Reiches, von dem es in einem alten Liebe heißt:

„Berlin, Berlin, Du Residenz, Du Stadt der höchsten Intelligenz“.

Die Ausstellung empfehlenswerter Jugendschriften im Gewerkschaftshaus ist heute von 4 bis 8 Uhr geöffnet.

Schwindel über Schwindel.

Der veruchte Massenwundel gegen Arbeitslose beschäftigt immer noch die Kriminalbehörden. Trotz aller Nachforschungen ist es noch nicht gelungen, festzustellen, wer hinter dem Schwindel steckt. Die Vermutung, daß der Gauner, der sich hier „Direktor Sartum“ nannte, ein Mann sei, der bereits in Dresden, Leipzig, Hannover und anderen Städten in ähnlicher Art viele Kellnerinnen betrogen hatte, ist durch die Ermittlungen als irrig erwiesen. Jener Gauner ist, wie die Kriminalpolizei jetzt festgestellt hat, ein 52 Jahre alter Schankwirt Karl Wähler, der früher in Neudörfen sein Geschäft betrieb und sich jetzt vor der Verfolgung durch die Flucht in das Ausland gerettet hat. Ein Bekannter Wählers hatte die Absicht, jetzt zu Weihnachten hier in Berlin ein größeres Vergnügungslokal mit weiblicher Bedienung zu eröffnen. Eine Eigenart sollte darin bestehen, daß „Landmannschaftliche“ Abteilungen gebildet würden. So sollten jächische, hannoversche usw. „gemütliche Ecken“ eingerichtet werden. Die Polizei gab schon deshalb die Erlaubnis nicht, weil ihr die Kömme den Ansprüchen der Feuersicherheit nicht genügten. Wähler bemigte nun diesen Plan, der auf ehrlicher Grundlage ruhte, nach seinem Scheitern zu ausgedehnten Schwindeleien. Er nahm in den genannten Städten Kellnerinnen an und ließ sich von jeder sofort 30 M. zahlen, unter der Vorbedingung, daß sie die Stellen sogleich antreten könnten und daß die Gebühr auf Auflösung des Dienstverhältnisses zurückgezahlt werde. Die Mädchen fuhrten auch alle nach Berlin und kamen erst hier dahinter, daß sie einem Schwindler in die Hände gefallen waren. Als man darauf nach dem Schwindler fahndete, war er bereits verschwunden. — Auf arbeitslose Berufsgeoffnen hatte es ein Schwindler abgesehen, der jetzt in der Person eines 35 Jahre alten Wäders Johann Leubuscher ermittelt und festgenommen wurde. Leubuscher spiegelte den Leuten, an die er sich in Herbergen und Schankwirtschaften heranmachte, vor, daß er gute Arbeit für sie habe, gab ihnen dann die Adresse irgend einer größeren Bäckerei an, in der sie sofort anfangen könnten und ließ sich für die Vermittlung gleich eine mehr oder weniger hohe Gebühr zahlen. Während dann die Betroffenen die angegebene Bäckerei aufsuchten und eine arge Enttäuschung erlebten, verschwand der Gauner aus dem Lokal und ließ sich nicht wieder sehen. Gestern sah ihn ein Betrogener auf der Straße wieder, erkannte ihn sofort und ließ ihn festnehmen.

Arbeitsnachweis für Groß-Berlin.

Aus Anlaß der Arbeitslosigkeit hat bekanntlich kürzlich eine Zusammenkunft von Vertretern der Gemeinden Groß-Berlins im Berliner Rathaus stattgefunden. In dieser Konferenz wurde u. a. eine Sonderkommission mit der Ausarbeitung von Vorschlägen zur Verbesserung des Arbeitsnachweises in Groß-Berlin beauftragt. Diese Kommission hat bereits mehrfach getagt und sich mit der Aufstellung von Grundrissen für ein gemeinsames Vorgehen der beteiligten Gemeinden beschäftigt. Sobald sie ihre Beratungen hierüber beendet hat, wird sich die Versammlung damit befassen.

Serbisches Fleisch für Groß-Berlin.

Aus Belgrad wird telegraphisch gemeldet: Auf Grund einer von der deutschen Reichsregierung der Stadt Berlin ausnahmsweise erteilten Erlaubnis, Fleisch direkt aus Serbien beziehen zu dürfen, hat man jetzt hier begonnen, in größerem Umfange und unter Aufsicht eines hier weilenden Berliner Veterinär Schweinefleisch nach Berlin auszuführen. Diese Maßnahme wird vom Berliner Magistrat bestätigt. Die Fleischpreise in Anhalt sind gestiegen, und der Berliner Magistrat sah sich nach neuen Quellen für die Einfuhr um. Nachdem der Landwirtschaftsminister zunächst mündlich die Genehmigung zur Einfuhr serbischen Schweinefleisches erteilt hat — die schriftliche Befätigung dürfte demnächst erfolgen —, ist sofort der städtische Obertierarzt Dr. Glaman nach Belgrad abgereist, um in gleicher Weise wie in Warschau die Unterfuchungen der von dem städtischen Aukläufer Kron angekauften Tiere vorzunehmen. Gestern sind bereits drei Waggons Schweinefleisch aus Serbien hier eingetroffen, die Ausgabe dürfte heute oder morgen erfolgen.

Vereitelte Weihnachtstfreude.

Bei dem Schankwirt Hermann Broddack in der Bergstr. 74 zu Neukölln verkehrten die Mitglieder des Sparvereins „Weihnachtstfreude“, meist keine Gewerbetreibende und Arbeiter. Sie versammelten sich allmonatlich, um Spargroschen einzuzahlen, die dann dem Wirt zu zinsttragender Anlage übergeben wurden. Nach einer Vereinbarung sollte Broddack das Geld seiner Brauerei übergeben, weil die Sparrer glaubten, daß es dort die meisten Jinsen bringen werde. Der Wirt ließ auch die Leute in dem Glauben, daß er immer alles pünktlich bezogt habe. Als man jetzt das Geld erheben wollte, um es zu Weihnachten an die Sparer auszugeben, wurde Broddack allerhand Ausflüchte machte, schöpste man Verdacht. Auf Anfrage bei der Brauerei erfuhr man, daß dort nichts eingezahlt war. Broddack gab zu, das Geld für sich und seine Familie ver braucht zu haben. Die veruntreute Summe beläuft sich genau auf 1245 M. Davon verliert eine besonders eifrige Sparerin, eine Arbeiterfrau, allein 200 M.

Strafensnuff. Von einem bedauerlichen Unfall M am gestrigen Dienstagnamittag Dr. Otto Eysler, der Verleger der „Justigen Blätter“, betroffen worden. Beim Ueberschreiten des Potsdamer Platzes betrat er kurz vor einem herannahenden Straßendahnwagen der Linie 52 das Gleis. Auf das Warnungssignal des Führers trat Dr. Eysler schnell auf das Nebengleis, auf dem aber in demselben Augenblick aus entgegengesetzter Richtung ein Zug der Linie 60 heran kam. Um von diesem nicht überfahren zu werden, sprang er nun wieder auf das erste Gleis zurück und wurde nun von dem Motorwagen der Linie 52 umgestoßen. In befürchtungsvollem Zustande wurde der Verunglückte nach der Unfallstation in der Eichhornstraße gebracht, wo der Arzt eine klaffende Kopfwunde und eine Gehirnerschütterung feststellte. Auf Wunsch der Gattin wurde Dr. E. nach seiner Wohnung, Regentenstraße 19a, geschafft.

Der Erziehungs- und Fürsorgeverein für geistig zurückgebliebene (schwachsinnige) Kinder, e. V. hält am Freitag, den 8. Dezember, abends 8 Uhr, im Bürgercaale des Rathauses eine Versammlung ab, in der Herr Rektor Arno Fuhs über „Wie gestaltet sich die Zukunft

der nicht oder schwer erwerblich werdenden geistig Schwachen, und wie wir zu helfen?" einen Vortrag halten wird. Gäste willkommen.

Eine Stellmacherei in Flammen.

Begen eines größeren Brandes wurde die Feuerwehr gestern Dienstag morgen gegen 6 Uhr nach der Koloniestr. 22 im Norden Berlins gerufen. Als der 24. Löschzug dort eintraf, stand eine Stellmacherei, die in einem einstöckigen Hintergebäude untergebracht war, in hellen Flammen. Das Feuer war auch bereits auf das Dachgeschloß und auf einen an die Stellmacherei im Erdgeschoß angrenzenden Pferdestall übergesprungen. Es gelang den Feuerwehrmannschaften noch im letzten Augenblick, das in dem Stall stehende Pferd ins Freie zu holen. Der Brand wurde mit drei Schlauchleitungen bekämpft, doch gestalteten sich die Löscharbeiten infolge der Schwierigkeit, als der ganze Hof mit dichtem Rauch angefüllt war. Nach einständiger Tätigkeit konnte die Gefahr als beseitigt gelten. Die Stellmacherei ist größtenteils ausgebrannt, und da durch das Feuer auch ein größeres Holzlager vernichtet wurde, so ist der Schaden beträchtlich. Die Löscharbeiten und Aufräumarbeiten zogen sich bis in die neunste Vormittagsstunde hin. Auf welche Weise das Feuer entstanden ist, konnte nicht ermittelt werden.

In großer Lebensgefahr schwebten am Dienstagmorgens drei kleine Kinder bei einem Wohnungsbrande in der Putiliststraße 18. Dort war in Abwesenheit der Eltern in einer Wohnung Feuer ausgebrochen. Hausbewohner bemerkten die Gefahr und alarmierten die Feuerwehr. Diese drang über eine Hofenleiter, da die Wohnung verschlossen war, in die schon total verqualmten Räume ein. Die drei Kinder konnten über die Treppe in Sicherheit gebracht werden und es gelang der Feuerwehr den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Die Wohnung ist zum größten Teil ausgebrannt. Nur dem Umstande, daß Hausbewohner noch rechtzeitig die Feuerwehr alarmierten und diese auch sofort zur Stelle war, ist es zu danken, daß die Kinder noch lebend aus der Erde, in die sie sich vertrocknet hatten, gerettet werden konnten.

Der Virus Busch soll in die Hände des Herrn Schumann übergehen. Bekanntlich wird der Virus Schumann an ein Konsortium übergeben unter Direktor Reinhardts Leitung.

Vorort-Nachrichten.

Neukölln.

Aus der Krankenhausdeputation. Vom Vorsitzenden wird mitgeteilt, daß im städtischen Krankenhause in Dudow nach erfolgter Inbetriebnahme der Neubauten und nach erfolgtem Umbau der Leitungsverhältnisse in eine Station für Schwerkranken jetzt einschließlich der Baracken Platz für 712 Betten ist und daß außerdem folgende Räume vorhanden sind: 34 Zimmer für Ärzte, 96 Zimmer für Schwestern und 97 Zimmer für Beamte und Personal und daß der Umbau des Isolierpatillons V zur Quarantänestation beendet und diese Station in Betrieb genommen ist. — Die für die städtische Ambulanz am Buschtrug aufgestellte Wartehalle soll abgerissen und auf dem Krankenhausgrundstück als Geräteraum ausgebaut werden.

Schöneberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Zunächst fand die Einführung des Stadt. Kucjorra statt, der an Stelle des verstorbenen Dr. Mohs gewählt wurde. Hierauf folgte die Stadtberatung der Sparkasse, und teilte der Rammereit R a c h o w i c z mit, daß der Stand der Sparkasse ein außerordentlich günstiger ist und eine Erhöhung des Zinsfußes auch für Schöneberg stattfinden kann. Eine diesbezügliche Vorlage wird alsbald den Stadtverordneten zugehen. Der Etat wurde dem zuständigen Ausschuss überwiesen. Alsdann wurde die Mittelung entgegengenommen von der Amtsniederlegung des Stadtrat. Franke, dem Herausgeber der „Sozialen Praxis“ und Degeneranten des städtischen Arbeitsamtes. Seiner Initiative ist es zu danken, daß die Grundzüge der Arbeitslosenordnung eine Auslegung erhielten, die meistens zugunsten der Antragsteller ausfiel. Prof. Dr. Franke verwalktete sein Amt nicht ganz drei Jahre, mithin hatten die Stadtverordneten ebenfalls über die Amtsniederlegung zu beschließen. Ein Ausschuss soll mit der Neuabfassung der Arbeitlosenordnung beauftragt sein.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht: Der Magistrat wird ersucht, zu veranlassen, die große Zahl der hiesigen Arbeitslosen zu vermindern, indem in den städtischen Neubauten — neues Rathaus, Mädchenschule usw. — die Zahl der Arbeitenden vermehrt wird, damit die erforderlichen Arbeiten allgemeiner in Angriff genommen und mehr gefördert werden können.

Genosse Küter begründete den Antrag dahin, daß die Zahl der Arbeitslosen gestiegen sei und täglich sich vermehrt. An ein Einsetzen der Arbeit sei vorläufig nicht zu denken. Die Stadtverwaltung sei verpflichtet, einzugreifen. Die günstigste Gelegenheit böten die städtischen Bauten. Der Bürgeraal sowie der Rathauskeller im neuen Rathaus liegen seit Wochen still, das Gerüst sei aufgestellt, aber Leute würden nicht beschäftigt. Später würden Lieferungen geschickt. Eine weitläufige Bauleitung wisse, was jetzt unbedingt zu tun sei. In der Mädchenschule könnte mit den weiteren Arbeiten begonnen werden. Für die Schlossbrauerei soll ein Saal gebaut werden. Das Geld liege seit langem bereit. Der Magistrat lege dem ruhig zu.

Stadtbaurat G e l l e n g meinte, der Dringlichkeitsantrag sei bereits überholt, da beide städtische Bauten am 1. April nächsten Jahres fertig werden. Mit den Maler- und Fußbodenarbeiten könne augenblicklich noch nicht begonnen werden, da die Räume erst austrocknen müssen und die Mittel für Trockenheizung kürzlich erst bewilligt wurden. Die künstlerische Ausgestaltung des Bürgeraales und des Rathauskellers könne erst später erfolgen. — Genosse Küter betonte, daß es ausgeschlossen sei, daß derartige große Räume im hohen Zustand auf Jahre hinaus hielien können. Wenn der Rathauskeller einen gut situirten Pächter bekommen soll, dann könne mit dem Renovieren nicht bis zum Einzug derselben gewartet werden, auch mit den Arbeiten im Bürgeraal könne begonnen werden. Eine Auskunft über die Bauten auf dem städtischen Brauereigelände sei bisher nicht gegeben. Genosse G o f f m a n n bemängelte, daß die ordnungsfähigen Arbeiter so wenig berücksichtigt werden. Arbeit sei schon da, aber aus Sparsamkeitsrücksichten würden die Aufträge künstlich zurückgehalten. So seien auch in der Parkverwaltung mehrere Arbeiten auszuführen. Viele Klagen würden erhoben über die rigorose Abfertigung und Behandlung des Arbeitsvermittlers. So erhielten jüngst mehrere Handwerker eines größeren Betriebes ihre Papiere zurück mit der Begründung, es sei wenig Arbeit vorhanden, im Arbeitsamt erhielten die Betroffenen keine Unterstufung, weil ihnen gesagt wurde, sie brauchten nur auszufragen und da gäbe es keine Arbeitslosenunterstützung. Der zuständige Verband zahlte jedoch und erkannte somit die Veranlassung der Arbeitslosen an. Das seien unangehörige Zustände. — Genosse O b s t bedauerte, daß die hiesigen Vertreter dieser Frage so wenig Aufmerksamkeit entgegenbrächten, das liege die Meinung ausstauend, daß nach Ansicht dieser eine Arbeitslosigkeit gar nicht existierte. Es könnten noch viel Arbeiter eingestellt werden, vieles sei noch nachzuholen. Aber je größer die Arbeitslosigkeit um so billiger die Arbeitskräfte, schmeiche die Bauleitung zu denken. Von der Kommune müsse man den guten Willen verlangen. Die Wehrzahl der Anwesenden jedoch schienen sich den Teufel um die Arbeitslosigkeit zu kümmern.

V a n b e r g (lib.): Wie stimmen dem Antrag zu, daher sind die unberechtigten Angriffe überflüssig und müssen zurückgewiesen werden. Gerade die Liberalen haben die Arbeitslosenordnung mit geschaffen helfen. — J a g o w (Fr. Zeit.): Die Arbeitslosigkeit treffe

den Arbeiter sowohl wie auch den Unternehmer. Daher wäre zu wünschen, daß das Schloßbrauereiprojekt endlich vorgelegt werde, denn in den Bureaus müsse doch auch Arbeitslosigkeit herrschen. — Genosse O b s t geteilte die Schereisen, die dem Unterstufungsnachschubenden auf dem Arbeitsamt gemacht werden. Die Nachforschungen, ob jemand aus der Arbeit freiwillig ausgetreten oder entlassen worden ist, würden mit peinlicher Sorgfalt geführt, und in den allermeisten Fällen würden die betreffenden abgewiesen. Oberbürgermeister Dominikus erklärte, daß, wenn jemand aus der Beschäftigung ausscheide, dann gemäß der Ordnung keine Unterstufung gewährt werden könne. Diese Ordnung sei von allen Parteien angenommen worden. Wenn es sich um den Beamten handele, dann müsse Material eingebracht werden, um denselben zur Rechenschaft ziehen zu können.

Genosse R o h s meinte, manche Bestimmungen würden in recht harter Weise ausgelegt, man könne auch loyal verfahren. Arbeiter könnten auch in anderen Verwaltungen eingestellt werden, ganz besonders in der Straßenreinigung, dort fehlten Arbeiter. Die Gruppen seien bis heute nicht ergänzt worden. Auf der einen Seite richte man Unterstufungslisten ein, aus denen nichts gezahlt wird, auf der anderen Seite müsse man an Leuten sparen, da sei kein Geld vorhanden.

Veine (lib. Frak.): Die Arbeitslosenordnung ist einstimmig angenommen worden und in der Arbeitsamtsdeputation da stimmen alle immer überein. Für die Arbeiter wird alles getan, aber für den kaufmännischen Angestellten, da hat die Sozialdemokratie nichts übrig. Es werden daher Behauptungen aufgestellt, die nicht stimmen.

Genosse Küter wandte sich gegen die Ausführungen des liberalen Redners. Als die Arbeitslosenordnung zur Beratung stand, da sei die sozialdemokratische Fraktion die einzige gewesen, die Verbesserungsvorschläge brachte, vom Magistrat wurden die meisten Anträge bekämpft und die Liberalen lehnten jede Verbesserung ab. In der Arbeitsamtsdeputation herrsche nur in untergeordneten oder gleichgültigen Fragen Übereinstimmung, dagegen wenn Beschwerden oder Ansprüche vorlagen, dann wurden wir stets niedergestimmt, abgesehen von einigen wenigen Fällen. Auch dem Kaufmannstande sei stets Rechnung getragen worden, denn der größte Teil gehörte dem Proletariat an trotz seines hohen Stehtragens, auch die Gewerkschaften täten das übrige.

Hierauf wurde der Dringlichkeitsantrag einstimmig angenommen und eine von der Gewerkschaftskommission eingereichte Petition dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen. Alsdann folgte geheime Sitzung.

Die Gewerkschaftskommission hatte in ihrer letzten Sitzung die notwendigen Vorbereitungen für die vor der Tür stehenden Wahlen, Wahlen und Gewerkschaftswahlen zu erledigen. Für die Krankenlaffenwahlen steht noch kein bestimmter Termin fest, doch dürften dieselben im Monat Januar stattfinden. Die Gewerkschaftswahl findet am 24. Januar 1914 statt; die Kandidaten hierfür sind aufgestellt. Genosse W a r d i n gab hierauf den Tätigkeitsbericht des Gewerkschafts.

Die Zahl der im Jahre 1912 anhängig gemachten Klagen betrug 816. Dazu kommen 81 aus dem Vorjahre unerledigt gebliebene Streitfälle; zuridgenommen wurden 23, so daß im ganzen 824 Streitfälle zu erledigen waren. Die Zahl der Fälle hatte sich gegen das Vorjahr um 81 erhöht. Die Anstaltsstelle wurde 48mal in Anspruch genommen.

Genosse W a r d i n führte noch an, daß an den städtischen Bauten, z. B. am Rathaus sowie der Mädchenschule, noch ein gut Teil Arbeit auszuführen sei. Er empfahl daher, an den Magistrat eine Petition zu richten, in welcher um Beschleunigung der Arbeiten ersucht wird. Dem wurde zugestimmt. Genosse B e t t i erwiderte alsdann die Anwesenden, die Veranstaltungen der Jugendlichen besser zu besuchen und dafür Propaganda zu machen. Am Sonntabend, den 6. Dezember, findet in der Schlossbrauerei ein Theaterabend statt, in dem das Stück „Die Schiffbrüchigen“ gegeben wird. Die Kommission war diesmal voll vertreten.

Steglitz.

Sic transit gloria mundi! (So vergeht die Herrlichkeit der Welt.) Der immerhin seltene Fall, daß ein Denkmal auf Abbruch verkauft wird, bevor es vollendet ist, wird in unserem Dorf Ereignis. Seit langen Jahren thront ein auf dem höchsten Punkte der Bismarckstraße, die das Gebiet der „Rauhen Berge“ durchschneidet, ein laubentblätterter mächtiger Granitblock als dauerndes Fragezeichen für alle Spaziergänger, die sich in diese selbst bis heute noch recht stille Gegend verirren. Der einsame Wanderer umfreite meist den massigen Bänken, um dann kopfschüttelnd seinen Weg fortzusetzen, denn nichts war zu entdecken, was über den Zweck dieses Denkmals, das nur aus einem Sockel bestand, Aufschluß hätte geben können. Fragte man aber einen Steglitzer, so bekam man auch nur ein Achselzucken als Antwort. Soviel steht aber fest, daß es ein regelrechtes Bismarck-Denkmal werden sollte, aber aus mangelnder Opferwilligkeit unserer Patrioten nicht geworden ist. Nunmehr soll der Granitblock, der in mehrfacher Hinsicht ein „Stein des Anstoßes“ geworden ist, aus dem Wege geräumt werden. Der Gemeindevorstand macht bekannt, daß „der in der Bismarckstraße vorhandene massive Denkmalssockel, bestehend aus rund 14 Kubikmeter poliertem roten Granit, verkauft werden soll.“ Ob er „herrenloses Gut“, als „Zundsache“ oder sonstige in den Besitz der Gemeinde gelangt ist, sagt die Bekanntmachung nicht. Aber vielleicht kommt durch den Verkauf nunmehr endlich der ehemalige Bierkran oder dessen Erben zu seinem Gelde, denn die Fama behauptet, daß selbst dieser Sockel noch nicht einmal bezahlt sei.

Wilmerdorf.

Ueber die Erschütterung des Koalitionsrechts der Angestellten und Arbeiter durch den Hansabund sprach in einer vom Wahlverein einberufenen öffentlichen Versammlung im Stadtpark am Montagabend der Reichstagsabgeordnete Genosse Wolfgang Heine. Der Redner betonte unter anderem: Schon seit Jahren werde von bestimmten Kreisen gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter, aber für den Ausbau der Koalitionsorgane der Arbeitgeber gearbeitet. Schon in den Zeiten des Justizhausvortrags von 94 erlebten wir eine solche Aktion. Seitdem hat aber die Disziplinierung der Arbeiterklasse große Fortschritte gemacht. Wenn vor 20 Jahren bei Streiks Ausschreitungen mal möglich, so erleben wir in unserer Zeit Kien-schreitungen ohne daß ein Fall von strafbaren Handlungen vorkommt. Trotzdem werden immer wieder Angriffe unternommen. Die neue Kampfansage dieser Lage richtet sich gegen die freie, eigene Tätigkeit des gesamten Volkes, sie will das Zusammenarbeiten eines großen Teiles der freigesetzten gesunden Bürgerlichen mit der Arbeiterschaft verhindern, um desto sicherer über beide Teile beraten zu können. Die Rechtsprechung soll durch tägliche Hinweisung auf den „Terror“ scharf gemacht werden. Derselbe Staat, der bei seinen Mitgliedern Körpergeißt erwartet, zeigt auf einmal kein Verständnis für diese Erscheinung, wenn es sich um das arbeitende Volk handelt. Die Widerstandsfähigkeit der Liberalen hat abgenommen, trotzdem wir in § 153 der Gewerbeordnung schon ein Ausnahmengesetz haben, das nur gegen die Arbeiter angewandt wird. Das Koalitionsrecht ist das Grundrecht des Volkes, es gewährleistet freie eigene Verfügung, erwachenden Gemeininn. Genosse Heine zeigte an einzelnen Fällen, wie die Straflosigkeit ganz in den Dienst der reaktionären Bestrebungen tritt, so daß man einen Arbeitswägen nicht einmal beim richtigen Namen nennen kann, während die Pastoren der katholischen Kirche ungestraft mit groben Schimpfwörtern zum Wohl des liberalen Zeitungen aufrufen durften, weil nach einem Spruch des Reichsgerichtes das ihre Ausdrucksweise sei. Wenn man dann von Klassen Koalition der geistigen Arbeiter, die im Weien ihrer Arbeit liegt, die Neigung zur Eigenbrödelei, zur Vertretung persönlicher Sonderinteressen müssen überwunden werden. Sie müssen denselben

Weg gehen wie die Arbeiter, sich gewerkschaftlich organisieren und Schulters an Schulters mit der Arbeiterschaft kämpfen. Hilfe können auch die Kopparbeiter leisten, indem nicht bei den bürgerlichen Parteien, sondern nur bei der Sozialdemokratie finden.

In zustimmendem Sinne zu dem mit Beifall aufgenommenen Referat sprach Ingenieur Markwald vom Bunde der technisch-industriellen Beamten. Der Hansabund, dem sie anfangs abwartend gegenübergestanden hätten, sei nach der neuesten Wendung auch ihr Feind und sie würden den Kampf an der Seite der Arbeiter kämpfen für Koalitionsrecht und Freiheit. Auch der Kopparbeiter werde jetzt Feind, wenn er anfangs die politischen Dinge zu verfolge, das Heil nur in der Sozialdemokratie finden können. Genosse Breitheid wies darauf hin, daß es wahrscheinlich mit einem neuen Gesetz gegen das Koalitionsrecht noch eine Weile dauern wird, weil man in Ausnahmefällen ein Haar gefunden hat. Aber die Erklärung des Hansabundes sei darum gefährlich, weil nun Rechtsprechung und Polizei so arbeiten würden, daß am Ende ein eigenes Gesetz unnötig ist. Die Arbeiter müssen erkennen, um wie wichtige Dinge es sich hier handelt, eingedenk des Jenaer Parteitages, der beschlossen hat, daß die Auflosung des Koalitionsrechts ein Fall sei, in dem man zur organisierten Arbeitseinstellung greifen müsse.

Am Schluss wurde folgende Resolution angenommen: Die Versammlung protestiert gegen die fortgesetzte Verletzung des Koalitionsrechts von seiten des Scharfmacherblocks einschließlich der liberalen Hansabändler. Sie erkennt mit aller Deutlichkeit die aufreizenden Pläne, auch ohne ein direktes Ausnahmengesetz durch Rechtsprechung und Polizei die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen zu knebeln. Demgegenüber hält sie die unabhängige Agitation und Organisation für die Pflicht der Hans- und Kopparbeiter, um neben der schärfsten parlamentarischen Abwehr auch durch alle außerparlamentarischen Maßnahmen das Koalitionsrecht zu schützen und auszubauen.

Charlottenburg.

Verlegung des städtischen Wohnungsnachweises. Die Geschäftsräume des Charlottenburger städtischen Wohnungsnachweises für Kleinwohnungen befinden sich seit 1. Dezember nicht mehr Löhner Straße 8a, sondern Wilhelmplatz 1a. Die Hauseigentümer sind durch Polizeiverordnung verpflichtet, leerwerdende Wohnungen mit 1 bis 2 Zimmern sofort dem städtischen Wohnungsnachweis zu melden. Wohnungsuchende finden also bei dem städtischen Wohnungsnachweis die vollkommene, und zwar kostenlose Auskunft über vermietbare Kleinwohnungen in Charlottenburg, über deren Größe, Stockwerklage, Mietpreis usw.

Tempelhof.

Die über 1000 Jahre alte Dorfkirche an der Parkstraße, in deren Umgebung Tempelhof 600 Jahre lang seine Toten befristete und deren landschaftliche Lage trotz arger Verschandelungen heute noch Künstlern günstige Motive bietet, will den Bedürfnissen der evangelischen Kirchengemeinde nicht mehr genügen. Schon lange beschäftigt sich der Kircherrat mit dem Bau einer zweiten Kirche, die über 1000 Sitzplätze fassen, mit allen Erfordernissen der Neuzeit ausgestattet sein und ihren Platz gegenüber dem Reform-Realgymnasium an der Kaiserin-Augusta-Straße finden soll. Trotzdem die eigenen Mittel der Kirchengemeinde zu dem Bau äußerst bescheiden sind, will man ein gar prächtiges Gebäude errichten lassen, deren Kosten mit Innenausstattung über 370 000 M. verschlingen werden. Da man sich jetzt schon Beschränkungen auferlegen muß, so will man erst nach Fertigstellung dieses Baus an die Errichtung eines Pfarrergebäudes und an die Anstellung eines dritten Geistlichen denken. Nach Aufnahme einer Anleihe von 200 000 M. wird jetzt versucht, durch Kirchen- und Wohltätigkeitskonzerte eine Aufbesserung der Finanzen herbeizuführen. Außerdem tritt die Kirchengemeinde mit dem Ersuchen an die Gemeindevertretung, eine Spende aus allgemeinen Mitteln zu bewilligen, heran. Die eigenen Anhänger der Kirchengemeinde drücken den Vorschlag auf den Beutel, der bei einer großen Anzahl von Leberlaufen voll ist. Vereits die am Donnerstag stattfindende Gemeindevertreterversammlung wird sich mit dieser Spende zu befassen haben. Es dürfte nicht schwer halten, von einer Körperschaft, die ihre Existenz dem elenden Dreiklassenwahlrecht verdankt, eine solche Schenkung zu erhalten.

Am Sonntag, den 7. Dezember, nachmittags von 2 bis 10 Uhr, findet im Wilhelmshagen, Berliner Straße 49, eine Jugendschriften-Ausstellung statt, verbunden mit Ausstellung von Partei-literatur, künstlerischen Wandschmuck und Belustigungsspielen. Die Ausstellung dient in der Hauptsache dem Kampf gegen die Schundliteratur. — Von 2 bis 4 Uhr findet im großen Saale des Wilhelmshagens eine Kirchenvorlesung mit Lichtbildern statt. Zu beiden Veranstaltungen ist der Eintritt frei.

Treptow-Baumshulenberg.

Der Bildungsausschuss veranstaltet am Mittwoch, den 3. Dezember, den 4. und Freitag, den 5. Dezember, von nachmittags 4 Uhr bis abends 10 Uhr, im Lokale von W. Erbe, Baumshulenbergstraße 14, ferner am Sonnabend, den 6. Dezember, von nachmittags 4 Uhr bis abends 10 Uhr und Sonntag, den 7. Dezember, von nachmittags 10 Uhr bis abends 10 Uhr, im Lokale von S. Scholze, Gräßstraße 49, eine Ausstellung empfehlenswerter Schriften und Bücher für die Arbeiterjugend. Auch eine größere Anzahl ausgewählter vorzüglicher Künstler-Steinzeichnungen als Wandschmuck für die Arbeiterwohnung sehr empfehlenswert, sowie Unterhaltungs- und Beschäftigungsspiele für Kinder, gelangen zur Ausstellung. Die Ausstellung dient dem Kampf gegen die Schundliteratur. Der Zutritt zu der Ausstellung ist völlig kostenfrei. — Bestellungen auf die ausgestellten Bücher usw. werden in den Ausstellungslokalen entgegengenommen.

Petershagen bei Friedersdorf.

In der letzten Gemeindevertreterversammlung stand u. a. ein Antrag des Kirchenvorstandes zur Beratung, wonach die politische Gemeinde erricht wird, die Kosten in Höhe von 867,40 M. für die Reparaturarbeit an der Unfriedigungsmauer des alten Kirchhofes zu zahlen. Unsere Genossen vertreten die Auffassung, daß die kirchliche Gemeinde mit ihren Steuern einnehmen ihre Sachen selber regeln möge. Ueberdies dürfe die Gemeinde aus allgemeinen Mitteln der Kirchengemeinde keine Zuwendungen machen, ohne daß die Kirche der Gemeinde irgend einen Nutzen bringt. Da der Gemeindevorsteher sich seiner Sache nicht sicher war, so wurde auf seinen Antrag hin die Angelegenheit bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Der Antrag unserer Genossen, eine Neuwahl für den infolge Fortzugs ausgeschiedenen Genossen Kranich stattfinden zu lassen, wurde mit sieben gegen die drei Stimmen unserer Genossen abgelehnt.

Schöneiche (Nieder-Barnim).

Elektrifizierung der Straßenbahn. Nachdem die Erfahrungen dreier Jahre gezeigt, daß die mit Benzol betriebenen Maschinen nicht den Erwartungen entsprochen haben und einen gerodigten Verkehr nicht zuließen, hat sich jetzt die Gemeindevertretung veranlaßt gesehen, die Elektrifizierung der Straßenbahn zu beschließen. Gedrängt wurde die Vertretung zu diesem Beschluß auch erst wieder durch die Gemeinde Kriebitzsch, die mit ihren neuen Benzolwagen durch die Gemeinde schlechtesten Erfahrungen gemacht hatte, mehr- fach ihre Maschinen auslefen und den Fahrplan ändern mußte. Klärtend war hierbei noch, daß der zum Antrieb der Maschinen dienende Brennstoff außerordentlich im Preise gestiegen ist, und zwar beinahe um das Doppelte, von 14 Pf. auf 28 Pf. pro Liter seit dem Jahre 1910. Die Arbeiten sollen so beschleunigt werden, daß der elektrische Betrieb vom 1. April 1914 ab durchgeführt werden kann. Hoffentlich hat dann die Verkehrsämtere ein Ende.

Weißensee.

Aus der Gemeindevertretung. Auf dem Kiebelgute Kirchholz sind größere Kiesberge entdeckt worden; um den Kies eventuell gewerb-

lich auszunutzen, soll derselbe auf Salpetergehalt untersucht werden, wozu 450 M. bewilligt wurden. Die Fischlinie in der verlängerten Längsrichtung wurde so geändert, daß bei einer späteren Bebauung mehr Grünflächen vorsehen sind. Für eine Wohnungswirtschaft wurden 1000 M. bewilligt. Die rege Bautätigkeit in unserem Ort hat einen Ueberfluß von Wohnungen in jeder Größe geschaffen; es soll daher in Berliner Zeitungen inseriert und zugleich auf die bestehenden Einrichtungen der Gemeinde hingewiesen werden. Ein von unseren Genossen gestellter Antrag, auch den „Vorwärts“ zu berücksichtigen, fand keine Gegenliebe. Es soll nur in „unpolitischen“ Zeitungen inseriert werden. Für das Realgymnasium wurden zwei Oberlehrer- und eine Hilfslehrerstelle bewilligt. Den übrigen Teil der Sitzung nahm die Angelegenheit der Weisenjer Bank in Anspruch.

Fichtenau. Eine Jugendchriften- und Wandstichausstellung findet am Sonntag, den 7. Dezember, von mittags 12 Uhr bis abends 6 Uhr, in Hannemanns „Gesellschaftshaus“, statt. Der Eintritt ist für jedermann frei. Nachmittags 3 Uhr findet in demselben Lokal eine öffentliche Versammlung statt mit der Tagesordnung: „Jugendchriften und Wandstich in proletarischem Heim“. Die Arbeiterschaft von Fichtenau und Umgegend ist hierzu eingeladen.

Schöffenswahl. An Stelle des verstorbenen Schöffen Hörster wurde am Montag der Gemeindevorsteher Kleszczyński mit neun Stimmen gewählt; drei Stimmen erhielt der vom Gemeindevorsteher besonders protegierte Hauptmann A. D. Dobbers.

Potsdam. Die letzte Stadtvorordnetenversammlung hatte sich unter anderem mit einer Eingabe der Potsdamer Arbeitslosen zu befassen. In dieser Eingabe wird der Magistrat an sein bisher nicht eingelöstes Versprechen, Notstandsarbeiten in Angriff nehmen zu wollen, erinnert. Ferner wird in der Eingabe, die sowohl dem Magistrat wie den Stadtvorordneten zugestellt worden ist, auf das Bestreben der städtischen Körperschaften, städtische Arbeiten nur bei Potsdamer Gewerbetreibenden ausführen zu lassen, hingewiesen und erklährt, daß gleiche Entgegenkommen auch den Potsdamer Arbeitern gegenüber zu betätigen und darauf zu achten, daß dabei tarifmäßige Löhne gezahlt werden. Bei der Rohrlegung vom Schlachthof nach Tempeln, einer Arbeit, die vom Magistrat einer Schöneberger Firma übertragen ist, wurden nämlich die Potsdamer verheirateten Arbeiter entlassen und durch billigere, außerhalb wohnende ersetzt. Der Stadtvorordnetenvorsteher Vofse fand es nicht für notwendig, den Inhalt der Eingabe zur Kenntnis der Stadtvorordneten zu bringen, sondern will dieselbe dem Magistrat zur Berücksichtigung überweisen, trotzdem der Magistrat dieselbe Eingabe bereits besigt. Der Stadtvorordnete Krenne gab die Veranlassung, daß der Magistrat schon jetzt seine Stellungnahme zu der Eingabe einigermassen erklärte, indem er anfragt, ob es wahr sei, daß bei den in Aussicht genommenen Notstandsarbeiten nur ungelernete Arbeiter beschäftigt werden sollen, weil die anderen sich so viel im Sommer verdienen können, daß sie sich im Winter über Wasser halten können. Der Stadtrat Krause erklärte hierauf namens des Magistrats, daß mit den Notstandsarbeiten am 1. Dezember begonnen werden solle und daß in erster Linie verheiratete Personen beschäftigt werden sollen, die ohne eigenes Verschulden arbeitslos geworden seien. Aufgeschlossen von der Arbeit seien die sogenannten Sommerarbeiter, die man eben so erziehen müsse, daß sie ihren Sommer verdienen könnten auf das ganze Jahr berechnen. Jeder, der sich zur Arbeit meldet, erhält einen Schein, mit dem er sich zum Armenvorsteher begeben muß, welcher erst zu prüfen hat, ob alle Voraussetzungen zutreffen. Dem Notstandsarbeiter soll pro Tag 2,50 M. gezahlt werden. Steinechlagen werde in Accord vergeben und es sei hierbei ein höherer Verdienst zu erreichen.

Diese Erklärung des Magistratsvertreters beweist die soziale Mäandigkeit dieser Herren. Wer soll denn heute noch selbstverschuldet arbeitslos werden? Weiß man denn auf dem Potsdamer Rathaus noch nicht, wo die Ursachen der Arbeitslosigkeit zu suchen sind. Man sollte sich einmal mit den Potsdamer Gewerkschaftsführern in Verbindung setzen, von denen die nötige Aufklärung gegeben werden könne. Da kann man gleich erfahren, daß im Sommer viele Sommerarbeiter nur 8 bis 10 Wochen beschäftigt gewesen sind und daß es ein Lindling ist, diesen Verdienst auf 52 Wochen zu verrechnen. Die Kontrolle beim Armenvorsteher bedeutet nichts weiter als eine unendliche Scherelei, welche verhindern soll, daß sich jubelnde Arbeitslose melden. Der Stadtvorordnete Wallbaum, der seinerzeit den armen Leuten geraten hatte, sich Kalb anstatt Fleisch zu kaufen, tritt noch immer den Standpunkt, wer arbeiten will, der findet auch Arbeit, aber viele wollen eben nicht arbeiten, denn keine Aufwärterin habe es ihm erzählt, daß im Hause Mittelstr. 12 ein Roumer wohnt, der fast den ganzen Sommer nicht gearbeitet habe, trotzdem ihm Arbeit mit 45 Pf. pro Stunde angeboten worden sei. Der Stundenlohn in Potsdam beträgt für Maurer 68 Pf.; wenn der Mann Maurerarbeiten für 45 Pf. ausführen soll, so fällt er seinen Kollegen in den Rücken. Zu beurteilen ist aber der Unternehmer, der die Kostlage der Arbeitslosen dazu benutzt, weit unter Tarif zu zahlen. Dasselbe gilt auch von dem Magistrat, der den Notstandsarbeitern nur 2,50 M. pro Tag gibt. Die Arbeitslosen haben also seitens des Magistrats so gut wie gar nichts zu erwarten, zumal nur ungelernete Arbeiter beschäftigt werden sollen, während die große Mehrzahl der Arbeitslosen einen Beruf hat.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen. Adlershof, Morgen Donnerstag, abends 6½ Uhr, im Sitzungssaal des Gemeindevorsteheramts I, Bismarckstr. 1. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Der Verkauf von russischem Fleisch und ein von unseren Genossen eingereichter Dringlichkeitsantrag betreffend „Gewährung einer Unterstützung an die beschäftigten Arbeiter.“

Kantowitz. Morgen Donnerstag, den 4. Dezember, abends 6 Uhr, im Rathauskaffee. **Fichtenberg.** Morgen Donnerstag, den 4. Dezember, abends 6 Uhr, im Rathauskaffee, Möllendorferstraße 6. **Hoyenthal.** Morgen Donnerstag, den 4. Dezember, abends 6 Uhr, in der Aula der Gemeindegemeinschaft, Schildergasse. **Tempelhof.** Morgen Donnerstag, den 4. Dezember, nachmittags 6½ Uhr, im Gemeindevorsteheramt, Dorfstr. 42.

Frauen-Leseabende. **Karlshorst.** Heute Mittwoch, 8½ Uhr, bei Voser, Dönhofsstr. 8: Vortrag der Genossin Jährenwald „Bürgerliche und proletarische Frauenbewegung.“

Jugendveranstaltungen. **Neußlln.** Heim 1, Ideal-Passage, heute Mittwoch, Vortrag der Frau Käthe Dunder über „Maturfermentis“. **Charlottenburg.** Der zweite Vortrag des Herrn Köster über das Thema: „Was wissen wir von dem Entzünden und Vergehen des Weltalls“ findet am kommenden Donnerstag, den 4. Dezember, abends 7½ Uhr, im Jugendheim, Kottbuscherstr. 3, Seitenflügel statt. **Freitag,** den 5. Dezember: Mädchen-Abend. **Samstag,** den 7. Dezember, nachm. 3½ Uhr: Referat und Konversation über das Thema: „Jugend und Sport“. **Donnerstag,** den 11. Dezember, abends 8 Uhr: Vortrags- und Reglements-Abend. Herr Simon Rosenfeld spricht über: „Proletarische Reglements“. **Jugendausflug nach Briss.** Donnerstag, den 4. Dezember, findet der zweite Vortrag unseres Jüdischen Wandpunkt in der neueren deutschen Geschichte statt. Vortragender Herr Schäfer.

Lehr- und Diskussionsklub „Ludwig.“ Heute Sitzung Görlitzer Str. 58 bei Reichardt. Vortrag: Götze willkommen.

Eingegangene Druckchriften.

Reclams Universalien. Heft 9. illustrierte Wochenzeitung. 35 Pf. W. Reclam jun., Leipzig. **Gründerschau der technischen Privatgesellschaften.** Referat, erstattet von Dipl.-Ing. E. Kortendach. Industriearbeiter-Verlag Berlin NW, 52, 20 Pf. **Der Polizeibeamte und andere Kriminalgeschichten.** Von Hans Sgan. 20 Pf. (Kürschners Bücherkassette 223). H. Sgan, Berlin W. 9. **Zur russischen Geschichte und Religions-Philosophie.** Soziologische Essays. 1. Bd. Von Th. G. Schatzky. 24 R., geb. 28 R. E. Weidmann, Jena. **„Cu-Bo.“** Ein neues Spiel, herausgegeben vom Erfinder des Falkenplans. Erhältlich in drei Ausgaben. 1,50 M., 2,25 M. und 3,50 M. G. Weise, Stuttgart. **Weihnachtsfeier.** Programmbeispiele und Ratighlä zur Anfertigung von Christbaumkugeln. 50 Pf. Wilmowsky-Stiftung, Osterburg a. d. Saale. **Unser Richter und die Rechtsprechung.** Von Dr. J. Ernst. 1 R. D. Graflauer, Leipzig. **Berliner Gemeinderat.** 2. B. Beamten- und Angestelltenrecht. Herausgegeben vom Magistrat. Geb. 5 R. J. Springer, Berlin. **Der Unternehmer im Rahmen des Wirtschaftsverbandes.** Von Dr. R. Kögel. 5. Auflage. München. **Raja, die schöne Schutzmannsfrau.** Groschenroman von Rymona. 202 S. Verlag der Weichen Bücher, Leipzig. **Das Asthma und die bronchialen Katarthe.** Neue Wege zu ihrer Beseitigung und Heilung von Dr. med. J. Dumfries. 50 Pf. Volkshygiene und Medizin, Berlin SW 68. **Liebe und Ehe in der arbeitenden Klasse.** Von Joh. Jersch. Dramenverlag, Oranienburg b. Berlin. 1,20 M.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn über Treppen - Fahrstuhl - wochentags von 4¼ bis 7¼ Uhr abends, Sonnabend, von 4¼ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Auftrag ist ein Bescheid und eine Zahl als Kennzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abnommensignatur beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Kluge Fragen trage man in der Sprechstunde vor. **Fragebau 25.** Stützungsdeputation des Magistrats, Poststr. 16. Alles Nähere daselbst. - **P. N. 4.** Ihr Mann tut gut, seiner Organisation davon Mitteilung zu machen. - **S. R. 100.** Private Unternehmen empfehlen wir nicht. - **Fr. Sp.** Siehe Adressbuch Band II, Teil II, S. 277. - **Emmi 5.** In Erfahrung bei R. Danien, Berlin, Köpenickerstraße 108. - **R. P. 31.** Galtel. - **M. P. 34.** Verein der Rentierfrauen für Feuerbestattung, Gehirnschlische bei Jermala, Berlin, Urbanstr. 6. - **D. R. 17.** 1. Nicht unter 20 und nicht über 30 Jahre. 2. Rein. 3. Na. 4. und 5. Kurzus in der Ehezeit vom 1. Oktober bis Ende März. Meldungen zur Erlangung eines Prüfungszeugnisses bei dem zuständigen Kreisarzt und demnach bei dem Königl. Polizeipräsidenten. - **B. 16.** Fragen Sie bei der Stützungsdeputation des Magistrats, Poststr. 16, an. - **S. Z. 30.** Die Kündigung erweist sich unwirksam. Sie hätten dem Brief an den Eigentümer richten müssen. - **G. R. 6998.** 1. Die bürgerlichen Ehrenrechte dürfen nicht aberkannt sein. 2. Na. - **G. Z. 1914.** 1. 9 Teile Gold, 1 Teil unedles Metall. 2. Rein. 3. Na. - **H. Z. 44.** 1. Scheint ein ärztlicher Hausarzt zu sein, ist aber unrettbar wiedergegeben. Bestimmen Sie einen Arzt. 2. u. 3. Es ist zweckmäßiger, die Erklärung bei einem zur Führung eines öffentlichen Amtes berechtigten Beamten, z. B. Polizeivorsteher, abzugeben. 4. Ihre Adresse genügt. - **Zwei Fragen.** Ihre Schwester hat Anspruch auf Entschädigung für den ganzen Monat. Klagen Sie beim Amtsgericht. - **H. R. 63.** Die Wäsche müssen Sie hingeben, jedoch sind Sie zur Uebergabe erst verpflichtet, wenn Sie brieflich ist. - **H. Z. 6.** 1. Es muß erst Befreiung vom Eheverbot erfolgen. 2. Antrag ist an das Landgericht, welches die Ehe geschlossen hat, zu richten. - **P. R. 100.** Wenn Sie sofort, nachdem Sie Kenntnis von dem tatsächlichen Wert erhalten haben, den Gegenstand zurückgefordert haben, wäre eine Klage auf Herausgabe nicht aussichtslos. - **S. 701.** 1. Bis jetzt ist eine solche Bestimmung noch nicht beschlossen. 2. Für den Fall der Einberufung ja. - **D. R. 76.** Ja, die Steuer ist auch richtig veranlagt. - **Zt. 50.** 1. Ihre Frau ist versicherungspflichtig. 2. Die Höhe der Beiträge ergibt das Kassenbuch. - **W. 9.** Friedrichsfelde. Rein. - **Genosse 113.** 1. bis 4. Nach § 27 der Gewerbeordnung ist der Betrieb genehmigungspflichtig. Der erlassene Bescheid der Polizeibehörde und des Landrats genügt nicht. Die Ortspolizeibehörde - das ist der Amts-vorsteher - ist verpflichtet, die Angelegenheit dem Bezirksamt zu unterbreiten. Entscheidet der Bezirksamt sich für Ihren Ungunsten, so können Sie innerhalb 14 Tagen Beschwerde an den Minister für Handel und Gewerbe einreichen. 5. Der Nachbar könnte nur Klage beim ordentlichen Gericht erheben. 6. Die Genehmigung ist noch erforderlich. - **J. R. 33.** Bei dem Versicherungsfall handelt es sich um eine Versicherung gegen die Folgen des Alters und der Invalidität. Eine Erlangung der Hälfte der eingezahlten Beiträge an weltliche Angestellte erfolgt nur dann, wenn mindestens 60 Beitragsmonate geleistet sind. Die Erlangung solcher Ansprüche geht über die Befreiung von Steuern hinaus. 7. Die Erlangung dieser Ansprüche bedingt keine besondere Konzession. Nur wenn es sich um giftige Stoffe handelt, sind bestimmte ortspolizeiliche Vorschriften vorhanden. 2. und 3. Eine gesetzliche Verpflichtung besteht für den Unternehmer nicht. - **R. P. 17.** 1. und 2. Na. - **H. Z. 93.** 1. Die Steuer ist durch das Wehrvertragsgesetz eingeführt. Bei der Feuerversicherung sind jedoch 10 Pf. zuviel erforderlich. 2. Ja. 3. Im Rahmen des Briefkastens nicht zu erörtern. Der Begriff ist vor kurzer Zeit aus Anlaß des Mordmordprozesses bekannt worden. - **G. C. 39.** 1. Rein. 2. Zunächst Sühneverfahren vor dem Amtsgericht, in dessen Bezirk der Ehemann wohnt. Abdann Erhebung der Scheidungsklage durch einen Rechtsanwalt. - **P. Z. 100.** 1. Ja, durch Lehrer, welche die staatliche Prüfung abgelegt haben und zum Erlaßunterricht zugelassen sind. 2. Rein, jedoch könnte eventuell das Vormundschaftsgericht nicht eine solche Anordnung erlassen. - **V. 100.** Der Betrag von 15 M. würde voraussichtlich auch vom Gericht festgesetzt werden. - **W. Z. 10.** Das ist ein Artium. - **P. Z. 760.** Sie haben keine gesetzliche Verpflichtung, das Engagement vor Ablauf der vertraglichen Zeit anzugeben. Unter Zugrundelegung Ihrer Sachdarstellung können wir auch nicht einsehen, daß Sie eine moralische Verpflichtung dazu haben. - **W. 7.** An die Armenverwaltung Reußlln, Berliner Str. 62/64 (Rathaus). - **P. Z. 128.** 15½, Proj. - **W. 3.** Bläserstraße 61. Dr. Jabel, Dresdener Str. 109; Dr. Wehl, Voßtr. 67. - **Hauptreferat.** Dich und mich ist richtig. - **P. Z. 70.** Unterleibsentzündung. **H. R. 8.** Vertragen Sie sich nur ganz dem Arzt an. Spezialärzte finden Sie im Adressbuch II. Teil. - **R. W. 128.** Auch Sie müssen einen Krug zu Rate ziehen. - **S. P. 100.** 1. Bürger-Stiftungsanstalt Berlin, Große Präsidentenstraße 7 (4-6); 2. Friedrich-Wilhelms-Stift für Arbeitslose; 3. v. Weidner-Erfindung, Letztere beide im Berliner Rathaus (3-5). -

Witterungsüberblick vom 2. Dezember 1913.

Stationen	Wetter	Temperatur in Grad C	Stationen	Wetter	Temperatur in Grad C
Swinowide	757	4,5 bis 10	Dabrand	731	3,5 bis 10
Dabrand	760	5,5 bis 11	Petersburg	730	3,5 bis 10
Berlin	762	4,5 bis 10	Saale	767	4,5 bis 10
Frankf. a. M.	767	1 Punkt	Udresen	766	3,5 bis 10
Rüchsen	769	4,5 bis 10	Paris	760	3,5 bis 10
Bien	765	2,5 bis 8			

Wetterprognose für Mittwoch, den 3. Dezember 1913.
Zunächst kühl, später wieder ziemlich mild, zeitweise heiter, aber veränderlich mit geringen Niederschlägen und lebhaften westlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 12. 12. 11.	Wasserstand	am 12. 12. 11.
am 11. 12. 11.	am 11. 12. 11.	am 11. 12. 11.	am 11. 12. 11.
Remel, Elbt	85	Saale, Großsch.	108
Regel, Uckermark	85	Davel, Osnabrück	60
Weiße Elster, Thom.	180	Rathenow	17
Oder, Ratibor	276	Spreewald, Spreewald	32
Elbe, Köpenick	160	Beetzow	88
Frankfurt	168	Weiser, Müritzer	164
Bärte, Schrum	100	Radon	251
Walden, Landsberg	64	Rein, Ramin	446
Reze, Borsdamm	7	Reze, Ramin	244
Elbe, Zeitmerich	99	König	270
Dresden	-64	Redar, Gelldron	137
Barbo	137	Rain, Danau	164
Ragdeburg	92	Wolff, Elster	122

) + bedeutet Hoch, - Fall, - Unterpegel.

Wartstoffe von Berlin am 1. Dezember 1913, nach Ermittlungen des Igl. Polizeipräsidenten. Reis (misch), gute Sorte 16,00-16,90, mittel 00,00-00,00, geringe 00,00-00,00. Reis (rund), gute Sorte 14,70-15,00, nichtroh 0,00. Den. 0,00-0,00. **Wartstoffpreise.** 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00-35,00. Speisebohnen, weiße 35,00-40,00. Linsen 38,00-40,00. Kartoffeln (Kleinst.) 4,00-7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Waage 1,60-2,40. Rindfleisch, Schlachtkühe 1,30-1,80. Schweinefleisch 1,40-2,00. Rindfleisch 1,40-2,40. Hammelfleisch 1,50-2,40. Butter 2,40-3,00. 60 Stück Eier 4,40-7,20. 1 Kilogramm Karotten 1,00-2,40. Kafe 1,60-3,00. Kander 1,40-3,20. Feige 1,30-2,40. Banane 1,00-2,00. Schokolade 1,60-3,20. Blei 0,80-1,40. 60 Stück Stroh 1,00-3,00.

Ich soll doch noch etwas mitbringen?

Rauer's Mischungen

Marke Gelb: pro Pfund m. 1.00
Ja, das war's!

Bitte probieren Sie:
Rauers feinste Mischung
pro Pfund 1,10 Mark.
Rauers Marke weiß
pro Pfund 80 Pfennig.

Kaffee-Rösterei Rauer & Co.
Spezialgeschäft mit Kaffee-Eismischungen, bestehend aus Bohnenkaffee mit bewährt. KaffeEZusatzstoffen
Nur C 54, Neue Schönhäuser Str. 3.
Wir bitten, auf die Hausnummer achten zu wollen, da wir weder Filialen noch Niederlagen unterhalten.

Sie fühlen sich wie neugeboren, wenn Sie

Milo - Schnupftabak
schnupfen.

Berliner Lotterie
Flieger-
3460 Gewinne im Werte von Mark
45 000
10 000
5 000
Hauptgewinne:
50 Pf. **11 Lose a. ver. 5 M.**
Preis und Liste 30 Pf. extra.
H. C. Kröger
BERLIN W 3, Friedrichstr. 193a.
Erlaubt auch in allen durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen.

General-Vertrieb für Deutschland
S. Rund
Zigaren- und Tabak-
General-Agenturen
Berlin, NW 87, Tel. Roabit 8157.

LYSOFORM

in geringer Menge dem Waschwasser zugesetzt, gibt ein erprobtes Haarwasser, das in seiner Wirkung die teuren Spezialitäten weit übertrifft. Grüne Flaschen in weißer Hülle von 65 Pf. an.

Stoffe

für eleg. Maßanzüge,
Paletots Meter M. 5, 7, 9
Kostüm- und
Misterstoffe Mtr. M. 3, 4, 5
Persianer imit. 130 cm br. M. 7⁵⁰ 9⁵⁰
Plüsch prima Qual. Meter M. 15
Seiden-Seal Fel... Meter M. 15
Astrachan, Fatter Meter M. 4⁵⁰ 6⁵⁰
Tuchinger Koch & Seeland G. m. b. H. vis-à-vis der Gertrandenstr. 20/21 Petrikirche.

Möbel-Ausstellung

Anstellung von neuesten Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen i. schlichter gediegener Geschmackrichtung unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Kommission für vorbildl. Arbeiterwohnungen in Hoffner's Möbel-Engroshaus
Berlin N. 201, Veteraniinstr. 11, 12, 13.
Besichtigung frei.
Abgabe der kompl. Einrichtungen sowie einzelner Stücke zu ganz mäßigen Preisen.

Heines Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Zur „Hibernien Hochzeit“
unseren Genossen
Eduard Poranzke
nicht Gemahlin
die besten Glückwünsche!
Die Parteinossen
des 18. Bezirks Neukölln.

Ohne jede Anzahlung!!
Keine Pfänder, keine Katen!
Bettwäsche, Toppiche,
Portieren, Bilder, Gardinen,
Floras, Stepp- u. and. Decken.
MATZNER,
Gefelandsstraße Nr. 41.

Herren-Moden
fertig und nach Maß, wirklich
vortreffliche Ausführung. Großes
Stofflager. Monatszahlung 10 M.
Goldstein
Yorkstr. 51. Nähe Bülowstraße.

Steppdecken
größte Auswahl, billigst;
auch Anfertigen aller
Steppdecken.
Fabrik Berlin.
Wallstr. 72, zwischen Koch- u. Inselstr.
Zilauer. Preisversteigerung gratis.
Prakt. Weihnachtsgabe

Sie empfehlen jedem Zeitungsläser zur Anschaffung:
Liebkechts
Volksfremdwörterbuch
Dreizehnte Auflage.
Rein bearbeitet, berichtigt und vermehrt unter Berücksichtigung
der Nechtsprechung nach dem vereinbarten amtlichen Regelbuch.
Preis in Leinwand gebunden Mark 3,20.
Zu beziehen durch die Buchhandlung Vorwärts,
Berlin SW-68, Lindenstraße 69 (Laden). 248/13*

Tausende befreit!
Bandwurm
mit Kopf (Spul u. Madenwürmer)
besitzt meist binnen 2 Stunden
leicht und vollständig gefahrlos
ohne Berufsstörung das voll-
kommen unschädliche natürliche
Reichel's Bandwurmmittel
Keine unangenehmen Nachwirkungen,
keine Hungerkur, nicht angriff u. ohne
Nachteil, auch wenn Bandwurm nur
vermutet wird. Einfachst Anwendung.
Für Erwachsene 2-, Kind. (Altersang.) 1/2 P.
All. echt mit Marke „Medico“, u. Namen
Otto Reichel, Berlin 43 Eisenbahnstr. 4
Wo in Drogerien nicht erhältl. disk. Zus.

Spezialarzt
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage).
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere
schmerzlose Heilung ohne Berufs-
störung. Mäßige Preise.
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)
Sprechst. v. 8-8, Sonntags 8-10.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, nicht am
Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12.

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, den 3. Dezember 1913.
Anfang 4 Uhr.
Theater des Westens. Das tapfere
Schneidelein.
Theater am Nollendorfsplatz.
Frau Holle.
Thalia. Wunderspiel.
Anfang 6 Uhr.
Eines Palast am Zoo. Varietés-
Lichtspiele.
Anfang 6 1/2 Uhr.
Eines Nollendorfs-Theater. Varietés-
Lichtspiele.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Bohème.
Kgl. Schauspielhaus. Die Kaden-
steinerin.
Deutsches. Ein Sommernachts-
traum.
Zirkus Busch. Galavorstellung.
Zirkus Schumann. Galavorstellung.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Prof. Dr. W. von Laue,
Held u. Neues über Röntgen-
strahlen und die Struktur der
Materie.
Hörsaal: Dr. W. Berndt:
Gegen Darwins Lehre.
Kammerspiele. Frühlings Er-
wachen.
Lesing. Pygmalion.
Königsgräber Straße. Die Kron-
braut.
Theater am Nollendorfsplatz. Der
Mikado.
Theater des Westens. Polenblut.
Berliner. Wie einst im Mai.
Deutsches Künstler-Theater.
John Gabriel Borkman.
Deutsches Opernhaus. Der Rosen-
kavalier.
Deutsches Schauspielhaus. Die
letzte Willkomm.
Thalia. Die Langprinzessin.
Kamdienerhaus. Hinter Mauern.
Montis Operetten. Die ideale
Gattin.
Schiller O. Wenn der neue Wein
blüht.
Schiller Charlottenburg. Die
Jungfrau von Orleans.
Residenz. Hoheit — der Franz.
Metropol. Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.
Kaffee. Ferdinand der Tugend-
hafte.
Kleines. Die Elbe.
Lustspielhaus. Die spanische Fliege.
Trionon. Seine Geliebte.
Apollo. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Eines Friedrich-Wilhelmstädt.
Die Amsel.
Herrnsfeld. Was sagen Sie zu
Rebus?
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Note. Im weißen Röhl.
Lützen. Doppelmord.
Folies Caprice. Der Kuckuck.
Walhalla. Der Liebesmord.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Rudder
Klub.
Anfang 9 Uhr.
Centralpalast. Die lustige Puppe.
Eines Nollendorfs-Theater. Varietés-
Lichtspiele.
Sternwarte. Zivaldenstr. 57-62.

Theater des Westens.
8 Uhr: **Polenblut.**
Mittwoch u. Sonnabendnachm. 4 Uhr:
Das tapfere Schneidelein.
Sonnab. Am. 3 1/2, 11: **Der liebe Augustin.**

Friedrich-Wilhelmstädt. Theater
30-31 Chausseestr. 30-31.
Operetten-Gastspiel
Juni 307. Male:
Die Kinokönigin
Operette in 3 Akten
von Georg Olshausen u. Jul. Freund.
Musik von Jean Gilbert.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Deutsches Künstlertheater
Sozialtät.
Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.
Kasse: Nollend. 1383.
Mittwoch 8 Uhr:
John Gabriel Borkman.
Donnerstag 8 Uhr:
Rose Berndt.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 182.
Im weißen Röhl.
Lustspiel in 3 Akten von
Blumenthal u. Rabelburg.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Donnerst.: **Der Melcholdbauer**
Freit.: Berlin, wie es weint u. lacht.

Eden-Palast
Kottbuser Damm 1 u. 2.
Vitascope-Theater
Rollkrug
Berliner Straße 1 u. 2.
Des
unbeschreiblichen
Riesenerfolges
wegen haben wir uns ent-
schlossen, den sensationellen
Detektiv-Schlager
Die
Krone
der
Kaiserin
von
Indien
noch weitere
4 Tage zu verlängern.
Außerdem das
glänzende
Schlagerprogramm
unter anderem
auf vielseitigen Wunsch:
Der Eid des
Stephan Huller
2. Teil.
Vorstellungen
ununterbrochen v. 6-11 Uhr.
Eintrittspreise
von 30 Pf. an aufwärts.

Residenz-Theater 8 Uhr.
Hoheit — der Franz!
Musikalische Groteske in 3 Akten von
Kurt Landberger und Emil Wolf.
Musik von Robert Winterberg.
Mittwoch 8 Uhr: **Hoheit — der Franz!**

Montis Operettentheater.
Täglich 8 Uhr: **Lehr-Novität:**
Die ideale Gattin.
Reichl u. Walfary, F. Spielmann u. G.

Lessing-Theater.
8 Uhr: **Pygmalion.**
Lustspiel von Bernard Shaw.
Theater am Nollendorfsplatz 5.
Nachmittags 4 Uhr:
Frau Holle.
Mittwoch 8 Uhr: **Mikado.**

UT
Lichtspiele
Moritzplatz
Hasenheide
Weinbergweg
18-17 (3 Min. v.
Rosenth. Tor)
Reinicker-
dorfer
Straße 14

Protea
Phantastisches Schauspiel
in 4 Akten.
Schöneberg, Hauptstr. 49
Täglich:
Das glänzende
Eröffnungsprogramm
mit
TANGO-
FIEBER
Filmburleske von
Edmund Edel u. Karl Wilhelm.
Heute 4 Uhr
Jugend-Vorstellung
in den U. T.-Lichtspielen
Kurfürstendamm 26,
Moritzplatz, Hasenheide,
Weinbergweg 18-17.

Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Seine Geliebte.
Sonnab. nachm. 3 Uhr: **Die Liebe wacht.**

Vereinigte Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater.
8 1/2 Uhr:
Hopfenraths Erben.
Volksstück mit Ges. u. Tanz in 5 Akten.

„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
Berliner Konzerthaus-Orchester. Leitung: Komponist
Franz v. Blon, als Gastdirigent Hofkapellmeister Professor
Traugott Ochs.
Musikkorps Garde-Füsilier-Regiments. Dirig. Oberm. Dippel.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen: **Gr. Nachmittags-Konzert** bei fretem
Eintritt.

Brauerei F. Happoldt Neuer Konzert-Saal
Gartenstraße 32/35 Eingang Gräfenstraße.
Spielplan der Wintersaison 1913/14.
Jeden Sonntag und Dienstag: **Großes Konzert** des Musik-
korps des G. R. u. Kgl. Obermusikmeister Max Graf. — Außerdem
Dienstag: **Bioscope-Theater.** — Mittwoch: **Alfred**
Benders humoristischer Abend.

Metropol-Theater.
Abends prägte 7 Uhr 55:
Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.

Passage-Panoptikum
50 wilde
Kongoweiber
Männer und Kinder
in einem eigens auf-
gebauten Kongodorf.
Der Froschschlucke.
Die gr. Kino-Variété-Vorstellung
von 3 (Sonntags 8) bis 11 Uhr.

die CINES Theater
Palast am Zoo
Täglich Anfang 6 Uhr.
Sonntags, 3 Uhr: **Matinee.**
Komplettes Programm grosser
Variété-Akte
sowie unsere
renommierten Lichtspiele
Preise von 65 Pfennig an.

Nollendorfs-Theater
Cleopatra
Die Herrin des Nils
Das Filmwunder der Welt
wurde mit großem
Beifall aufgenommen.
Wochentags Anfang 6 1/2 u. 9 Uhr.
Sonntags 4, 6 1/2 u. 9 Uhr.
Jugend-Vorstellung
Mittwoch und Sonnabend 4 Uhr
zu halben Preisen.

Admiralspalast.
Eis-Arena. — Allabendlich
das neue mit durchschlagendem
Erfolg aufgeführte Elaballett
Die lustige Puppe.
Beginn der Vorstellung 8 1/2 Uhr.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
halbe Kassenpreise.

Folies Caprice.
Der Kuckuck.
Anfang 8 1/2 Uhr
Manöverschwindel.
Die Samuels.

Zirkus Busch.
Heute Mittwoch, 3. Dezember,
abends 7 1/2 Uhr:
Die neue Rieser-Prunk-Pantomim:
Pompeji
in 5 Akten. Uff. Befond. hervorzuh.
Das Bachusfest. — Das große
Kampfschauspiel. — Das pompej. Bad.
Vorher: Das gr. Gala-Program., u. a.
Kapt. Huling
eine Hochpolizeme im Zirkus Busch.
La Dorando, Songster-akt.
Mad. Smaragda mit ihren
besten Tänzern und Leuten.
Keine Steuer, aus. Sonntag.

Germania-Prachtsäle
N., Chausseestr. 110. K. Richter.
Jeden Mittwoch:
Paul
Mantheys
lustige
Sänger.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Nachdem **Freitag.**
— Borgglarten gelten. —
Jeden Donnerstag:
Großes Militär-Streich-Konzert
inkl. Familienkränzchen.

**MARMOR-
HAUS**
LICHT-
SPIELE
(An der
Kaiser-
Wilhelm-
Gedächtnis-
Kirche)
Kurfürstendamm 236.

Der phänomenale
**Riesen-
Lacherfolg**
der Saison 1913
ist nach wie vor
„Die
blaue
Maus“
mit
Madge Lessing.
Regie: **MAX HACK**
Heute
zum
200. Male
Vorstellungen:
5, 7, 9 Uhr.

URANIA
Taubenstraße 48/49.
8 Uhr: Prof. Dr. M. v. Laue, Zürich
Neues über Röntgenstrahlen und die
Struktur der Materie.
Hörsaal 8 Uhr: Dr. W. Berndt:
Gegen Darwins Lehre.

Zirkus
Alb. Schumann.
Heute Mittwoch, 3. Dezbr.,
abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung
Neu! U. a.: Neu!
Flack Brothers
Looping The Loop am Trapez.
Neu! **The 3 Arleys** Neu!
mit ihrem neuesten Sensat.-Akt
5 dress. Seelflöwen zu Pferde!
vorgeführt von Miss Marietta
und die übrigen neuen
Dezember-Attraktionen.
Um 9 1/2 Uhr:
Tango vor Gericht!
Pantomimische Burleske
in 3 Akten mit Gesang u. Tanz

**WINTER-
GARTEN**
Neues Programm!
Rita Sacchetto
Serene Nord | Robert Steidl.
D. Venus im Bade |
Die Tangotänzer
Oscar und Suzette
und eine Auslese
hervorragender Kunstkräfte!
Rauchen gestattet!

Apollo
Theater
Friedrichstraße 218
Vornehmstes Variété
Costantino Bernardi
4 Schwestern Romanos
Salerno
und ein weiteres großes Pro-
gramm der
besten Variétékünstler.
Rauchen überall gestattet.
Beginn 8 Uhr.
Ab 7 1/2 Uhr: **KONZERT.**

Volgt-Theater
Badstraße 58.
Mittwoch, den 3. Dezember:
Der deutsche Michel.
Volksstück mit Gesang in 4 Akten
von Knechtel.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger
Zickenbeens Künstler-
Agentur.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm.
3 Uhr zu ermäß.
Preisen: **Der**
Sombagnieball
u. Weihnachts-Pr.

Casino-Theater
Lothring. Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Das glänzende Dezember-Feit-Program.
Gastspiel der amerikanischen Sensation
„Im Guldbog-Engel-Tanz.“
Dazu felt Oktober total andersartl.:
Ferdinand der Tugendhafte.
Sonnab. nachm. 4 Uhr: **Mutterliebe.**

Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Reichstag.

180. Sitzung. Dienstag, den 2. Dezember 1913, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: Kühn, Lisco, Dr. Solf, Kommissare.

Kurze Anfragen.

Eine Anfrage des

Abg. Dr. Hoppe (natl.)

nach den Gründen einer plötzlichen rückwärtsigen Verringerung der Anforderungen an die zu laufende Remonten in einem Remontelaufbezirk, wird von einem Generaliatsbeamten, daß eine solche plötzliche Verringerung nicht erfolgt sei, sondern nur darauf gesehen wurde, das Höchstmaß der anzulaufenden Pferde nicht zu überschreiten.

Eine Anfrage des

Abg. Waldstein (Sp.)

wegen Gewährung des Generalpardon bei der Verurteilung zum Wehrbeitrag für frühere Verschweigung von Einkommen und Vermögen (Dieser Generalpardon soll nach der Anfrage auch denjenigen zuteil werden, deren Vermögen die beitragsfreie Grenze nicht übersteigt), beantwortet

Schatzsekretär Kühn

folgendermaßen: Der sogenannte Generalpardon kommt allen Personen zugute, welche die Voraussetzung der subjektiven Beitragspflicht erfüllen, das sind alle diejenigen Personen, die in den §§ 10 und 11 des Wehrbeitragsgesetzes im einzelnen als Beitragspflichtig bezeichnet sind. (Weisfall rechts.) Für Bekanntgabe dieser Auffassung der Reichsregierung habe ich gesorgt.

Abg. Dr. Luard-Frankfurt (Soz.)

fragt, weshalb zu den vorbereitenden Verhandlungen der Reichsregierung mit Unternehmerorganisationen über die Erneuerung der Handelsverträge nicht auch die Berufsorganisationen der Arbeiter zugezogen werden.

Direktor im Reichsamt des Innern Müller:

Es ist nicht richtig, daß solche Verhandlungen bereits schweben; sollten aber die Produktionsbedingungen des Statistischen Amtes gemeint sein, so handelt es sich dabei nicht um allgemeine Fragen der Zoll- und Handelspolitik, sondern um eine Produktionsstatistik einzelner Gewerbegebiete unter Mitwirkung von Sachverständigen.

Abg. Feldmann und Sachs (Soz.)

stellen eine Anfrage wegen der großen Anstiegen in den schlesischen Kreisen Striegau, Schweidnitz und Waldenburg infolge der Maul- und Klauenseuche und der massenhaften Abchlachtung von Kleinvieh; sie fragen weiter nach der Schadenshaltung der betroffenen Landwirte.

Direktor Jonquierres

beruft sich auf die gesetzlichen Vorschriften. In diesen Kreisen waren im ganzen 28 Gehöfte mit 450 Rindern, 878 Schweinen und vier Ziegen verheut und abgeperrt. Der entstandene Schaden wurde entsprechend den gesetzlichen Vorschriften ersetzt, bei der Abschätzung wird erfahrungsgemäß wohlwollend verfahren und auskömmliche Hilfe gewährt. Es ist in keinem Fall eine Verurteilung an den Landwirtschaftsminister gelangt. Die hauptsächlich gefährdeten Kreise Schweidnitz und Waldenburg sind gegenwärtig seuchenfrei und auch im Kreise Striegau ist seit zehn Tagen kein Fall vorgekommen.

Abg. Dr. Gaggy (Elf.)

fragt den Reichsfiskus nach den Uebergreifen des Militärs in Bayern am 28. November.

Generalmajor Wild v. Hohenborn:

Dem Herrn Reichsfiskus sind die in der Anfrage bezeichneten Vorgänge, wie er gestern hier ausgeführt hat, bekannt. Die getroffenen Maßnahmen wird er morgen hier darlegen.

Die Interpellation des Abg. Arnstadt und Genossen (L.) über die großen praktischen Schwierigkeiten, auf die das am 1. Januar 1914 bevorstehende Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung in bezug auf die ärztliche Verlorung der Landkrankenassen und die Versicherung der Dienstboten stößt, weshalb eine Hinauschiebung des Inkrafttretens wünschenswert erscheine, wird nach einer Erklärung des Staatssekretärs Richter in der zweiten Hälfte der nächsten Woche beantwortet werden.

Wahlprüfungsabstimmungen.

Für gültig erklärt werden die Wahlen der Abgeordneten Graf v. Carmer (L.), Dr. Durrbach (Wirtsch. Gg.), v. Bonin (L.), Kopsch (Sp.), Sossinski (Pole) und Dergog (Wirtsch. Gg.).

Bei der Abstimmung über die Wahl des Abg. Haupt (Soz.) wird gegen die Stimmen der Linken mit ganz geringer Mehrheit für gültig erklärt.

Die Wahl des Abg. Haupt (Soz.) wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Abg. Raumann, Koch, Kiel von der Fortschrittspartei und des Dänen Hansen für ungültig erklärt.

Bei der Abstimmung über die Wahl des Abg. Ruchhoff (B.) werden zwei Kammerfragen notwendig. Zunächst wird ein Antrag auf Beweiserhebung mit 174 gegen 171 Stimmen abgelehnt und dann die Wahl mit 180 gegen 166 Stimmen für ungültig erklärt.

Ein Antrag der Freisinnigen über die Wahl des Abg. Dr. Solf (Soz.) Beweiserhebung zu beschließen, wird gegen die Stimmen der Freisinnigen und Antisemiten unter großer Mehrheit abgelehnt, und alsdann die Wahl gegen die Stimmen der Antisemiten für gültig erklärt.

Darauf tritt das Haus in die

erste Beratung des Etats.

Reichsschatzsekretär Kühn:

Im vorigen Jahre konnte ich mit großer Beugung die innere Festigkeit des Etats von 1913 hervorheben. Diesmal bin ich leider nicht in derselben Lage, weil wir in der Gleichung mit zwei Unbekannten zu rechnen haben, dem Wehrbeitrag und der künftigen Gestaltung der Konjunktur. Was der Wehrbeitrag bringen wird, ist noch völlig ungewiß. Wir wollen hoffen, daß die allgemeine Neujahrsvorhersage die wirtschaftliche Lage in bestem Licht erstrahlen lassen wird, einzuweisen aber müssen wir mit dem darüber schwebenden Dunkel rechnen, daß der Reichstag zur sofortigen Deckung der riesenhafte Ausgaben für die Wehrvorlage schritt, indem er den Wehrbeitrag beschloß, war ein gewichtiger Schritt zum Wohle der Reichsfinanzen. Die Kunst der Bilanzierung wird aberwiegend auf Verringerung der Ausgaben gerichtet sein.

Ob die wirtschaftliche Lage uns noch gestattet, auf der Höhe der weiterzuwandern oder ob sich schon das Ziel öffnet, wer kann das sagen. Es zeigen sich doch noch manche Risiken. Der Geschäftsgang der Eisenbahnen ist noch glänzend, unsere Ausfuhr hat sich weiter erfreulich gesteigert und diese Entwicklung

der Aktivität unserer Handelsbilanz hat auch noch im September angehalten. Es fehlt allerdings auch nicht an Anzeichen für ein Abflauen. Aber es läßt sich hoffen, daß dieser Niedergang nicht so stark, nicht so dauernd und nicht von so nachhaltigen Folgen für die Reichsfinanzen sein wird, wie noch beim letztenmal.

Die Ueberschüsse eines Jahres verteilen nur zu leicht zu dauernden Mehrforderungen, für die es dann an der Deckung fehlt; deshalb ist ein wahrheitsgemäßer Etat vorzuziehen. Der Balkankrieg hat bei der damals noch allgemein günstigen Geschäftslage wenig eingewirkt.

Bei Besprechung der bereits bekannten Steuerergebnisse bemerkt der Schatzsekretär zu dem Minderertrag der Brantweinsteuer: Wir wollen ihn als Passivum in unserem Reichshaushalt, aber als Aktivum in unserem Volkshaushalt buchen. (Wraol bei den Sozialdemokraten.) Die legijährige Zuderzeugung war geradezu ein Weltrekord. Die Erhaltung des Gleichgewichts im Reichshaushalt sind die 150 Millionen Zudersteuer unentbehrlich, sie hat ja auch Produktion und Handel nicht geschädigt. — Wenn nicht ein Ausfall an Getreibeizissen eintritt, werden die Kollektoren den Anja, der sehr vorsichtig aufgestellt ist, um 25 Millionen übertreffen. (Hört! hört!) Die diesjährige Anleiheemission beträgt nur 17 Millionen Mark. Ganz wird sie auch im nächstfolgenden Jahr nicht zu umgehen sein, aber die Finanzverwaltung wird mit aller Schonung vorgehen. Die Kurschwankungen sind internationalen Charakter, die englischen Konsols fielen an einem Tage um 73 Proz. Die Reichsbank hatte am 28. November d. J. einen Goldbestand von 1228 Millionen Mark, den höchsten, den sie jemals erreicht hat.

Wenn wir den Etat auf den Wehrbeitrag stützen, so treten wir auf höchst unsicheren Boden. Geht der Wehrbeitrag in der angenommenen Höhe ein, so geht alles glatt — wenn nicht, dann stehen wir einer außerordentlich schwierigen Lage gegenüber. (Lebhaftes Hört! hört!) Ich sage das, wie es ist, denn ich will das Bild auch nicht um einen Pinselstrich anders als wahrheitsgemäß darstellen.

Der Schatzsekretär bespricht nun die Einzelposten der verschiedenen Ressorts. Beim Militär sind Mittel angefordert für bessere Verpackung der Munition, bessere Unterkunft für Unteroffiziere und Erhöhung ihres Unterhaltungsfonds. Die Mehrforderungen bei der Marine betragen 25 Millionen. Der Reichsschatz für Ägypten sollte herabgesetzt werden. Im Postetat sind über 10 000 neue Stellen vorgesehen, eine Beamtenvermehrung, die weit größer ist als alle früheren. Die Frage der Ostmarkenzulagen wird von neuem Ihrer Beschlußfassung unterbreitet. In Deutsch-Ostafrika soll eine Postpostoffice errichtet werden. Die finanzielle Lage der Kolonien ist fast nur erfreulich.

Dann einige Dinge, die nicht im Etat stehen: Die Bezüge der Deckoffiziere sollen neu geregelt werden, aus der Erhöhung der Bezüge der Postinspektoren sollen gewisse Forderungen für andere Beamte gezogen werden. Ferner soll die alte Forderung der Verkräftigung der Militärs erfüllt werden und zwar hat die Regierung ihren Standpunkt insofern geändert, als nicht mehr daran gedacht wird, im Wege gelegentlicher Unterstüttung Abhilfe zu schaffen, sondern auf gesetzliche Grundlage. (Lebhaftes Bravo!) An den Reichstag und an die große Gruppe der Interessenten möchte ich aber die Bitte richten, die Hoffnungen und Erwartungen in diesem Falle nicht allzu hoch zu spannen. (Geisterleit bei den Sozialdemokraten.) Wir müssen uns hier, wie überall, nach der Rede freuden.

Ich glaube, Ihnen nahegelegt zu haben, daß wenn gleich der Etat angesichts einer ungewissen Zukunft knapp zugeschnitten werden mußte, es doch möglich ist, nicht nur für die dringenden materiellen Bedürfnisse, ich möchte sagen, für das tägliche Brot des Reiches, sondern auch für eine ganze Reihe auf weiterem Gebiet liegenden Forderungen Fürsorge zu treffen. Daß sehr zahlreiche Wünsche unberücksichtigt bleiben müßten, ist eine unvermeidliche Folge der Lage. Einschränkung und Bescheidung muß heute und auch in Zukunft unsere Devise sein, wenn wir nicht die Verhältnisse entweder des Finanzwesens oder der Steuerzahler unheilbar zerrütten wollen. Ein früherer preussischer Minister hat einem von ihm herausgegebenen Beamtenhaushaltbuch den Ausspruch eines Redners aus dem alten Rom vorgelegt, der besagt: „Die Menschen wollen nicht einsehen, eine wie große Einnahmequelle sie an der Sparsamkeit haben.“ (Große Geistesleit.) Das heißt in der parlamentarischen Sprache unserer Zeit aber: Man glaubt nicht, wie großen und folgenreicheren Steuerersparnissen man aus dem Wege gehen kann, wenn man nur rechtzeitig die Ausgaben den jeweilig verfügbaren Mitteln anpaßt. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Zuruf im Zentrum: Schon im Bundesrat!) Die Mahnung, die ich ausgesprochen habe, gilt für alle gegebenden Körperkassen, auch für die weiten Kreise im deutschen Volke, jeder muß irgendeinen Wunsch zurückdrängen im Interesse des Wohles des Ganzen. Ich hätte darauf hingewiesen, wie notwendig für uns alle, besonders aber für die gegebenden Körperkassen, die Sparsamkeit ist. — Lassen Sie uns danach handeln!

Darauf verlegt sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr. (Interpellationen über Bayern.) Schluß 4 Uhr.

Der christlich-nationale Arbeiterkongreß.

Am 2. Verhandlungstage hatte die Besprechung des Koalitionsrechts das weitgehendste öffentliche Interesse. Der Landtagsabgeordnete Andre-Stuttgarter hielt das Referat über die Bedeutung der Koalitionsfreiheit und des Vereinigungsrechts für die Angestellten und Arbeiter. Er befragte eine längere Resolution, in der gefordert wird:

Der Kongreß beschließt:

- 1. die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung als eines gegen die Arbeiter und Angestellten gerichteten Ausnahmengesetzes;
2. den Ausbau des Koalitionsrechts in dem Sinne, daß der rechtmäßige Gebrauch gewährleistet und Vereinbarungen oder Maßnahmen zur Verhinderung des Gebrauches des Koalitionsrechts, von welcher Seite sie auch kommen mögen, unter Strafe gestellt werden;
3. daß das Streikpostensystem gegenüber der polizeilichen Willkür als ein im wirtschaftlichen Kampfe erlaubtes Mittel zu erklären ist;
4. die Sicherung und weitere Ausgestaltung des Tarifvertrages mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern nebst der Errichtung einer Zentralkasse zur Förderung der Tarifverträge und Ausbau zu einem Reichsvereinsamt;
5. daß das Vereinsrecht der Landarbeiter für das ganze Deutsche Reich einseitlich zu gestalten und auszubauen ist;
6. die Schaffung eines einheitlichen Staatsarbeitersrechts.

Der Kongreß spricht der Staatsregierung und dem Reichstag Dank und Anerkennung aus für die wiederholte Ablehnung scharfmacherischer Bestrebungen, die gegen die organisierte Arbeiter-schaft gerichtet sind, und gibt der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß auch die neuesten Versuche des vereinigten Unternehmertums, die Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Angestellten einzuschränken, aus wirtschafts-, sozial- und staatspolitischen Gründen entschieden Ablehnung erfahren werden.

Der Redner bemerkte, daß die Staatsarbeiter, soweit sie im öffentlichen Verkehr beschäftigt sind, wie die Eisenbahnarbeiter, nicht das Streikrecht verlangen, jedoch ein Gesetz, wonach ihre Lebenshaltung eine solche ist, daß sie nicht notwendig haben, zu streiken.

In der Debatte, in der sich fast alle Redner mit der Resolution einverstanden erklärten, bemerkte Kloß-Waldenburg in Schlesien, er sei Vertreter des katholischen Fachvereins, sich Verlin, und könne sich dem Antrage des Referenten nicht ohne weiteres anschließen. Er und die Mitglieder des katholischen Fachvereins sehen nach wie vor fest auf dem Boden der päpstlichen Enghäupte und verlangen die Verrückung des § 153 der Gewerbeordnung. (Stürmischer Widerspruch.)

Abgeordneter Brust bemerkte dem Redner, daß sie schlimmer seien als die Gelben. Lieber-Duisburg erklärte, die Ausführungen des Kollegen Kloß mächten dahin führen, daß Millionen weiterer Arbeiter sich der Sozialdemokratie anschließen. Im Schlußwort bemerkte Landtagsabgeordneter Andre, er verweise nicht, aus welchem Grunde sich die Mitglieder des katholischen Fachverbandes dem Kongresse angeschlossen haben.

Die Abstimmung über die Resolution soll heute erfolgen.

Diesem Referat vorher ging ein Vortrag von Stegerwald-Köln über Lebensmittelversorgung und Lebensmittelsteuerung. Der Redner verlangte in einer Resolution, die der Kongreß annahm, vom Staat, dem Kreditwesen in der Landwirtschaft die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden, die innere Kolonisation und Uraufbau von Moorküsten fortzuführen, bevorstehenden Handelsverträgen Erleichterung zu gewähren, keine weitere Erhöhung der Zölle oder neue Zölle auf Lebensmittel einzuführen und Lebensmittelämter zu errichten. Ueber die Lebensmittelsteuerung entwickelt sich ebenfalls eine lange Debatte, wobei Buch-Statistik sich zum Teil gegen die Verfassung Steuertarifs wanderte. Schuld an der Lebensmittelsteuerung sei die schrankenlose Freizügigkeit der Landarbeiter. Dadurch herrsche auf dem Lande Arbeitermangel, und die Landwirtschaft sei nicht imstande, genügend zu produzieren. Die Landwirtschaft müsse geschützt werden. Er sei allerdings nicht für Erhöhung der Zölle, aber keineswegs für den Abbau. — Die weiteren Redner traten Buch in scharfer Weise entgegen.

Den Verhandlungen wohnte zum größten Teil wiederum der Geheim Oberregierungsrat Siebert bei. Die Verhandlungen werden Mittwoch fortgesetzt.

Angeordnetlicher Verbandstag der Banarbeiter.

Hamburg, 1. Dezember 1913.

Die Tagung ist von 224 Delegierten, 35 Gauleitern, den zwei italienischen Sekretären, dem Ausschuhvorsitzenden, den 13 Vorstandsmitgliedern und zwei Reaktoren des „Grundstein“ besucht. Die Generalkommission vertritt Silberstein-Verlin; der Steinseiberverband hat Link-Berlin als Vertreter entsandt.

Das Referat zum ersten Punkte der Tagesordnung:

Die Einführung der Arbeitlosenunterstützung

hielt Verbandsvorsitzender Pappow. Er betonte, daß, als er vor zwei Jahren mit dem Plan der Einführung der Arbeitlosenunterstützung hervorgetreten sei, habe er wenig Verständnis gefunden und seien große Widerstände zu überwinden gewesen. Jahrzehntelange habe der Verband die Möglichkeit der Einführung verneint. Da sei es ja begreiflich, daß die Mitglieder den Umschwung nicht gleich verstanden hätten. Die Lohnbewegungen hätten die Erkenntnis gebracht, daß die Einführung der Arbeitlosenunterstützung eine Lebensbedingung für den Verband sei. In Jena und Berlin hätten ja einige Kollegen geglaubt, daß durch die Arbeitlosenunterstützung die Lohnbewegung abgeschwächt werde. Nichts sei falscher als diese Ansicht. Er, Redner, sei überzeugt, daß mit der Arbeitlosenunterstützung die Kampfesfähigkeit größer werde als ohne sie. In direktem Sinne gehe die Arbeitlosenunterstützung mit der Lohnbewegung im Zusammenhang, doch in gutem Sinne. Die Lohnbewegungen dürften auch in Zukunft denselben Verlauf nehmen wie bisher. Wenn man auf friedlichem Wege daselbe erreichen könne, brauche man sich nicht auf einen Kampf einzulassen. Ein Kampf bleibe auf die Dauer nicht aus. Die Arbeitlosenunterstützung solle nicht eingeführt werden, um den Kampffonds zu verkleinern, sondern um ihn hochzuhalten: die Mitglieder der Arbeitlosigkeit zu unterstützen, um sie an den Verband zu fetten.

Ich kann heute nicht so freudig wie in Jena für die Arbeitlosenunterstützung eintreten; der eiserne Zwang treibt mich jedoch dazu, die Vorlage zu vertreten. Würden wir heute zum ersten Male diese Frage beraten, würde ich sagen, nein, die heutige Zeit ist nicht dafür geeignet. Wir haben jetzt eine schwere Krise und in Zeiten solch ungünstiger Konjunktur beginnt man sonst solche Neuerungen nicht. Da wir aber das Werk schon begonnen haben, müssen wir es durchziehen. Wir müssen aber berücksichtigen, daß davon das Einführungsdatum abhängt. In den ersten drei Quartalen dieses Jahres haben wir gegenüber dem Vorjahre eine Mindereinnahme von einer Viertel Million Mark und einer Mehrausgabe von drei Viertel Millionen Mark. An Streikunterstützung haben wir allein 377 000 Mark und an Kranenunterstützung 213 000 Mark mehr ausgegeben. Das sind bedeutende Ausfälle in so kurzer Zeit; eine Folge der schlechten Konjunktur! Auch die Mitgliederzahl ist etwas zurückgegangen; Ende dieses Jahres werden wir 30 000 Mitglieder weniger haben als am Schlusse des letzten Jahres. Diese Zustände können ja nicht ermuntern, die Arbeitlosenunterstützung einzuführen. Ich möchte Sie aber bringen bitten, sie im Interesse der Mitglieder dennoch zu beschließen. Wenn wir die Frage noch mal beschließen, dann werden wir sie vor 1916 nicht bekommen. Wir brauchen sie aber vorher. Die reichsgesetzliche Einführung der Arbeitlosenunterstützung wird ja auch kommen, das Deutsche Reich kann sich deren nicht verschließen. Es wird aber wohl noch Jahre bis zu ihrer Einführung dauern. Die kommunale Arbeitlosenunterstützung macht aber immer weitere Fortschritte. Von dieser Unterstüttung, die meist nur an die Verbandsmitglieder gewährt wird, die ebenfalls Arbeitlosenunterstützung bezahlten, würde aber die Mitglieder des Banarbeiterverbandes ausgeschlossen sein, wenn die Einführung nicht beschließen würde.

Der Vorstand kann über die Vorlage hinaus nicht gehen. Wir müssen es ablehnen, schon jetzt zugestimmen, daß die Arbeitlosenunterstützung auf die beiden Monate Januar und Februar ausgedehnt wird. Zu der Ausdehnung auf das ganze Jahr werden wir ja kommen. Insbesondere, da die Bautätigkeit im Winter immer weniger von der Bitterung von Schnee und Eis abhängig ist, sondern mehr vom Geldmarkt. Eine weitere Belastung kann die Vorlage nicht bringen. Der Vorstand hat aus rechnerischen Gründen eine kleine Änderung der Unterstüttungssätze vorgenommen, der wir zugestimmen bitten. Der Vorstand ist weit davon überzeugt, daß wir den Verband in Grund und Boden fest beschleunigen würden, wenn man über die Vorlage hinausgeht. Von einer Kampffähigkeit könnte dann keine Rede mehr sein. Die Vorlage ist von dem Gewerke aufgegeben, die Kampffähigkeit des Verbandes nicht zu vermindern, sondern sie zu verstärken. Wer mit uns dies will, der muß auch den Mut haben, seinen Kollegen zu sagen, wir können heute noch nicht weitergehen; der muß der Vorlage des Vorstandes seine Zustimmung geben. (Weisfall.)

In der

Diskussion

erklärten sich die meisten Redner für die Vorlage. Nur über den Einführungs termin gingen die Meinungen auch bei den Freunden der Vorlage auseinander. Der Vorstand schlägt den 1. Juli 1914 vor, die andere Seite will die Mitglieder schon am 1. März in den Genuss der Unterstüttung kommen lassen. Nachdem 27 Redner gesprochen hatten, fand abends 6 1/2 Uhr ein Schluß-

antrag Annahme. In die Rednerliste waren noch 29 Delegierte eingeschrieben.

Verbandsvorsitzender Paepow wandte sich im Schlusswort hauptsächlich gegen den Antrag, die Unterstützung schon am 1. März einzuführen.

In namentlicher Abstimmung beschließt dann der Verbandstag, wie schon telegraphisch mitgeteilt, mit 21 gegen 47 Stimmen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung.

Die Verhandlungen wurden nun vertagt.

Gerichts-Zeitung.

Die Gräfin unter Anklage.

Auf gestrigen zehnten Verhandlungstage erstattete der Sachverständige, Verlagsbuchhändler Wilhelm Herlet sein Gutachten über die der Prinzessin Luise von Belgien gelieferten Bücher, wie sie in dem Kontobuch der Firma H. V. Schroeter aufgestellt worden sind.

Ein anderer Wunderfall betraf den ehemaligen Leutnant Frhr. Althard v. Kettler in Münster. Der jetzt 30jährige junge Herr befand sich vor etwa 7 Jahren in Geldverlegenheit, aus der er sich mit Hilfe der Angeklagten herauszureichen hoffte.

loszuwerden, etwa 8000 M.; es war ihm natürlich nur an Bargeld gelegen. Er ließ sich beschwören, zu einer Summe von etwa 2000 M. bar noch fünf angeblich persische Teppiche, die angeblich sehr leicht veräußert sein sollten, hinzuzunehmen.

Es kam ferner ein Fall zur Erörterung, in welchem der Leutnant Graf v. Gold in Pech bewuchert sein soll. Leutnant Graf v. Gold bekundet: Er habe einmal einen Brief von der Angeklagten bekommen, in welchem sie sich erbot, ihm Geld beschaffen zu können, wenn er einmal solches brauche.

Die Verhandlung wurde auf Sonnabend 9 1/2 Uhr vertagt.

Hohe Kindermißhandlung.

Unter der Anklage der schweren Mißhandlung gegenüber seinem unehelichen Sohn Erwin Schmittchen, hatte sich gestern vor der 160. Abteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte der Händler Weiß zu verantworten. Der etwa neunjährige schwächliche Junge sollte dem Angeklagten verschiedene Geld gestohlen haben und das letztmal den Wäschekrant, in dem das Geld aufbewahrt war, mit einem Dietrich geöffnet haben.

eingestanden hätte. Als er das Geständnis endlich gemacht hatte, habe es weitere Schläge gefehlt, und zwar sei er anderthalb Tage gequält worden.

Ein Kriminaljurist bekundet, der Angeklagte sei mit dem Knaben zur Polizei gekommen und habe gebeten, ihn in Zuchtverziehung zu nehmen, da der Junge jähndig stehe. Es sei dem Schuttmann aufgefallen, daß der Knabe kaum laufen konnte, er sei immer krumm und breitbeinig gegangen.

Der Amtsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von fünf Monaten. Das Gericht ging jedoch in Anbetracht der Noth, die der Angeklagte bekundet hatte, weit über den Antrag hinaus und verurteilte den Angeklagten zu neun Monaten Gefängnis.

Betrug gegen den Arbeitgeber.

Das Landgericht Frankfurt a. M. hat am 17. Juli den Verlastschreiber Richter wegen Betruges verurteilt, den mitangeklagten Arbeiter Köhler dagegen von der Anklage der Beihilfe freigesprochen. R. war bei den Adlerwerken angestellt und blieb eines Tages ohne Grund von der Arbeit weg.

Der beleidigte Bürgermeister.

Die Strafkammer beim Amtsgericht Jechow hat am 28. Mai dieses Jahres den Telegraphenarbeiter Martin Gausler wegen Verleumdung des Bürgermeisters L. in Döhlitz zu 1 1/2 M. Geldstrafe verurteilt. Der Angeklagte hatte anderen Personen gegenüber behauptet, der Bürgermeister habe sich, als er bereits Bürgermeister und ein verheirateter Mann war, vor etwa vier Jahren an einem Sommermittag mit einem 19jährigen Mädchen getroffen gehabt, sei mit ihm in den Wald gegangen und habe es dort zu unzüchtlichen Zwecken gebraucht.

3. Preussisch-Süddeutsche (229. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse 21.ziehungstag 2. Dezember 1913 Vormittag

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die obere gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr u. St.-A. f. B.) (Nachdruck verboten)

Table with lottery numbers and prizes. Columns include prize amounts and corresponding numbers. Example: 120044 255 647 700 986 121004 (500) 322 553 621 (500)

3. Preussisch-Süddeutsche (229. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse 21.ziehungstag 2. Dezember 1913 Nachmittag

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die obere gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr u. St.-A. f. B.) (Nachdruck verboten)

Table with lottery numbers and prizes. Columns include prize amounts and corresponding numbers. Example: 120044 255 647 700 986 121004 (500) 322 553 621 (500)

3. Preussisch-Süddeutsche (229. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse 21.ziehungstag 2. Dezember 1913 Nachmittag

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die obere gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr u. St.-A. f. B.) (Nachdruck verboten)

Table with lottery numbers and prizes. Columns include prize amounts and corresponding numbers. Example: 120044 255 647 700 986 121004 (500) 322 553 621 (500)

3. Preussisch-Süddeutsche (229. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse 21.ziehungstag 2. Dezember 1913 Nachmittag

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die obere gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr u. St.-A. f. B.) (Nachdruck verboten)

Table with lottery numbers and prizes. Columns include prize amounts and corresponding numbers. Example: 120044 255 647 700 986 121004 (500) 322 553 621 (500)